

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
14. Wahlperiode**

Plenarprotokoll 14/4

**4. Sitzung
Kiel, Freitag, 24. Mai 1996**

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst - Herausgabe 06.06.96

Tagesordnung:

Gründung einer Planungsgesellschaft A 20/Elbquerung westlich von Hamburg

Antrag der Fraktionen der CDU und F.D.P.

Drucksache 14/31

Martin Kayenburg (CDU)
Ulrike Rodust (SPD)
Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Dr. Ottfried Hennig (CDU)

Beschluß: Ablehnung

Den Sozialstaat modernisieren - Arbeitslosigkeit bekämpfen - Steuergerechtigkeit schaffen

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/43

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/54

Günter Neugebauer (SPD)
Brita Schmitz-Hübsch (CDU)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie
Rolf Schroedter (SPD)
Torsten Geerdts (CDU)
Wilfried Voigt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/43

Chancen und Risiken der Gentechnik

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/21

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)
Jürgen Weber (SPD)
Gero Storjohann (CDU)
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Peter Gerckens (SSW)
Konrad Nabel (SPD)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten
Dr. Ottfried Hennig (CDU)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Beschluß: Ablehnung

Günter Neugebauer (SPD), persönliche Erklärung

Entschließung „Keine weitere Reduzierung von Bundeswehrstandorten in Schleswig-Holstein“

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/22

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/53

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/60

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Ulrike Rodust (SPD)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Peter Gerckens (SSW)

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/53 sowie der Nummer 3 Abs. 1 des Antrages Drucksache 14/60

Wolfgang Kubicki (F.D.P.), persönliche Erklärung

Rückkehr der bosnischen Flüchtlinge

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/40 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/61

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heinz Maurus (CDU)

Klaus-Peter Puls (SPD) Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Beschluß: Annahme

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Beginn: 10.01 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Beurlaubt sind die Abgeordneten Frauke Tengler und Bernd Schröder; erkrankt ist die Abgeordnete Frauke Walhorn. Beurlaubt ist ferner Herr Minister Walter.

Ich begrüße auf der Tribüne Besucherinnen und Besucher von der Christian-Timm-Realschule Rendsburg. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Punkt 12 der Tagesordnung auf:

**Gründung einer Planungsgesellschaft
A 20/Elbquerung westlich von Hamburg**

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.
Drucksache 14/31

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kayenburg.

(Beifall bei der CDU)

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich habe ich an dieser Stelle die Ministerpräsidentin ansprechen wollen; da sie nicht hier ist, spreche ich den stellvertretenden Ministerpräsidenten an und stelle fest: Ihre Regierung will keine **A 20** und keine **Elbquerung** - oder beides wenigstens auf unabsehbare Zeit verzögern. Dies ist das Ergebnis der Analyse Ihrer **Koalitionsvereinbarung**. Der sogenannte Koalitionsvertrag und die deutlich daraus ablesbaren Konsequenzen, die auch bei der SPD inzwischen wieder wachsende Ablehnung der A 20 und der Elbquerung westlich von Hamburg und vor allem die vertane Zeit lassen es deshalb geboten erscheinen, einen Antrag aus der letzten Legislaturperiode erneut zu stellen.

Wir alle wissen, daß die Realisierung der Elbquerung westlich von Hamburg von existentieller Bedeutung für die Entwicklung unseres Landes ist. Diese im letzten Landtag einhellig vertretene Auffassung hat der damalige und heutige Verkehrsminister Peer Steinbrück in einer Pressekonferenz am 13. März 1995 so formuliert:

„Die Landesregierung sieht in der Ostsee-Autobahn A 20 ein Schlüsselprojekt für die verkehrliche und wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins. Die im Landtag vertretenen demokratischen Parteien haben in einer fraktionsübergreifenden Resolution am 23. Februar 1995 einen entsprechenden Beschluß gefaßt.“

Herr Steinbrück führt dann weiter aus, sowohl die Wirtschaftsverbände als auch die Gewerkschaften forderten eine zügige Realisierung der Elbquerung, und er unterstreicht, daß das Land darüber hinaus zügig den weiteren Verlauf der neuen Autobahn in Richtung Bad Segeberg und bis zur A 7 plane.

Seit damals ist so gut wie nichts geschehen. Wo schlagen sich denn diese Aussagen eigentlich in der Koalitionsvereinbarung nieder? Das Koalitionspapier und Äußerungen von den in der Regierung vertretenen Parteien lassen demgegenüber das schlimmste vermuten.

Übrigens, die Diskussion über die Koalitionsverhandlungen, wo wer wann wen unter den Tisch gezogen habe,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unter den Tisch?)

soll doch nur von der geänderten Strategie der Verzögerung und von einer geänderten Prioritätensetzung ablenken, Frau Fröhlich.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man hat uns nur über den Tisch gezogen und nicht unter den Tisch!)

- Auf Sie komme ich noch zu sprechen.

Jedenfalls - das will ich gern bestätigen -: Beim Punkt **Verkehrspolitik** haben beide **Koalitionspartner** unter dem Tisch gekungelt.

(Lachen bei der SPD und Beifall bei der CDU)

Die Überschrift „Eine nachhaltige Infrastruktur schaffen“ steht eindeutig im Widerspruch zum Inhalt der Vereinbarung, nach dem Planungen und Maßnahmen im Straßenbau verhindert werden sollen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso?)

Wie sonst ist es zu verstehen, daß Stellungnahmen des Landes zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes im Einvernehmen der Koalitionspartner erfolgen müssen?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist daran schlecht?)

Wie sonst ist es zu verstehen, daß Frau Birk dazu presseöffentlich erklärt, daß sie die Hoffnung nicht aufgegeben habe, die A 20 durch Schleswig-Holstein noch zu verhindern?

(Beifall bei der CDU)

Und wie sonst ist es zu verstehen, daß auch die Beantragung zusätzlicher Mittel für Neubaumaßnahmen einer Einvernehmensklausel unterfällt? Mit derartigen Verabredungen werden der Bau und der Ausbau aller Bundesfernstraßen im Lande sowie der Autobahnen verhindert und verzögert, Herr Hentschel.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der im übrigen festgeschriebene Dissens hinsichtlich der Beurteilung der A 20 kann auch nicht dadurch kaschiert werden, daß ein gesetzlicher Planungsauftrag für die **Straßenbauverwaltung des Landes** für die im vordringlichen Bedarf bestehenden **Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans** bestehe, Herr Minister. Die Relativierung folgt dann auch in dem Papier sofort, denn die Regierung will dem

gesetzlichen Planungsauftrag nur mit einer angemessenen Prioritätensetzung gerecht werden: Die Dringlichkeit und Finanzierbarkeit der Projekte soll maßgeblicher Entscheidungsparameter werden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie das nicht?)

So verklausuliert man den Ausstieg aus der A 20 und der Elbquerung. Die Ausreden einer Unterfinanzierung oder nicht abgeschlossener verkehrswirtschaftlicher Untersuchungen sind doch nur ein Vorwand und allzu leicht durchschaubar.

Die **verkehrswirtschaftliche Untersuchung** wird 1996 abgeschlossen sein. Ein Schreiben des Landesverkehrsministers vom März 1994 bestätigt, daß für mehr als die Hälfte der Aufgaben aus Planung und Planfeststellung bei Straßenneubaumaßnahmen des Bundes mit einem Volumen von über 20 Millionen DM eine Privatvergabe möglich ist. Was ist passiert? - Nichts! Bisher jedenfalls nichts! Nicht einmal jene Arbeiten wurden aufgenommen, Herr Minister, die vor Abschluß der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung möglich gewesen wären.

Die angekündigte **ministerielle Lenkungsgruppe** - wenn eine solche denn überhaupt existiert - hat bisher ineffizient und uneffektiv gearbeitet. Da aber in Zukunft Verabredungen aus dem Koalitionspapier die ministerielle Lenkungsgruppe als solche blockieren werden, wird jede Planbeschleunigung verhindert. Die Straßenbauverwaltung des Landes wird durch Diskussionen über ein zu erzielendes Einvernehmen über die Dringlichkeit von Projekten zur Untätigkeit verurteilt werden.

Wenn Sie unserem Antrag in der letzten Legislaturperiode gefolgt wären, Herr Minister, hätten wir unserem hoffentlich gemeinsamen Ziel des Weiterbaus der A 20 und der Elbquerung schon erheblich näher gekommen sein können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nun haben wir aber nicht vergessen, daß der Landtagsbeschluß im Februar 1995 nicht die ungeteilte Zustimmung der SPD gefunden hat. Die unheilige Allianz zwischen den Verhinderern in der SPD und den Grünen wird jetzt zum Schaden für

unser Land tätig. Mit der **Behinderung von Infrastrukturmaßnahmen** werden nicht nur Zukunftschancen, Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt beeinträchtigt, sondern es werden auch Arbeitsplätze vernichtet und das Entstehen neuer Arbeitsplätze behindert. Die unstreitig aus Infrastrukturmaßnahmen resultierenden Arbeitsplätze können gar nicht erst entstehen, und fehlende Nachfrage wird zur zusätzlichen Belastung. Wer so wie SPD und Grüne handelt, ist unehrlich, wird seiner Verantwortung für die Menschen im Lande nicht gerecht und hat jeden Anspruch darauf verloren, sich zum „Bündnis für Arbeit“ zu äußern.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Auch der **Entwurf des Landesraumordnungsplans** weist die A 20 nur noch zwischen der A 1 und Bad Segeberg als geplant aus. Darüber hinaus ist keine Streckenplanung festzustellen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies beweist ebenfalls, daß sich die Landesregierung von der A 20 und der Elbquerung verabschieden will. Die Landesregierung hatte jedenfalls in der Vergangenheit keine Bedenken, im Zuge der B 206 und der Elbquerung bei Glückstadt ihre Streckenvorstellungen zu präzisieren. Es ist deshalb auch völlig unverständlich und geradezu unverantwortlich, wenn der Raumordnungsplan, der nur alle 15 Jahre fortgeschrieben wird, derartige Planungen überhaupt nicht berücksichtigt. Wer so handelt, will keine Verbesserung der Infrastruktur. Wahlversprechen werden gebrochen, und vollmundige Erklärungen zur Anhörung zur A 20 im Raume Lübeck werden zu Makulatur, Herr Minister.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dort haben Sie nämlich erklärt, die Anhörung zum Planfeststellungsverfahren werde in keinem Punkt - oder: in keinem Jota - geändert.

Dies wurde allerdings von Frau Fröhlich prompt mit dem Hinweis kommentiert, Steinbrücks Verhalten

werde dem Geist der Koalitionsvereinbarung nicht gerecht.

(Reinhard Sager [CDU]: Hört, hört!)

Wie paßt dies denn zusammen?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Als ihre „Regierungserklärung“ kündigt Frau Fröhlich eine dauerhafte angespannte Situation mit dem SPD-Mann an. Na, denn Spaß dabei!

(Beifall bei der CDU)

Das Schlimme ist, Frau Fröhlich könnte mit ihrer Einschätzung zur Verhinderung durchaus recht haben, denn schon in den Grundsätzen zur **Verkehrspolitik** wird im Koalitionspapier als gemeinsames Ziel festgelegt, daß die Belastung der Umwelt durch **Flächenverbrauch** und die **Zerschneidung der Landschaft** zu reduzieren sei.

(Demonstrativer Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies kann doch nur heißen: kein Neubau von Straßen, ja sogar Rückbau.

(Demonstrativer Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines bewundere ich an den Grünen: Sie sind wenigstens ehrlich und machen deutlich, daß wir mit unserer Auslegung des Koalitionspapiers recht haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wie anders nämlich will die Regierung Flächenverbrauch und Zerschneidung von Landschaft reduzieren, wenn kein Rückbau vorgenommen wird?

Die ganze Unehrlichkeit der Argumentation der Landesregierung wird dann im Kapitel „Realisierung - Planungsschritte A 20“ bestätigt. Die Koalitionspartner wollen sich für eine maximale Umweltverträglichkeit dieses Straßenbauvorhabens einsetzen. Sie beziehen sich dabei nicht etwa auf den gemeinsamen Beschluß vom 1995, sondern auf den Landtagsbeschluß von August 1992. Dies heißt doch Ausstieg aus der

Elbquerung und der A 20 und die Einforderung maximaler **Umweltverträglichkeit** eines Straßenbauvorhabens. Die Beurteilung erfolgt zwingend einseitig, auf das Bauvorhaben bezogen, und nicht etwa auf eine übergreifende Ökobilanz der Verkehrsentwicklung insgesamt.

Die Umweltverträglichkeit wird demzufolge dann nur erreicht, wenn die Maßnahme nicht durchgeführt wird.

(Demonstrativer Beifall bei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Vielen Dank, wieder eine Bestätigung unserer Auslegung.

Die Ausstiegsabsicht wird zusätzlich durch die Vereinbarung einer ermessensfehlerfreien Abwägung der öffentlichen Anhörung für die Stellungnahme an den Bundesverkehrsminister dokumentiert, was praktisch nie zu erreichen sein wird.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Aber das ist doch
eine Selbstverständlichkeit!)

- Das Ergebnis wird sein, Herr Hentschel: Diskussion statt Handeln, Verhinderung der Baumaßnahme statt Planung, Vernichtung von Arbeitsplätzen statt Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

(Lebhafter Beifall bei CDU und
F.D.P.)

Wer so seine Wahlversprechen einlöst, hat jeglichen Anspruch auf Glaubwürdigkeit verloren. Nach unserer Auffassung gibt es nur einen Ausweg aus dem Dilemma: die **Einsetzung einer privaten Lenkungs- und Planungsgruppe** für die Planung und den Bau der A 20 und die Elbquerung wesentlich von Hamburg, damit wenigstens die Planungsarbeiten aus dem Hickhack der Koalitionsdiskussion, der sich auch in Ihrem Applaus manifestiert, meine Damen und Herren von den Grünen, herausgehalten werden.

Wenn Sie, Herr Verkehrsminister, der Sie auch verantwortlicher Wirtschaftsminister dieses Landes sind, Ihrer Verantwortung gerecht werden wollen,

dann verhelfen Sie unserem Antrag zum Erfolg. Wir helfen Ihnen so, Ihre Wahlversprechen einzulösen.

(Heiterkeit bei der CDU - Beifall bei
CDU und F.D.P.)

Im übrigen und abschließend sind wir der Auffassung, Herr Minister, daß über die Planungsgesellschaft hinaus unverzüglich mit der Bauindustrie und den Banken über **private Finanzierung** und den **privaten Bau** der Elbquerung verhandelt werden muß.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Kayenburg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

Martin Kayenburg [CDU]:

Heute nicht mehr, mir fehlt die Zeit.

(Unruhe - Zurufe)

Samstags morgens immer und gerne, Herr Hentschel.

(Heiterkeit)

Ich komme darauf zurück, daß ich gefordert habe, daß mit der Bauindustrie und den Banken über eine private Planung, private Finanzierung und privaten Bau der Elbquerung verhandelt werden solle. Ihnen, Herr Minister, sind die Angebote bekannt. Es gibt Unternehmen, die als Konsortialführer zur Verfügung stehen. Studien liegen vor, Betreibermodelle mit Risikoabschätzung sind entwickelt. Die Finanzierung kann bei entsprechender Mautgebühr jedenfalls im Falle der Elbquerung sichergestellt werden. Auf eine Bürgschaft des Staates kann verzichtet werden.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Das heißt, diese Baumaßnahme ist auch bei einem unterfinanzierten Bundesverkehrswegeplan realisierbar. Ich fordere Sie auf: Zeigen Sie Mut, fassen Sie auch dieses Thema unverzüglich an! Gründen Sie die von uns geforderte private

Lenkungs- und Planungsgruppe für den Bau der A 20 und der Elbquerung westlich von Hamburg.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Rodust.

Ulrike Rodust [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kayenburg, Sie enttäuschen mich.

(Oho-Rufe von der CDU - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Bisher hatte ich immer den Eindruck, daß wir sachlich zusammenarbeiten können. Aber Ihre gerade gehaltene Rede war subjektiv aufgebaut und gründete sich nur auf Vermutungen.

(Aha-Rufe bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Haben wir etwa das Koalitionspapier gemacht?)

Der Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. zur **Gründung einer Planungsgesellschaft** A 20/Elbquerung westlich von Hamburg ist ein alter Hut und längst ausdiskutiert. Aber Sie haben einen Wahlkampf „gegen moderne Hüte“ geführt. Deshalb bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als mit „alten Hüten“ zu kommen. Bereits vor zwei Jahren haben Sie versucht, durch solch einen Antrag in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß mit der Gründung einer Planungsgesellschaft auch der Bau der A 20 beschleunigt werden könnte. Dies trifft nicht zu.

Nach intensiver Behandlung in der 37. und 38. Sitzung des Wirtschaftsausschusses einschließlich der Anhörung von privaten Planungsbüros und Vertretern der Bauwirtschaft hat der Schleswig-Holsteinische **Landtag** in der 72. Sitzung am 14. Oktober 1994 auf Vorschlag des Wirtschaftsausschusses folgenden **Beschluß**, und zwar einstimmig, gefaßt:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, den Ablaufplan des Landesamtes für Straßenbau und

Straßenverkehr für Straßenneubaumaßnahmen - Umdruck 13/1997 - dahin gehend zu überprüfen, welche weiteren Bereiche an private Auftragnehmer vergeben werden können.“

(Der Abgeordnete Martin Kayenburg [CDU] hält die Drucksache hoch)

- Dazu komme ich noch.

„Dabei ist das Kriterium zwingend hoheitlichen Handelns möglichst restriktiv auszulegen.“

Nun sollten Sie Ihren Zettel noch einmal hochhalten, damit wir genau verfolgen können, was **hoheitliche Aufgaben** sind, nämlich Grundlagenermittlung, Voruntersuchungen, Linienführung, Aufstellung des Vorentwurfs, Aufstellung des Bauentwurfs, Aufstellung des Planfeststellungsverfahrens - das sind hoheitliche Aufgaben. Sie können laut Gesetz nicht vergeben werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kayenburg, Sie haben das vor sich liegen. Sie sollten die Niederschrift des Wirtschaftsausschusses und die Plenarprotokolle in dieser Sache nachlesen. Wir brauchen an dieser Stelle nicht noch einmal alle Argumente, die gegen eine Planungsgesellschaft vorgebracht werden, auszubreiten,

(Beifall bei der SPD)

zumal Sie sich auch haben überzeugen lassen. Oder hätten Sie sonst einmütig mit uns mitgestimmt? Wie erklären Sie eigentlich Ihren neuen Kolleginnen und Kollegen diesen Antrag ohne ein einziges inhaltlich neues Argument?

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie erklären Sie das Koalitionspapier und Ihren Rückfall in das Jahr 1992? Sie sind doch zurückgefallen, nicht wir!)

- Das verstehe ich nicht. Ich verstehe den Aufbau Ihrer Rede nicht. Das ist nach wie vor unser gemeinsamer Sachstand, Herr Kayenburg. Wenn Sie nach diesem einvernehmlichen Beschluß vor zwei Jahren, meine Damen und Herren von der

Opposition, das gleiche noch einmal versuchen, bleibt für den heutigen Antrag nur eine Schlußfolgerung: Sie haben einen reinen Show-Antrag verfaßt. Das ist nicht der einzige in diesen Tagen -

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU)

ein allzu durchsichtiger Versuch, einen Keil in die neue Regierungskoalition Schleswig-Holsteins zu treiben. Das wird Ihnen nicht gelingen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Ganz ruhig. CDU und F.D.P. können keinen konkreten Anlaß einer schlechten oder zögerlichen Planung aufzeigen. Sie wollen auch keine inhaltliche Auseinandersetzung, da Konsens zwischen dem Bundesminister für Verkehr und dem Land in dieser Vorgehensweise besteht - es sei denn, Sie wollten den Bund pauschal kritisieren und die gemeinsame Position aller demokratischen Fraktionen der letzten Legislatur aufgeben.

Ihr Schaufensterantrag unterschlägt - das hat die bisherige Diskussion eindeutig ergeben -, daß mit der **Einrichtung einer Lenkungsgruppe** für die A 20 längst der richtige Weg beschritten wurde, daß eine Planungsgesellschaft nicht erforderlich ist. Der Antrag unterschlägt, daß bereits im bisherigen Verfahren ein Höchstmaß an Fremdvergabe erfolgt ist. Er unterschlägt, daß wir in diesem Verfahren - wie immer - ausdrücklich nach gesetzlichen Bestimmungen handeln.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

In diesem Rahmen haben die Anhörungen zur A 20 im Raum Lübeck am 20. Mai 1996 begonnen.

Es ist kein Geheimnis - und dies soll hier auch deutlich ausgesprochen werden -, daß in der **Beurteilung konkreter Straßenbauvorhaben** zwischen den **Koalitionspartnern** häufig keine Deckungsgleichheit in der Bewertung besteht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist genau der Punkt!)

-Weiter, weiter, weiter. - Das gilt insbesondere für das Vorhaben einer A 20 einschließlich einer Elbquerung für Schiene und Straße. Das ist in der vergangenen Woche landauf, landab bekannt geworden und ist auch Aussage im Koalitionsvertrag. Lesen Sie doch einmal nach, was dort steht.

Es ist aber auch eine klare vertragliche Regelung zwischen den Koalitionspartnern, daß die **Straßenbauverwaltung des Landes** weiterhin dem vom **Bund** gesetzlich erteilten **Planungsauftrag** nachkommen wird.

(Klaus Schlie [CDU]: In Naturschutzgebieten, oder was!)

Dabei wird beim Bau der A 20 größter Wert auf **Umweltverträglichkeit** gelegt und eine maximale Transparenz des Planungsverfahrens gewährleistet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie wollen Sie das realisieren?)

Vorschläge aus dieser Anhörung für den Abschnitt im Süden Lübecks wird die Landesregierung in ihrer Stellungnahme gegenüber dem Bundesverkehrsministerium berücksichtigen.

Zusammengefaßt bleibt festzustellen, daß es heute, zwei Jahre nach Ihrem letzten Antrag, keine neuen Erkenntnisse und damit keine Notwendigkeit zur Gründung einer Planungsgesellschaft gibt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Lesen Sie doch einmal ihr Koalitionspapier!)

Hinter Ihrem Antrag steht eben wirklich kein sachliches Interesse, sondern das Interesse am Zoff.

(Beifall bei der SPD)

Aber zum Streiten gehören mindestens zwei. Ich sage Ihnen, mit uns nicht!

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Genau, Herr Kayenburg. - Wir Sozialdemokraten werden daher diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte meine erste Rede vor diesem Hohen Haus mit einem Zitat aus der gestrigen Regierungserklärung beginnen: „Diese Menschen nehmen ein Stück öffentliche Verantwortung wahr. Wir hören ihnen zu und wägen ihre Argumente ab.“ Das betraf die Bürgerinitiativen.

Dieser Landtag hätte sich vielleicht eine unbequeme Abgeordnete ersparen können, wenn ich als Bürgerinitiativfrau nicht so oft vor verschlossenen Türen gestanden hätte, auch vor diesem Haus. Ich bitte Sie, mir heute als Landtagsabgeordnete zuzuhören.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das tun wir immer!)

Was ich an der Rede von Herrn Krayenburg schätze,

(Meinhard Füllner [CDU]: Ohne „r“!)

- Entschuldigung, ich werde es schon noch lernen - ist die Ehrlichkeit in der Begründung für den Bau der **A 20**, die im übrigen auch aus der schriftlichen Begründung des gemeinsamen Antrages von F.D.P. und CDU hervorgeht.

Es geht beim Bau der A 20 heute nur noch darum, vermeintliche Vorteile für Schleswig-Holstein herauszuholen. Vergessen ist, daß diese Autobahn ursprünglich damit gerechtfertigt wurde, daß sie den wirtschaftlichen Aufschwung für **Mecklenburg-Vorpommern** bringen sollte. Zu Anfang der Planungen in den Jahren 1990/91 wurde den Gegnern der A 20 unterstellt, sie gönnten den Brüdern und Schwestern im Osten nicht den gleichen Lebensstandard. Heute fürchten CDU und F.D.P. die Konkurrenz aus dem Osten.

Fast täglich ist in der Presse zu lesen, daß der **Kraftfahrzeugverkehr** Hauptverursacher für die weitere Zuspitzung des **Treibhauseffektes** ist, ebenso wie für die bodennahe Ozonproblematik. Wir sprechen noch immer vom Sommersmog. Der Sommersmog begann in diesem Jahr im zeitigen Frühjahr.

3 Millionen t CO₂ pro Jahr würden mehr produziert, wenn die 500 km neue Autobahn des A-20-Systems einschließlich der Anbindung von Rügen, Rostock und Schwerin täglich von Zigtausenden von Fahrzeugen befahren würden.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das bedeutete eine Verstärkung des Treibhauseffektes, die sich sehen lassen könnte und alle Bemühungen, die CO₂-Immissionen in anderen Bereichen, beispielsweise auf dem Energiesektor, einzusparen, zunichte machen würde.

Das bedeutete 50 000 t Stickoxyde pro Jahr mehr, die die Bildung des bodennahen Ozons bewirken und damit den sogenannten Sommersmog mit allen bekannten Folgen für die Gesundheit von **Menschen**, aber auch negative Auswirkungen auf das Wachstum von **Pflanzen**, und das nicht nur auf den ohnehin schon durch den sauren Regen geschädigten Wald, an dessen Sterben wir uns längst gewöhnt haben und dessen Schadensbilanz wir schamhaft durch Wegschaffen der Baumleichen verschweigen. Auch unsere Nahrungsmittel müssen als Pflanzen auf den Feldern wachsen, direkt oder als Futter für die Tiere. Sie stehen allerdings nicht über 20, 30 oder 50 Jahre. Ihre Krankheiten oder Minderwachstum sind nur schwer auszumachen.

Erstaunlich ist, daß CDU und F.D.P. die Augen auch vor den zu erwartenden Ertragseinbußen für die Landwirtschaft verschließen, vor denen Wissenschaftler immer deutlicher warnen. Aber auf Beton können ohnehin keine Nahrungsmittel wachsen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So hat der Nabu ermittelt, daß allein für den Kreis Lauenburg durch den **Bau der A 20** direkt oder durch **Zerschneidungseffekte der Landwirtschaft**

zirka 1000 ha Fläche entzogen würden und dadurch fast zwei Dutzend landwirtschaftliche Betriebe in ihrer Existenz bedroht wären. Aber Hauptsache, der Autoreifen rollt.

Naturzerstörung ist der Aspekt, über den im Zusammenhang mit dem Bau der A 20 in der Öffentlichkeit am meisten gesprochen wurde und wird. Diese auch schon als Öko-Autobahn benannte Betonschneise würde mehr als 30 **Natur- und Landschaftsschutzgebiete** auf dem schnellsten und kürzesten Weg miteinander verbinden. Besonders im Wakenitztal südlich von Lübeck ist unter allen denkbaren Trassen in Form einer diagonalen Flachbrücken-Lösung die schönste Naturvariante vorgesehen. Für diesen Abschnitt könnte man vielleicht sogar Privatinvestoren gewinnen. Denn hier verspräche eine Naturerlebnis-Maut wenigstens lukrative Einnahmen.

Ob ähnliches auch für die westliche Elbquerung gilt, sei dahingestellt. Zwar würden auch hier, südlich von Glückstadt, sehr wertvolle Naturflächen zerstört, aber Sie wissen, über die Elbe müßte es eine hohe Brücke geben. Das heißt, hier gäbe es ein Naturerlebnis nur mit Fernglas, und das wäre ein bißchen schwierig beim Autofahren.

Da nach offiziellen Berechnungen allein die Brücke über die Elbe 2 Milliarden bis 4 Milliarden DM kosten würde, ergibt sich daraus eine **Maut** von 10 bis 15 DM pro Fahrt; die erforderlichen mindestens 30 000 Fahrzeuge allein durch Naturliebhaber kämen dann aber wohl kaum zusammen.

Unbekannt ist, ob die Leute, die die Maut berechnet haben, und die anderen Befürworter dieses Projektes einmal an Durchschnittsportemonnaies gedacht haben. 30 DM pro Tag für einen Arbeitnehmer, der morgens zur Arbeit und abends zurück fahren muß - dann würden es wahrscheinlich doch weniger als 30 000 Fahrzeuge pro Tag und deutlich teurer.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man fragt sich, ob die erwünschten **Privatinvestoren** überhaupt nicht rechnen können. Sicher sehnt sich der Arbeiter, der dann die teure Überfahrt bezahlen muß, zurück in die Zeit, als er noch mit der Fähre fahren konnte. Da war es nämlich erheblich billiger. Nur, diese

50 Arbeitsplätze sind dann verloren. Aber was sind heute schon 50 Arbeitsplätze. Schließlich fehlen 6 Millionen. Man kann sich damit trösten, daß in der Bauphase einige große Firmen ihre Asphaltmaschinen besser auslasten können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für Herrn Engholm war seine baltische Magistrale der letzte Sündenfall. In Klammern: Es folgte die Vertreibung aus dem Paradies. Der Sündenfall sollte an der A 1 enden, entsprechend den Vorgaben zu den Projekten Deutsche Einheit, als kürzestmöglicher Anschluß an das im Westen vorhandene Autobahnnetz.

Bis Ende des Jahres 1993 konnte der Verdacht der Autobahngegnerinnen und -gegner, der Wahnsinn könnte auch noch westlich der A 1 weiter geplant werden, als böswillige Unterstellung abgetan werden. Die hübsche Garnierung der westlichen Elbquerung mit einer Öko-Schiene sollte die Empörung dämpfen, als den Dementis die Bestätigung folgte. Verschwiegen wurde dabei, daß für den Bau der Schiene kein Land enteignet werden könnte, da dies nicht im Schienenwegeausbaugesetz enthalten ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Die Strecke von Stettin bis zur A 1 sollte ursprünglich 3,1 Milliarden DM kosten. Inzwischen sind wir bei 4 Milliarden DM. Allein der kurze Abschnitt von 6 km südlich von Lübeck, der zur Zeit im Planfeststellungsverfahren ist, soll nach offiziellen Schätzungen 260 Millionen DM kosten. Lediglich 107 Millionen DM bis zum Jahr 2000 sind bisher von Bonn bewilligt worden. Aber auch 260 Millionen DM würden nur für eine Minimalausstattung reichen, die für die Bevölkerung südlich von Lübeck unzumutbar ist, zum Beispiel ohne den auch von der Lübecker Bürgerschaft geforderten 1400 m langen Tunnel im Bereich Moisling/Niendorf.

Die Finanzierung steht also in den Sternen, nicht nur für den kleinen Abschnitt, sondern auch für die übrigen Strecken sowie für alle Sekundär- und Tertiärmaßnahmen, die erforderlich werden.

Hier fällt mir das Lied ein: Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld? - Aber wir alle wissen ja, daß

Bonnas Geldsäcke prall gefüllt sind, so daß die A 20 über die westliche Elbquerung, die mindestens 10 Milliarden DM kosten würde, ebenso lässig bezahlt werden könnte wie der Transrapid für 15 Milliarden DM.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger und Arbeitslose sollen schließlich beim Gürtel-enger-Schnallen nicht aus der Übung kommen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den Bau der A 20 ab, und zwar östlich und westlich der A 1. Für entsprechend überflüssig halten wir eine **Planungsgesellschaft**.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Damit haben wir wieder völlige Klarheit! -
Martin Kayenburg [CDU]: Mehr wollen wir nicht wissen!)

Die A 20 ist aus verkehrlicher Sicht überflüssig. Der **Ausbau des vorhandenen Straßennetzes** in Ost-West-Richtung würde für derzeitige und prognostizierte Fahrzeugdichten ausreichen, zum Beispiel auf der B 105 zwischen 10 000 und 14 000, auf der B 208, kurz vor Ratzeburg, unter 4000. Was fehlt, ist die Untersuchung der sogenannten Nullvariante, Ausbau ohne A 20. Was ferner fehlt ist ein integriertes Verkehrskonzept, das den Bau der A 20 nicht voraussetzt. Zusätzliche Verkehre nach Fertigstellung der Großen-Belt-Querung werden marginal. Die dänischen Prognosen gehen von 80 % bis 90 % innerdänischem Verkehr aus. Vom Rest dürfte nur ein kleiner Teil auf einer westlichen Elbquerung landen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die Zahlen sind wirklich leider falsch! -
Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Der Abfluß der Verkehre nach Südwesten, insbesondere in Richtung Ruhrgebiet, was die Hauptrichtung wäre, wäre sehr viel billiger und umweltfreundlicher durch eine Schienelbquerung östlich von Hamburg zu realisieren. Eine weitere Entlastung für den Großraum Hamburg in Richtung Südost würde die Wiederbelebung der sogenannten Kaiserbahn Kiel-Ratzeburg-Ludwigslust bringen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die sehr schnell durch Lückenschluß von 8 km und Reaktivierung der Reststrecke billig und ohne zusätzliche Naturzerstörung zu realisieren wäre.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die **A 20** - das halte ich für besonders wichtig, und ich bin dankbar, daß das vorher schon deutlich wurde; ich möchte es hier noch einmal betonen - ist für **Mecklenburg-Vorpommern** wirtschaftlich kontraproduktiv, für das sie den Aufschwung bringen sollte.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ich bitte Sie!)

Die A 20 würde jüngere, flexible Arbeitskräfte aus Mecklenburg-Vorpommern nach Hamburg oder Lübeck abziehen, die Produktion in benachbarten Billiglohnländern erleichtern und Mecklenburg-Vorpommern zum Absatzmarkt für an anderer Stelle gefertigte Produkte degradieren. Die A 20 ist unter Klimaschutzgesichtspunkten unverantwortbar - ich verweise auf das, was ich oben gesagt habe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie würde zu gigantischen Naturzerstörungen führen - auch hier weise ich auf das hin, was ich vorhin gesagt habe: Wakenitzniederung, Travetal, Insel Pagensand, um nur drei schleswig-holsteinische Naturgebiete von international anerkanntem Rang zu benennen, sowohl nach der Vogelschutzrichtlinie als auch der FFH-Richtlinie.

Die A 20 - jetzt bitte ich die CDU, genau hinzuhören - würde Arbeitsplätze vernichten, und zwar nicht nur dadurch, daß ein paar Fähren bei der Elbquerung wegfielen, sondern insbesondere durch die Konkurrenz zur küstennahen Ostseeschifffahrt sowie durch Konkurrenz zum Transport von Gütern und Personen auf der Schiene.

Wenn man begriffen hat, wie unverantwortbar die Planung und Durchführung dieses in der deutschen Geschichte sowohl in bezug auf das Ausmaß als auch im vorhandenen Zerstörungspotential einmaligen Straßenbauvorhabens ist, kann sich

mensch, insbesondere wenn er oder sie die Verantwortung für die nachfolgenden Generationen von Menschen, aber auch von Tieren und Pflanzen ernst nimmt, nur gegen die Verwirklichung dieser Pläne einsetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Planungsgesellschaften, auch und ganz besonders mit der Unterstützung moderner privater Unternehmen, sollten eine lebensbejahende Zukunft planen. Hier müßten wir die Anwendung von Beschleunigungsgesetzen sogar begrüßen. Es könnte sonst bald zu spät sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Schlimm, schlimm!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eben hatte ich den Eindruck, daß die Koalitionsvereinbarung gerade geplatzt ist, aber vielleicht habe ich mich ja verhört.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Keine Angst, wir leben noch länger! - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Frau Kollegin Rodust, wenn es noch eines eindrucksvolleren Beweises dafür bedurft hätte, daß dieser **Antrag** noch einmal gestellt werden mußte, dann war das der Beitrag von Frau Winking-Nikolay. Sie haben gesagt, es gebe keine neue Situation, es gebe keinen Grund, diesen Antrag einzubringen. Ich wollte mich eigentlich wie Herr Kayenburg auf die Koalitionsvereinbarung beziehen, aber nach Ihrem Beitrag ist das eigentlich gar nicht mehr nötig.

Wenn Sie von einem Showantrag und von Interesse an Zoff sprechen, Frau Rodust, dann sage ich Ihnen, daß wir das untereinander überhaupt nicht nötig

haben. Denn wir haben in der Vergangenheit gerade im Wirtschaftsbereich gut zusammengearbeitet.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Das soll auch so bleiben. Wenn wir jedoch jede Art von Sachpolitik vernachlässigen sollen, weil es immer heißt, wir wollten damit die neue Koalition auseinandertreiben, dann bräuchten wir eigentlich überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei F.D.P., der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Voigt, wenn Sie das gern wollen, dann können wir das tun; dann wird es aber ziemlich langweilig hier im Hause werden.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Winking-Nikolay, Sie haben uns, der CDU sowie der F.D.P., vorgeworfen, wir fürchteten heute nur noch die Konkurrenz von **Mecklenburg-Vorpommern**. Ich weise das mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich möchte Sie daran erinnern, daß wir in diesem Hause für das Land Schleswig-Holstein zuständig sind und daß wir darauf zu achten haben, daß unser Land wettbewerbsfähig bleibt. Das hat mit Fürchten und Konkurrenz zunächst überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir alle wollen die A 20, wir wollen sie so schnell wie möglich, wir wollen sie als eine Gesamtlösung von Mecklenburg bis Niedersachsen - das waren die Worte des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion in diesem Hause im Jahre 1994. Damals wurden diese Worte unter dem Beifall der gesamten SPD-Fraktion gesprochen.

Die Haltung zum wichtigsten Verkehrsprojekt für Schleswig-Holstein, der A 20, war damit festgelegt - wie gesagt, vor 18 Monaten. F.D.P. und CDU hegten schon immer - wie ich meine: berechtigt - Zweifel - offensichtlich auch Sie, Herr Kayenburg - am Willen der damaligen Mehrheitsfraktion, die für unser Land lebenswichtige A 20 ohne Verzögerung

voranzubringen. Redlich bemühten sich die Sozialdemokraten dieses Hauses allerdings, diese Zweifel immer wieder zu zerstreuen. Auch Wirtschaftsminister Steinbrück freute sich in der 53. Plenarsitzung am 3. März 1994 - ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren - „über den Konsens, den wir haben, was die Notwendigkeit und auch die schnelle Realisierung der A 20 betrifft“.

Noch einmal freute er sich am 14. Oktober 1994, und ein weiteres Mal durften sich nicht zuletzt die Sozialdemokraten freuen. Am 23. Februar 1995 wollten wir das, was Minister Steinbrück einmal als sterile Aufgeregtheit bezeichnet hatte, beenden, die Debatte um die A 20, weil wir uns doch in der Sache alle so einig waren.

In der Tat, F.D.P. und CDU gelang es, die Sozialdemokraten von ihrem Schienenjunktum abzubringen, der Weg für das schnelle Voranbringen der **A 20** einschließlich einer **westlichen Elbquerung** schien frei zu sein. Alles sah danach aus, als könne das Verkehrsprojekt zügig realisiert werden. Selbst die Sozialdemokraten mochten nicht mehr daran erinnert werden, daß sie die Elbquerung, wenn überhaupt, nur mit einer - wie Frau Winking-Nikolay heute gesagt hat - Öko-Schiene garniert haben wollten.

Die Landesregierung war bemüht, ein Stück Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen; es ist ihr gelungen. Die Chancen Schleswig-Holsteins, die sich aus den Veränderungen der wirtschaftsgeographischen Lage ergeben können, der **Öffnung nach Osten** - ich habe von „Chancen“ gesprochen, Frau Winking-Nikolay - sowie der **Norderweiterung der Europäischen Union**, sollten nicht länger nur in politischen Sonntagsreden begrüßt werden.

Heute schweigen die Muscheln - wie „Die Zeit“ vom 17. Mai 1996 vielsagend das Ergebnis des rot-grünen Stühlerückens zusammenfaßt. Schweigen - gerade das kann sich die neue Landesregierung allerdings nicht leisten, Schweigen zu den wichtigsten wirtschafts- und strukturpolitischen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, Schweigen zum Problem der anzuhalten drohenden Arbeitslosigkeit, Schweigen zu der Frage, wie sich **Schleswig-Holstein** im internationalen **Standortwettbewerb** behaupten will, in einem

Wettbewerb, der, wie wir alle wissen, an Schärfe zunimmt.

Schweigen, das genau allerdings verspricht uns bestenfalls das rot-grüne Bündnis zur Verkehrspolitik. Die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie hüllt sich in betretenes Schweigen, weil sie es zwar besser weiß, aber es offensichtlich nicht mehr kann, entschlossene, zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen, die die Infrastruktur und damit die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins verbessern.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Eine leistungsfähige **Verkehrsinfrastruktur** stellt jedoch die Grundvoraussetzung für jeden potentiellen Investor dar. Die Marktferne zu den großen Wirtschafts- und Dienstleistungszentren der Republik ist nach wie vor ein geographisch bedingter Standortnachteil und damit ein Investitionshemmnis, bei aller Hoffnung auf die immer wieder beschworene Datenautobahn, die allerdings auch heute noch nicht Realität ist.

Wir können diesem Nachteil begegnen, indem wir die Mobilität von Menschen und Gütern garantieren.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr richtig!)

Ich frage Sie: Will diese Landesregierung das noch, Herr Minister? Will diese Landesregierung die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum schaffen? Will diese Landesregierung, daß die Menschen in Schleswig-Holstein von der wirtschaftlichen Entwicklung im Ostseeraum profitieren? Will diese Landesregierung, daß hier im Lande neue Arbeitsplätze entstehen? Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung beantwortet all diese Fragen mit einem ebenso präzisen wie unbefriedigenden „Jain“.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Während Sie, Frau Rodust, und Ihre Fraktion sich um Schadensbegrenzung bemühen und versichern, daß die A 20 auch ohne Fahrradweg und ohne Frauenbusspur zu verwirklichen ist,

(Heiterkeit bei der CDU)

reduziert sich der gesamte wirtschafts- und strukturpolitische Sachverstand der Grünen auf die gefährliche, dafür aber fröhliche Formel, die A 20 müsse „verunmöglicht“ werden. Nun mag jeder darüber spekulieren, ob die so formulierte politische Zielsetzung absolut oder relativ, relativ absolut oder doch nur absolut relativ gemeint ist, Frau Fröhlich. Da es sich das Land aber nicht leisten kann, daß über den tatsächlichen Hintergrund dieser Aussage in jahrelangen Besinnungs-Workshops sinniert wird, fordere ich für die F.D.P.-Fraktion heute eine unmißverständliche Aussage zur A 20.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn die Frau Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten bedauert, daß es einer rot-grünen Regierungsmehrheit an gesellschaftlicher Akzeptanz mangle, dann liegt das vielleicht auch daran, daß sich die Gesellschaft in der Verbalakrobatik des Koalitionsvertrages nicht wiederfindet

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

und daß die Gesellschaft die verklausulierten Formulierungen richtig deutet.

Nicht Gestaltungswille und Entscheidungsfreudigkeit sollen die Politik der nächsten Jahre bestimmen, nein, Antworten auf drängende Probleme werden durch Ökolyrik und Pseudobekanntnisse ersetzt, was immer man unter maximaler Transparenz und Bürgerfreundlichkeit ohne Zeitdruck verstehen mag. Ein klares Bekenntnis zur Ostseeautobahn ist dies mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Weil wir diese Autobahn allerdings brauchen, und zwar so schnell wie möglich, fordere ich Sie, die Sozialdemokraten, auf, klipp und klar zu sagen, ob Sie an Ihrem zuletzt uneingeschränkten Ja zur A 20 einschließlich der Elbquerung westlich von Hamburg festhalten. Wenn das der Fall ist und wenn Sie die A 20 so schnell wie möglich wollen, dann dürfte Ihnen die Zustimmung zu unserem Antrag ja nicht schwerfallen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das hätten Sie schon klüger anstellen müssen!)

Schleswig-Holstein hat ein massives Interesse daran, daß die Planung des Gesamtprojektes zügig vorangetrieben wird. Wie ich bereits gesagt habe, brauchen wir die Autobahn nicht irgendwann. In der Vergangenheit bestand in diesem Punkt letztlich zum Glück Konsens zwischen allen Fraktionen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Ja, gern.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wissen Sie, daß die Bundesanstalt für Raumordnung in ihrer Untersuchung festgestellt hat, daß die A 20 keine Arbeitsplätze bringt, sondern in erheblichem Maße Arbeitsplätze, insbesondere im ländlichen Raum in Schleswig-Holstein und gerade in Mecklenburg-Vorpommern, gefährdet?

- Wissen Sie, Herr Hentschel, daß eine Autobahn keine Einbahnstraße ist und die Leute nicht, wie Frau Winking-Nikolay behauptet hat, nur aus Mecklenburg-Vorpommern wegzieht, sondern sie auch zurückbringt?

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wußten es also nicht?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Frage nach der Möglichkeit der **Gründung einer Planungsgesellschaft** A 20 wurde von dieser Stelle aus bereits erörtert.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Rodust [SPD])

- Natürlich, Frau Rodust. Ich weiß auch, mit welchem Ergebnis. Der einstimmige Beschluß, den der Wirtschaftsausschuß dazu gefaßt hat, den auch

ich mitgetragen habe, war der kleinste gemeinsame Nenner, den wir damals finden konnten. Ich meine, es gehört zur politischen Vernunft - wir wissen alle, daß Politik auch Kompromiß ist -, daß man jedenfalls das tut, was man zu dem Zeitpunkt auch tatsächlich gemeinsam machen kann, wenn man weiß, daß man weitere Forderungen nicht durchsetzen kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Gründung einer Planungsgesellschaft gewinnt aber, wie Herr Kayenburg ausgeführt hat, angesichts der veränderten Mehrheitsverhältnisse mehr denn je an Aktualität. Ein Teil der neuen Landesregierung wird nämlich unter Beweis stellen wollen, daß sie sich nur zum Schein über den Tisch ziehen ließ, um unmittelbar von den Fleischtöpfen aus mächtig gegen dieses Projekt anzuarbeiten. Das aus Wahlkampfzeiten stammende absolute Nein zur A 20 wurde also nur scheinbar ein relatives Vielleicht. Oder gilt das Wort der Frauenministerin anlässlich der Anhörung in Lübeck, sie hoffe immer noch auf Verhinderung? Oder gilt das, was Frau Winking-Nikolay eben ausgeführt hat?

Meine Damen und Herren von der SPD, trösten Sie sich nicht damit, daß der Bau allenfalls verzögert, aber keineswegs verhindert werden könne. Jede Verzögerung stellt die Realisierung des gesamten Projekts in Frage.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das weiß niemand besser als der Verkehrsminister selbst. Deshalb können und müssen wir heute ein klares Signal setzen. Anders ausgedrückt: Worten müssen Taten folgen. Bereits im Februar 1994 bekräftigte Minister Steinbrück die Absicht, den Einsatz privater Ingenieurbüros zu verstärken. Das ist gut so. Völlig unverständlich ist es aber, daß die Berufung einer Planungsgesellschaft A 20 einschließlich westlicher Elbquerung bis heute abgelehnt wird.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das haben wir immer schon abgelehnt!)

Eine solche Gesellschaft ist deshalb wichtig, weil wir die A 20 nicht nur brauchen, sondern weil wir sie schnell brauchen, wie ich bereits sagte. Das

heißt, daß endlich die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um den Bau vorantreiben zu können. Je länger die Planung ruht, desto unsicherer wird die Finanzierung.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie doch mal etwas zu den Finanzen!)

Da die öffentlichen Mittel weniger werden, wäre es geradezu sträflich, Herr Hentschel, private Unterstützung in den Wind zu schlagen. Die schleswig-holsteinische Wirtschaft hat vor eineinhalb Jahren ihre Bereitschaft signalisiert, sich an einer solchen Gesellschaft zu beteiligen, und dieses Angebot steht, sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in bezug darauf, den Sachverstand einzubringen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf völlig unrealistischen Berechnungsgrundlagen!)

Die Wirtschaft braucht die A 20 nicht nur, weil sie eine überragend wichtige **Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur** Schleswig-Holsteins darstellt, sondern die Wirtschaft weiß auch, Herr Hentschel, daß dieses sozusagen ein Konjunkturprogramm und ein Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm für Schleswig-Holstein sein wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Straßenbau ist die schlechteste Art, um Arbeitsplätze zu schaffen!)

Angesichts der zu befürchtenden und heute schon aufgebrochenen grünen Querelen müssen wir alles daransetzen, lästige Kompetenzrangeleien und bürokratische Behinderungen auszuschalten. Eine verstärkte, unkonventionelle Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsministerium, Straßenbauverwaltung und privater Bauwirtschaft ist notweniger denn je. Wenn sich also auch die Sozialdemokraten nach wie vor dem bislang einvernehmlichen Votum des Hauses anschließen wollen, die A 20 unverzüglich zu bauen, dann darf ich Sie bitten, diesem Antrag von F.D.P. und CDU heute zuzustimmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die A 20 ist ja schon so etwas wie ein Evergreen in der politischen Debatte in diesem Lande. Sowohl im Wahlkampf als auch bis zum Ende der Koalitionsverhandlungen war diese Autobahnanbindung ein Dauerbrenner, wie wir wissen.

Ich will zunächst etwas Übergeordnetes zu dem Thema A 20 sagen. Anschließend werde ich auf den Antrag von CDU und F.D.P. eingehen.

Vorweg eines. Der SSW meint - das haben wir schon mehrfach bekundet -, daß sowohl die **A 20** als auch die westliche Elbquerung aus wirtschafts- und verkehrspolitischer Sicht von entscheidender Bedeutung für das Land sind. Wir befürworten also diese Bauvorhaben.

Eine kombinierte **Schienen- und Straßenquerung westlich der Elbe** halten wir für die weitere Entwicklung der Westküste für unabdingbar. Es muß aber sichergestellt sein, daß sowohl bei der Elbquerung als auch bei der Autobahnanbindung die umweltgerechteste Lösung gefunden wird. Interessanterweise waren sich nicht nur die Unternehmerverbände der Westküste, sondern auch alle im Kreis Nordfriesland vertretenen Parteien in der Unterstützung der westlichen Elbquerung einig.

Die A 20 wird die **Verkehrsinfrastruktur** zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich verbessern. Die A 20 wird vom Bund gebaut und finanziert. Auch das wissen wir. Sie ist Projekt 10 unter den 17 Verkehrsprojekten, denen die Bundesregierung im Hinblick auf die Wirtschaftsverbinding zwischen West- und Ostdeutschland besondere Wichtigkeit beimißt. Auch das ist bekannt. Deshalb ist die A 20 eine Folge der deutschen Einheit und kann vom Land Schleswig-Holstein gar nicht in Frage gestellt werden. Auch das ist gesagt worden.

(Beifall des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW], bei CDU und F.D.P.)

Die A 20 bedeutet darüber hinaus vor allem eine Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in vielen Städten und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern. Vor diesem Hintergrund muß es ein vorrangiges Ziel sein, die Umweltbelastung dieser Städte zu vermindern. Auch das ist Umweltpolitik.

Wir wollen also die A 20 und die Elbquerung. Wir wollen sie aber nicht im brutalen Schnellverfahren ohne Rücksicht auf die **Natur** und auf die betroffenen **Menschen**. Solche Großprojekte müssen so umweltgerecht und so bürgernah wie möglich verwirklicht werden. Daran führt kein Weg vorbei. Deshalb ist es besonders wichtig, die gesetzlich festgelegten **Planungs- und Anhörungsverfahren** in einem vernünftigen **Zeitrahmen** durchzuführen.

Um es zu verdeutlichen: Der SSW versteht sehr wohl die Bedenken, die viele Bürger gegen eine Realisierung dieses Projektes haben. Wir sind uns natürlich darüber im klaren, daß es sich um erhebliche Eingriffe in die Natur handelt. Eine nachhaltige regionale Entwicklung ist aber nur im Konsens zwischen Natur und Wirtschaftlichkeit möglich. Der wirtschaftlich und verkehrspolitisch notwendige Ausbau der Infrastruktur darf auf keinen Fall nur dem Straßenverkehr zugute kommen. Es ist sehr wichtig, daß er in ein zukunftsorientiertes und umweltverträgliches Gesamtkonzept einfließt.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen aufpassen, daß wir nicht wie im Reflex nach neuen Straßen rufen, sobald wir die Stichworte „Transport“ und „Mobilität“ hören. Frau Aschmoneit-Lücke, Straßen sind nur Infrastruktur, nichts anderes, und die Leute in Mecklenburg-Vorpommern werden erst dann wieder zurückkehren, wenn es dort Arbeitsplätze und eine Existenzmöglichkeit gibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der SSW tritt für eine Tarif- und Preispolitik ein, die die umweltfreundlichen Verkehrsträger finanziell begünstigt. Nur so kann man den Personen- und Güterverkehr von der Straße auf die Schiene befördern. An dieser Zielsetzung ist angesichts der dramatisch wachsenden Verkehrsströme festzuhalten. Es ist ganz wichtig, daß man dies beibehält. Auch der Ausbau und die Verbesserung des Schienennetzes sowie die Förderung des gesamten öffentlichen Personennahverkehrs im Lande wird vom SSW unterstützt.

Leider werden diese Ziele von der jetzigen Bundesregierung nicht genügend gefördert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Denn es ist ja eine Tatsache, daß die Verkehrspolitik der Bundesregierung dazu geführt hat, daß der **Straßenverkehr** auf Kosten des **Schieneverkehrs** bevorzugt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt zu dem vorliegenden Antrag. Der CDU und der F.D.P. geht die Realisierung der A 20 und der Elbquerung zu langsam voran.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem Antrag zur **Gründung einer Planungsgesellschaft** und der **Teilnahme der privaten Wirtschaft** hofft man auf eine Beschleunigung dieser Projekte. Mir ist aber nicht klar, wie so eine Planungsgesellschaft überhaupt organisiert sein soll und welche Aufgaben sie erhalten soll. In Dänemark gibt es bei den beiden Brückenprojekten über den Großen Belt und den Öresund staatliche Planungsgesellschaften. Aber das ist ja etwas ganz anderes. Darum frage ich mich, was denn jetzt im Verhältnis zu dem, was in der letzten Legislaturperiode besprochen wurde, eigentlich anders ist.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:
Das haben Sie doch gehört! -
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sie
haben nicht zugehört!)

Wenn man sich die Sache ansieht, dann ist nichts anders geworden. Es gibt Beschlüsse, und diese Beschlüsse gilt es einzuhalten. Das haben wir gerade gehört. Ich jedenfalls kann aus diesem Antrag nicht ersehen, wie Sie eine Beschleunigung der Projekte erreichen wollen. Auch eine Planungsgesellschaft würde sich an gesetzliche Vorgaben halten müssen, und auch eine Planungsgesellschaft muß sich mit den Einwänden der Menschen vor Ort auseinandersetzen. Oder wollen Sie etwa die Rechte dieser Menschen beschneiden? Auch eine Planungsgesellschaft müßte verschiedene Gutachten erstellen lassen und mit den Verantwortlichen der betroffenen Bundesländer und dem Bund verhandeln.

Der SSW ist grundsätzlich der Meinung, daß bei solchen Großprojekten die **Planungshoheit** bei der **öffentlichen Hand** zu belassen ist. Wir haben weiterhin Vertrauen in die Regierung, daß sie alles in ihren Kräften Stehende tun wird, um diese Projekte innerhalb eines angemessenen Zeitraumes durchzuführen. Darum können wir dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

(Beifall des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW], bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Minister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kayenburg, bei Ihrer Rede ist mir durch den Kopf gegangen, daß eine solche Oppositionsrede sehr viel wirkungsvoller und auch sehr viel herausfordernder wäre, wenn sie die Wirklichkeit und die beteiligten handelnden Personen nicht so verzeichnen würde, wenn sie nicht ganz so gestanzte wäre - „Haben Sie Mut, Herr Minister!“ - oder wenn Sie nicht so völlig abheben würden von den realen Verhältnissen. Mir ist viel zuviel Stehsatz darin. Da fehlt nur noch: Hund als Katzenfutter, jetzt kann er nicht mehr bellen, und ich bin der Hund.

(Heiterkeit und Beifall)

Es juckt mir manchmal in den Fingern, Ihnen - gegen ein gutes Honorar! - eine wirklich gute

Oppositionsrede auch und gerade zur A 20 zu schreiben, die dazu führen würde, daß ich ganz unruhig herumsitze.

Weil in den Koalitionsverhandlungen so häufig von dem Wort „Befindlichkeit“ die Rede gewesen ist, sage ich Ihnen: Diese Befindlichkeit hatte ich eben nicht.

(Heiterkeit bei der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn ein bloßer Blick in die Zeitungen genügt ja, und jeder Leser weiß, was tatsächlich passiert. Jeder Leser weiß, was sich tut, jeder Leser weiß, daß im Augenblick **Anhörungstermine** stattfinden, daß also im Gegensatz zu dem, was Sie beschrieben haben, etwas geschieht, daß ein **Planfeststellungsverfahren** eingeleitet ist. Jeder Leser weiß sogar, daß ich der Stein des Anstoßes einer massiven Debatte in diesem Lande bin, bei der ich ganz andere Wertungen auch aus ganz anderen Richtungen höre.

(Zuruf von der CDU: Was passiert denn westlich von Segeberg?)

- Ich komme darauf zurück. Haben Sie ein bißchen Geduld. Mir bleiben ja noch 19 Minuten.

Vor dem Hintergrund will ich Ihnen, Herr Kayenburg, einfach zurufen, daß das, was - ganz selbstkritisch - für Regierungsreden gilt, auch für Oppositionsreden gilt. In meinen Augen heißt das: Die Wirkung und auch die Beachtung der Reden verringern sich im Quadrat mit dem Abstand, den sie zu dem tatsächlichen Verhältnis und zu den handelnden Personen finden. Das ist bei einer solchen Rede, wie Sie sie hier gehalten haben, der Fall.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern finde ich das Stichwort, das Frau Ute Erdsiek-Rave gestern gegeben hat, ganz bemerkenswert, ob wir nämlich nicht auch bei einem so hochumstrittenen Projekt wie dem der A 20 zu einer neuen Sachlichkeit finden könnten, vielleicht mit dem Effekt - -

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Täuschen Sie sich mit Ihrem Beifall nicht über die Qualität Ihrer Beiträge hinweg!

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Bisher haben Sie zur A 20 noch nichts gesagt! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich habe noch 18 Minuten!

(Heiterkeit und Zurufe)

- Wenn Sie mir erlauben, diese 18 Minuten voll auszukosten, dann würde ich ganz gerne wieder das Wort haben. - Nun will ich nicht nur auf Ihre Rede eingehen, sondern ich will auch Ihnen, Frau Winking-Nikolay, zurufen,

(Ah! bei der CDU)

daß Sensibilität allein noch keine Garantie für eine überlegene Erkenntnisfähigkeit ist.

(Lachen und Beifall bei der CDU)

Dann möchte ich auch hinzufügen, Frau Winking-Nikolay, daß allein Betroffenheit noch nicht für Besonnenheit in solch einem Verfahren steht, und ich möchte in dem nötigen Freimut, der zwischen uns herrschen soll, zu erkennen geben, daß ich mich in Ihrer Rede ebensowenig wiederfinde.

(Beifall der Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Der Landtag hat sich bereits vor fast zwei Jahren mit einem Antrag zur Planungsgesellschaft **A 20** beschäftigt. Seitdem gibt es entgegen den Darlegungen von Herrn Kayenburg erhebliche und bemerkenswerte und nachvollziehbare **Fortschritte**.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Das betrifft die Arbeiten zur Linienbestimmung bis zur Entscheidung des BMV, das betrifft die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens in einem ersten Abschnitt, das betrifft die Anhörungstermine, die ich schon genannt habe, das

betrifft weiter die Arbeiten in den Abschnitten westlich der A 1, die voll im Gange sind, das betrifft die verkehrswirtschaftliche Untersuchung zur Elbquerung im Zusammenwirken mit dem BMV, mit Hamburg und mit Niedersachsen. Deshalb stellt sich die völlig berechtigte Frage: Welche konkrete Kritik haben denn die Oppositionsfraktionen an der Arbeit der Landesstraßenbauverwaltung während der letzten zwei Jahre auszusprechen, die einen erneuten Vorstoß zur Gründung einer Planungsgesellschaft rechtfertigen würde? - Nicht tönen, nicht nörgeln, nicht in Schablonen reden, sondern ganz konkret: Was haben Sie an den Arbeiten der Landesstraßenbauverwaltung als Bundesauftragsverwaltung in den letzten zwei Jahren auszusetzen? Wo wurde finanziert, wo wurde verzögert, wo wurde angeblich qualitativ nicht so gut gearbeitet, daß Sie sagen könnten, da müsse es eine Planungsgesellschaft geben?

(Martin Kayenburg [CDU]: Reden Sie einmal zur Sache! Das, was Sie hier fahren, sind nur Ablenkungsmanöver!)

Bringen Sie das auf den Punkt!

Meine Antwort lautet: Sie haben nichts an konkreter Kritik, Sie haben gar nichts, Sie haben überhaupt nichts,

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

sondern Sie haben allein eine „Tonleiter“, die da lautet, übermorgen müsse irgendwo ein Spatenstich stattfinden.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Ja, eben!)

Nur das haben Sie.

Mit der von Ihnen dahinterstehenden Auffassung geben Sie im übrigen zu erkennen, daß Sie bezüglich der Vorbereitung von Planfeststellungsverfahren von jeder Unkenntnis geküßt sind.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wilfried Voigt)

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] -
Zurufe von der CDU)

Sie wissen doch ganz genau, Herr Kayenburg, daß der **Einsatz privater Planungskapazitäten** in diesem Land gängige Praxis ist, und das gilt insbesondere in bezug auf die A 20. Das ist an den Finanzmitteln im Rahmen der Werkverträge abzulesen, und wir müssen sogar gesteigerten Wert darauf legen, daß nur solche privaten Büros einbezogen werden, die sorgfältigste Arbeit leisten, weil wir wissen, daß im Hinblick auf die erhebliche öffentliche Beachtung und auf wahrscheinliche Auseinandersetzungen vor den Verwaltungsgerichten

(Zurufe des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- wenn Sie mir das Wort weiter zugestehen - hohe Qualität erwartet werden muß.

Das Ministerium hat eine „Projektgruppe A 20“ eingerichtet, und diese Projektgruppe hat alle erforderlichen Ingenieurleistungen - Sie selber haben das Tableau bekommen - auch an private Ingenieurbüros vergeben, so daß in meinen Augen alle organisatorischen Voraussetzungen für ein solides, abwägendes und zügiges Verfahren geschaffen worden sind. Ihre Planungsgesellschaft ist nichts anderes als eine Schimäre, nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn erstens wird auch sie keine Wunder vollbringen können, und zweitens wird sie genauso die rechtlich verankerten Beteiligungsprozesse und die Abwägungsprozesse durchführen müssen, wie sie im Gesetz vorgeschrieben sind. Sie werden mit einer solchen Planungsgesellschaft die Rechtsgrundlagen nicht aushebeln können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Genau das wollen wir!)

- Ja, aber diese gesetzlich fixierten Abläufe werden durch die Gründung einer Planungsgesellschaft keineswegs aufgehoben,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

und vor allem die hoheitlichen Tätigkeiten verbleiben bei der Straßenbauverwaltung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist unstrittig!)

Ich möchte die privaten Planungsgesellschaften sehen, die mir die Auseinandersetzungen im Rahmen der Anhörungstermine abnehmen! - Das ist doch Tütelkram, was Sie da erzählen.

(Beifall bei der SPD)

Oder können Sie sich vorstellen, daß ich quasi die Kritik auf irgendwelche privaten Einrichtungen delegiere in den anstehenden politischen Auseinandersetzungen? Sie wären doch der erste Kritiker, der fordern würde, daß ich mich dieser Kritik zu stellen und mich politisch zu rechtfertigen hätte. Das alles kann ich doch nicht auf solch eine Einrichtung delegieren, wie Sie das gern möchten.

Noch grotesker wird es in meinen Augen dort, wo Sie mit Blick auf die Realisierung der A 20 nur immer auf das abheben, was die **Landesstraßenbauverwaltung** als **Bundesauftragsverwaltung** leistet, und völlig die Zuweisung der entsprechenden Bundesmittel ausblenden, die erforderlich sind, um dieses Projekt tatsächlich durchzusetzen. Da genügt ein Blick in den laufenden Fünfjahresplan zum Bedarfsplan des Fernstraßenausbaugesetzes, und Sie wissen ganz genau, in welchen Zeithorizonten was zu bewerkstelligen ist und daß die darin aufgeführten Mittel in Höhe von 165 Millionen DM noch nicht einmal reichen dürften, um allein die Abschnitte südlich von Lübeck fertigzustellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Haben Sie schon einmal gefragt, ob Private in Vorleistung gehen würden?)

Fast mit allen Bundesländern sind wir uns ziemlich einig darüber, daß für die **Elbquerung** - Sie waren bei einem entsprechenden Gespräch mit dem Bundesverkehrsminister dabei; ich sage das, obwohl ich manchmal den Eindruck habe, daß Sie dieses Gespräch verdrängt haben - in der Tat nur eine klassische Privatfinanzierung in Frage kommt - hierin bin ich mir mit Herrn Wissmann einig -, nicht

in einer privaten Vorfinanzierung, gegen die wir sind, weil die den Fiskus teurer kommt. Dann kann er gleich die Nettokreditaufnahme erhöhen und die entsprechenden Zinsen zahlen. Das wäre dann viel besser.

(Martin Kayenburg [CDU]: Genau das steht darin! Dann haben Sie nicht zugehört! - Zurufe von der CDU)

- Ja, nun hören Sie mir doch noch einen Moment zu, Herr Kayenburg! Sie sind doch bei dem Gespräch dabeigewesen.

Dann haben wir eine verkehrswirtschaftliche Untersuchung verabredet, und Sie wissen, daß die Ergebnisse dieser verkehrswirtschaftlichen Untersuchung frühestens Anfang 1997 vorliegen werden. An dieser verkehrswirtschaftlichen Untersuchung haben potentielle Bauunternehmen und Banken ein erhebliches Interesse. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse - nach dem Motto „Vor der Hacke ist es dunkel“ - zeigen Sie sich interessiert, ein privates Finanzierungsmodell auf die Beine zu stellen. Das heißt, den Eindruck, den Sie hier relativ lässig - so wie aus der Hüfte geschossen - vermitteln, als wären die jetzt schon imstande, so etwas zu machen, ist falsch. Die warten darauf - das habe ich in allen Gesprächen erfahren, die ich mit denen gehabt habe -, daß erst einmal das Ergebnis vorliegt. Nach Lage der Dinge wird das im ersten Quartal 1997 der Fall sein. Sie erwecken den Eindruck, als gäbe es hier so etwas wie ein „Windhundverfahren“, in dem wir uns gegenseitig den Rang ablaufen sollen, wer mit welchen Baufirmen oder mit welchen Banken schon gesprochen hat. Sie haben mit Bauunternehmen, mit Banken gesprochen, ich habe es getan. Wir haben hier ein ganz klares Verfahren. Das nächste Mal werde ich Sie auch gern wieder zu Gesprächen mit Herrn Wissmann mitnehmen, um noch einmal für die realen Proportionen in Ihrer Wahrnehmung dessen, was möglich ist und was nicht möglich ist, zu sorgen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Zurufe von der CDU: Oh, oh! Herr Oberlehrer!)

Lassen Sie mich in einer abschließenden Bemerkung noch auf die Punkte eingehen, die im Mittelpunkt Ihrer Fragen stehen, und auch darauf, was Ihnen an dieser Stelle gar nicht verschwiegen

werden soll. Ich neige dazu, die folgende Bemerkung fast nach dem Motto „Nummer 17“ einzuordnen - in der Annahme, daß das von mir gebetsmühlenartig wiederholt werden muß. Um das zu vereinfachen, werde ich dann in Zukunft nur noch sagen „Nummer 17“, und dann wissen Sie, welche Rede das gewesen ist. Das möge dann sicherstellen, daß wir ein für alle Mal dieselben „Buchungen“ haben.

Erste Bemerkung! In der Einschätzung der Bedeutung der **A 20** sind sich die **Koalitionspartner** nicht einig. Dafür gibt es einige Indizien, wie ich zugebe.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Das ist so. Dessen unbeschadet gibt es einen gesetzlichen Planungsauftrag, und den werde ich im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung rite erfüllen. Das werde ich auch weiterhin tun. Auch dafür gibt es einige Indizien, wie Sie zugeben werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD -
Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard
Klug [F.D.P.]

Das ist täglich zu erfahren.

Nun müssen Sie nicht glauben, daß ich mich zusammen mit der Ministerpräsidentin allein auf eine formale Betrachtung zurückziehe. Wenn Sie gestern der Regierungserklärung zugehört haben, wissen Sie, daß die Ministerpräsidentin und der Verkehrsminister dieses Landes dieses Projekt nicht nur aus formaljuristischen Gründen, sondern auch aus politischen Gründen für erforderlich halten. - Auch das sage ich immer noch unter „Nummer 17“ für diese gesamte Legislaturperiode.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister Steinbrück, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schlie?

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Nein, der Herr Abgeordnete hat mir durch seine Zwischenrufe schon so viel Zeit weggenommen, daß ich jetzt in meinen Ausführungen fortfahren möchte.

(Zurufe von der CDU)

Zweite Bemerkung! Die **Landesregierung** wird die **Planungen zur A 20** unverzüglich und ohne schuldhaftes Verzögern betreiben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nicht mehr!)

- Ohne schuldhaftes Verzögern, aber auch ohne Überstürzung. Das heißt, nicht unter Vernachlässigung des notwendigen Abwägungsgebotes, das übrigens aus dem Rechtsstaatsprinzip folgt. Ich möchte denjenigen in diesem Hause sehen, der dagegen etwas einzuwenden hätte.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des
Abgeordneten Martin Kayenburg
[CDU])

Als dritte Bemerkung füge ich jetzt eher persönlich folgendes hinzu. Wenn ich auch außerhalb dieses Hohen Hauses von den einen als Durchpeitscher dieses Projektes titulierte werde und von den anderen als Verzögerer kritisiert werde,

(Zuruf des Abgeordneten Martin
Kayenburg [CDU])

dann muß ich mich ja irgendwo in der Mitte bewegen. Meine Wahrnehmung ist - Herr Kayenburg! -, daß dies nicht die unvernünftigste Haltung zu einem so schwierigen Projekt sein könnte. Mir ist vor einiger Zeit einmal ein Zitat aufgefallen, das ich Ihnen gern vorlesen möchte, weil es ziemlich genau meine Gefühlslage als zuständiger Minister für dieses Projekt in diesem Land widerspiegelt: Zu einem Politiker - vielleicht sollte man sagen „zu einem guten Politiker“; aber dann heißt es wieder, ich sei oberlehrerhaft -

(Lachen und Beifall bei CDU und
F.D.P.)

gehören die Haut eines Nilpferdes, das Gedächtnis eines Elefanten, die Geduld des Bibers, das Herz des Löwen, der Magen des Vogel Strauß und der Humor einer Krähe.

Sie können sicher sein, das sind die Eigenschaften, die ich bei der A 20 an den Tag legen werde.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Winking-Nikolay, ich möchte Ihnen zunächst sagen, daß ich auf das, was Sie gesagt haben, gerne eingehe; denn ich möchte Ihnen das Gefühl vermitteln, daß hier keine wilden Betonbauer am Werke sind, die die Landschaft zupflastern wollen

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- das ist nicht so -, sondern daß hier auch nachdenkliche Kolleginnen und Kollegen sitzen, die sich die Mühe geben, Schleswig-Holstein so zu erhalten, wie es möglichst auch für die nächste Generation bleiben sollte.

Ich kann mich gut daran erinnern, wie ich in Schlutup war und damals als erster und lange Zeit einziger mit dieser Bürgerinitiative zur Umgehungsstraße - da gab es sehr viel pro und contra; Sie kennen sich dort ja gut aus - ein vielstündiges Gespräch geführt habe. Ich glaube, das muß man am Anfang auch so machen, aber es darf nicht über die ganze Zeit so bleiben, daß man sich von solchen Dingen völlig abhängig macht.

Deshalb muß man jetzt auch fragen dürfen, wie das zu vereinbaren ist, was die Ministerpräsidentin gestern in ihrer Regierungserklärung zu diesem Thema gesagt hat, mit dem, was Urs Stahl heute in den „Kieler Nachrichten“ berichtet, daß nämlich die Frauenministerin von der Regierungsbank dazwischengezischt habe: „Das ist aber so nicht vereinbart worden.“

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Wo hat Urs Stahl das denn gehört?)

Da müssen wir doch Klarheit verlangen dürfen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wir müssen doch wissen, was gilt.

(Zurufe von der SPD)

- Hören Sie doch einmal zu, wenn ich versuche, ein paar nachdenkliche Worte in die Debatte zu werfen.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist in der Tat selten; das stimmt!)

- Herr Astrup, selbst Ihnen ist ein besserer Zwischenruf möglich.

(Klaus Schlie [CDU]: Das glaube ich nicht! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das fällt ihm schwer!)

- Doch, ich bin fest davon überzeugt.

Ich erinnere nur kurz, weil ich nur die Hälfte der Redezeit von Minister Steinbrück habe, daran, wie diese ganze A-20-Debatte zustande gekommen ist. Ich kann das nicht alles nachzeichnen, aber ich sehe sehr deutlich vor meinem Auge - ich war damals noch auf der Hardthöhe -, wie ich nach Esbjerg gegangen bin - -

(Holger Astrup [SPD]: Als Parlamentarischer Vertreter! - Berndt Steincke [CDU]: Das ist die neue Sachlichkeit!)

- Nein, das ist die neue Ernsthaftigkeit von Frau Erdsiek-Rave, die von ihrer Fraktion leider nicht geteilt wird.

(Zurufe von der SPD)

Nun hören Sie doch einmal die acht Minuten, die ich noch habe, bitte zu. Es war jedenfalls nicht leicht, dieses **Gesamtprojekt A 20** überhaupt vorzubringen. Ich bin damals zu Kaj Ikast, dem ehemaligen dänischen Verkehrsminister, einen Tag, bevor er sich mit Günther Krause getroffen hat, in sein Privathaus gegangen.

(Zurufe von der SPD: Oh ja!)

- Machen Sie nur Ihre unreifen Reaktionen weiter; ich werde mich dadurch nicht beirren lassen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben damals - das war ein knappes Rennen, weil bereits damals die Bundesfinanzen schon knapp waren - in einer gemeinsamen Interessenidentität von Jütland und Schleswig-Holstein Günther Krause davon überzeugen können, daß die A 20 ein ganz wichtiges Projekt ist. Er hat das dann auch mit der ihm eigenen Sturheit in seiner ganzen Amtszeit immer vertreten, und ich glaube, das ist Schleswig-Holstein sehr gut bekommen.

(Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er bei seinen Grundstücksangelegenheiten auch gezeigt!)

- Das wußte ich, daß Sie jetzt wieder einen solchen Unsinn dazwischenrufen.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jahre später ist es uns gelungen, die SPD zwar nicht zu einer einstimmigen und einmütigen, aber zu einer mit großer Mehrheit gefaßten EntschlieÙung - ich glaube, es war der 23. Februar 1995 - zu bekommen. Herr Steinbrück, wenn dieser Eindruck richtig ist, daß Sie sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, ist das in Ordnung. Wir sollten darüber noch einmal ein Gespräch führen.

Nur, zwei Punkte will ich einwenden. Wenn hier im Mittelpunkt Ihrer Argumentation steht, die Sache sei unterfinanziert - es ist sicherlich richtig, daß der Bundesverkehrswegeplan unterfinanziert ist -, dann frage ich mich aber doch um so entschiedener: Warum haben Sie noch keinen **Antrag auf Förderung in Bonn** gestellt? Er liegt in Bonn nach dem, was ich gestern noch nachgefragt habe, nicht vor.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Hört, hört!)

Diese kritische Frage muß man doch stellen, und dann muß man auch noch einmal dieses Dokument zur Hand nehmen - in der Regierungserklärung steht dazu überhaupt nichts drin - und sich fragen:

Wie geht es weiter? Ist dies nicht ein Projekt, bei dem wir den Zoff beiseite legen sollten - „Zoff“ ist ja nicht das Wort, auf das ich abonniert bin, sondern jemand anderer -, um mit vereinten Kräften diese A 20 noch durchsetzen zu können?

Damit meine ich nicht die Lübecker Umgehung, sondern ich meine den ganzen Rest, der für Schleswig-Holstein die eigentliche A 20 ist.

(Beifall bei CDU und F. D. P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wird nicht gehen, weil das Geld nicht da ist!)

- Das ist immer Ihre Ausrede. Nehmen Sie doch einmal, bevor Sie einen solchen Zwischenruf machen, Ihren eigenen Koalitionsvertrag zur Hand. Auf Seite 40 oben steht unter dem Punkt 6.1 A 1/Geschendorf folgendes:

„Dieser Streckenabschnitt ist im gültigen 5-Jahres-Plan bis zum 31.12.2000 finanziert.“

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Fehler!)

„Gleichwohl ist mit einem Planfeststellungsbeschluß in dieser Legislaturperiode nicht zu rechnen.“

Weil Sie ihn nicht wollen. Es ist also Heuchelei, wenn Sie jetzt von Unterfinanzierung reden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im übrigen, Herr Steinbrück: Dieser **Bundesverkehrswegeplan** wird in dieser Legislaturperiode fortgeschrieben.

(Zurufe von der SPD)

- Laßt doch die Zwischenrufe; das können Sie alles in Ruhe nachlesen. - In dieser Legislaturperiode wird das fortgeschrieben. Wie soll das eigentlich funktionieren, wenn eine Landesregierung, die sich zur Neutralität verpflichtet hat, in solchen wichtigen Punkten eine unterschiedliche Meinung hat? Es kann doch keiner annehmen, daß das gutgeht, daß eine Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes dieses für Schleswig-Holstein als Plan und als Bedarfsfestschreibung Errungene festhalten können

wird, wenn es in dieser Frage bei Ihnen offenkundig keine Einigkeit gibt. Die Reden von Ihnen haben diese Uneinigkeit wirklich mit letzter Deutlichkeit vor Augen geführt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das ist die große, die entscheidende Sorge, die wir an dieser Stelle haben. Uns geht es in der Tat darum, daß wir dieses Projekt A 20, das wir für das Schicksalsprojekt dieses Landes schlechthin halten -

-

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist der Fehler! - Zurufe von der SPD)

- Sie doch angeblich auch, Frau Erdsiek-Rave.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ich würde nie zu solchen Vokabeln greifen, wie Sie sie hier gebrauchen!)

Ich halte es für das wichtigste Projekt überhaupt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich einmal an der Westküste umhören, werden Sie dort diesen einstimmigen Chor ebenfalls hören: Es ist das wichtigste Projekt überhaupt.

(Zurufe von der SPD)

- Liebe Frau Erdsiek-Rave, wenn Sie heute so reagieren, dann ist Ihre gestrige Rede nicht das Wirkliche gewesen, zumindest entwerfen Sie sie damit gewaltig.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: Wie gut, daß wir andere Maßstäbe in Schleswig-Holstein haben!)

Der Antrag des Landes auf Bundesmittel ist der erste notwendige Schritt, und eine zügige Planung ist der nächste Schritt, und dann wäre der Baubeginn in dieser Phase für dieses Stück 1997 möglich. Das ist das, was wir gestern im Verkehrsausschuß des Bundestages abgefragt haben. Das ist die realistische Zeitschiene, die möglich wäre, wenn Sie sie nicht behinderten und verzögerten. Und genau daran werden wir Sie messen.

Wie lange soll eigentlich der Bundesverkehrsminister warten und Gelder zurückhalten, während in allen anderen Ländern die Wünsche und Forderungen nach Straßenbaumitteln riesengroß sind?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat doch gar kein Geld mehr! Das ist doch das Problem!)

- Mein Gott, das ist doch wirklich ein bißchen billig, was Sie da einwerfen.

(Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Dr. Hennig, gestatten Sie eine Zwischenfrage? - Ich weise aber darauf hin, daß Sie nur noch eine Minute Redezeit haben.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Bitte sehr!

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Dr. Hennig, Sie sind ja alle sehr beschäftigt, Fehler im Koalitionsvertrag zu finden. Ich denke, der eine Fehler wird Ihnen nicht entgangen sein, nämlich daß es im Fünfjahresplan eben nicht die Finanzierung für den Abschnitt der A 1 bis Geschendorf gibt. Das ist ein Fehler; ich gebe zu, es ist nicht der einzige. Aber es ist einer der Fehler, die uns leider unterlaufen sind.

(Zuruf von der CDU)

- Ich habe ihn gefragt, ob ihm entgangen ist, daß es ein Fehler ist; denn er hat es hier als Tatsache hingestellt.

- Das macht die Sache leider nicht besser, Frau Winking-Nikolay. Im Gegenteil, das macht sie noch viel schwieriger. Ich nehme zur Kenntnis, daß es

erneut an einer ganz entscheidenden Stelle einen Druckfehler gibt.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich wollte Ihnen hier mit ein paar nachdenklichen Tönen das Angebot machen, diese in unseren Augen vorrangige Straßenverbindung, wenn wir sie denn schaffen können, gemeinsam zu schaffen.

Deswegen will ich zum Schluß nur noch ein Zitat bringen, Herr Präsident. Das kommt von Klaus von Dohnanyi. Es lautet - Sie sollten vielleicht einmal darüber nachdenken -:

„Überall gibt es Mehrheiten für die Ostsee-Autobahn. Es gibt ein paar kleine Gruppen und diese schrecklichen Dele giertenebenen der Parteien, wo Leute sitzen, die davon leben, daß sie von nichts etwas verstehen und nichts verantworten müssen.“

Genau an diesen Dingen darf dieses Projekt nicht scheitern. Dafür stehen wir Ihnen zur Verfügung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P., Drucksache 14/31, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Den Sozialstaat modernisieren - Arbeitslosigkeit bekämpfen - Steuergerechtigkeit schaffen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/43

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/54

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist kein Outing, wenn ich hier feststelle, daß wir der Bundesregierung von F.D.P. und CDU auch in der Vergangenheit nicht zugetraut haben, für mehr Beschäftigung von Menschen und für eine gerechtere Verteilung von Lasten und Vermögen zu sorgen. Dennoch hat selbst uns überrascht, was die **Bundesregierung** mit ihrem sogenannten **Sparpaket** vor einigen Tagen vorgelegt hat. Diese Dreistigkeit und - das will ich mit aller Deutlichkeit sagen - diese Wählertäuschung vor dem 24. März, vor den drei wichtigen Landtagswahlen, wurde noch durch ein Höchstmaß an bisher nicht bekannten unsozialen Eingriffen, an wirtschaftspolitischer Flickschusterei und eine schamlose Begünstigung von Reichen zu Lasten von Armen in dieser Gesellschaft übertroffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das CDU/F.D.P.-Programm, das sich schamlos ein „Programm für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung“ nennt, ist doch in Wirklichkeit ein Programm für mehr Geldwachstum der Vermögenden, weil die Vermögensteuer abgeschafft werden soll. Es ist ein Programm zur Stärkung der Beschäftigungslosigkeit,

(Zuruf des Abgeordneten Martin
Kayenburg [CDU])

weil dieses Programms keine Elemente zur wirtschaftlichen Entwicklung enthält,

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie
müssen die Begriffe deuten!)

weil es die Binnennachfrage nicht stärkt, weil es nicht zur ökologischen Modernisierung beiträgt und weil es leider auch keinen Beitrag zur dringend erforderlichen Senkung der Lohnnebenkosten leistet.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

- Ich hatte mir allerdings einen etwas stärkeren Beifall gewünscht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie, Herr Kayenburg, führen mit Ihren Fraktionskollegen in Kiel und Bonn ständig die Diskussion über den Standort Deutschland. Vielleicht sind wir heute, nach der Vorlage dieses Sparpakets, darin einig, daß Ihre Bundesregierung ein einziges Standortrisiko darstellt.

(Lothar Hay [SPD]: Jawohl! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor der Landtagswahl am 24. März hat Bundeskanzler Kohl ganz begierig den Vorschlag der Gewerkschaften für ein „**Bündnis für Arbeit**“ aufgegriffen. Wir alle haben ihn darin unterstützt und uns gefreut.

Was haben wir nach der Wahl erlebt? - Nach der Wahl hat er die Gewerkschaften mit seinem Vorschlag zur Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und zur Abschwächung des Kündigungsschutzes für mehr als 80 % aller Arbeitnehmer in Deutschland brüskiert.

Auch, weil das, was jetzt vorgelegt worden ist, „kein Bündnis für Arbeit“, sondern ein Bündnis gegen Arbeitsplätze ist,

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Was?)

stellen wir uns in dieser Situation an die Seite der Gewerkschaften, der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder und ihren Protest gegen diesen sozialen Kahlschlag und gegen das beschäftigungspolitische Nichtstun dieser Bundesregierung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern soll unser heutiger Resolutionsantrag unsere Antwort auf die Flickschusterei

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Das ist witzig!)

der auch von Ihnen vertretenen Bundesregierung in Bonn sein, verehrte Kollegin. Wir tun das, weil wir die Interessen unseres Landes und der Kommunen vertreten, denen mit der Abschaffung der Vermögensteuer und mit der Einschränkung der Gewerbesteuer wichtige Einnahmen in der Zukunft genommen

(Martin Kayenburg [CDU]: Haben Sie noch nie was von Finanzausgleich gehört?)

und denen zusätzliche Lasten aufgebürdet werden sollen. Wir nehmen auch die Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wahr, weil wir natürlich die steuerliche Umverteilung von unten nach oben und den sozialen Kahlschlag, der viele, Zigtausende von Menschen in diesem Lande treffen wird, nicht akzeptieren können.

Wenn die Politik der Bundesregierung etwas von dem, was wir seit 1988 in diesem Lande versucht haben, hätte lernen können, ist es das Bemühen, wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung mit sozialem Frieden

(Martin Kayenburg [CDU]: Wahlergebnis!)

und stabilen Finanzen zu verbinden, Herr Kollege Kayenburg. All diesen Forderungen wird das, was die Bundesregierung vorgelegt hat, nicht gerecht.

Wir wollen nicht akzeptieren - lassen Sie mich das stichwortartig vortragen -, daß, wie wir es jeden Morgen erneut erleben müssen, wenn wir die Börsennachrichten hören, neue Hiobsbotschaften am **Arbeitsmarkt** in vielen Unternehmen von der Börse mit Jubel aufgenommen werden, daß viele Unternehmer ihre Steuern dort zahlen, wo es am billigsten ist, und dort leben wollen, wo es am schönsten ist.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Wir wollen auch nicht akzeptieren, daß Deutschland - Kollege Hay, Sie wissen es genauso gut wie ich - zu einem Dorado für Steuerhinterzieher geworden ist und sich viele

Einkommensmillionäre damit rühmen können, keine Steuern zahlen zu müssen.

Wohin ist eigentlich dieser Staat nach 14 Jahren Regierung Kohl, Regierung von CDU und F.D.P. in Bonn geraten?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir Sozialdemokraten wollen die **Arbeitslosigkeit** wirklich, nicht nur verbal bekämpfen. Dazu gehört, daß wir uns für eine Befreiung der Lohnnebenkosten von versicherungsfremden Leistungen einsetzen, daß wir die ökologische Steuerreform einleiten, daß wir mit einer beschäftigungsorientierten Arbeitsmarktpolitik Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren, daß wir eine Qualifizierungs- und Gründungswelle starten und daß wir endlich darangehen, Innovation und Forschung insbesondere in der Umwelttechnologie angemessen zu fördern.

Vor allem aber - das wird immer klarer - müssen wir mit der **Kaufkraft** auch die **Binnennachfrage** in Deutschland stärken. Es sollte doch auch Ihnen zu denken geben, wenn heute als Ergebnis der Politik von 14 Jahren F.D.P.-CDU-Koalition in Bonn ein Durchschnittsverdiener von seinem Bruttolohn 46,1 % an Steuern und Sozialabgaben leisten muß.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Diese Entwicklung ist auch am Steueraufkommen abzulesen. In den letzten fünf Jahren sind die Einnahmen aus der Lohnsteuer um 46 % gestiegen, aber die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer gingen um 61 % und die aus der Körperschaftsteuer um 40 % zurück.

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Wir haben in den letzten Tagen lesen können, daß das private Geldvermögen in Deutschland im letzten Jahr um 221 Milliarden DM auf 4,3 Billionen DM gestiegen ist - das private Geldvermögen!

(Lothar Hay [SPD]: Unvorstellbar!)

Das private Geldvermögen und die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit sind um 11,3 % gestiegen.

Nun muß man sich ja nicht zu eigen machen, was der Ökonom und Finanzökonom Wilhelm Hankel dazu gesagt hat. Ich will mir dies nicht unbedingt zu eigen machen, aber er hat gesagt: Bei uns steigen nicht die Sozialkosten, sondern bei uns explodieren die Gewinne. Aber richtig ist doch auch, daß immer mehr Manager in Unternehmen ihre Aufgabe darin sehen, neue Unternehmen hinzuzukaufen, statt das vorhandene Geld in neue Produkte und in Innovationen zu investieren. Ebenso sicher ist aber doch auch, daß immer mehr Geld in möglicherweise attraktivere Geldanlagen - teilweise am Finanzamt vorbei - investiert wird, und wir wissen auch, daß die Steuererhöhungen und die Solidaritätsabgabe für alle in den letzten Jahren die Binnenkaufkraft stark beeinträchtigt haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: So etwas Dummes!)

Deswegen sind wir natürlich - das möchte ich zum Schluß sagen - gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer, sind wir für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle und statt dessen für die Einführung einer befristeten Abgabe auf private Vermögen und natürlich auch für die Erhaltung der Vermögensteuer.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Die Politik dieser Bundesregierung wird die Gesellschaft weiter spalten. Sie wird keinen Beitrag zu einer aktiven Bekämpfung von Arbeitslosigkeit leisten. Der Sozialabbau und die Entlastung vieler Reicher von der Vermögensteuer werden - davon bin ich zutiefst überzeugt - neue Arbeitsplätze nur bei den Schuldnerberatungsstellen und bei vielen privaten Geldsammelstellen schaffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Neugebauer, ich bin wirklich erschüttert, wenn ich mir vorstelle, daß dies der Einstieg in die neue Sachlichkeit der Auseinandersetzung hier sein soll.

(Beifall bei CDU und der.D.P. -
Martin Kayenburg [CDU]: Vertreter
des Wirtschaftsministers!)

Auf einzelne Punkte komme ich gleich noch zurück, aber dieses üble Polemisieren unter Benutzung von sozialem Leid ist nicht dazu angetan, die Probleme, die unser Land ohne Zweifel hat, zu lösen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auf einzelne Punkte komme ich gleich noch zu sprechen. Ich möchte jetzt erst einmal etwas Ruhe in die Diskussion hineinbringen und Ihnen sagen, daß es nach unserer Meinung sehr wohl an der Zeit ist, Bilanz zu ziehen.

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer **strukturellen Krise** - das ist wahr -, die durch ein weltweites konjunkturelles Tief noch verstärkt wird. Die äußeren Kennzeichen dieser Krise sind die hohe Arbeitslosigkeit, die große Zahl der Insolvenzen und der empfindliche Rückgang der Staatseinnahmen. Diese Entwicklung ist nicht plötzlich über uns hereingebrochen, sondern hat sich über einen langen Zeitraum vollzogen. Da aber das Bruttosozialprodukt alles über alles weiterhin wuchs, wurden diese Veränderungen von der Öffentlichkeit nur wenig beachtet. Es gab Indikatoren wie zum Beispiel den, daß nach jedem konjunkturellen Abschwung ein Stück für Stück größer werdender Sockel der Langzeitarbeitslosen entstand, es gab den Indikator der Lohnzusatzkosten, die inzwischen genauso hoch sind wie die direkten Löhne, und es gibt - seit langem schon - den Indikator, daß es ein eklatantes Mißverhältnis zwischen deutschen Investitionen im Ausland und ausländischen Investitionen bei uns gibt.

Herr Neugebauer, das tun Firmen doch nicht, um sich zu bereichern, sondern sie tun es, weil sie den Auftrag haben, Gewinne zu machen. Kapital läßt sich nicht festhalten; Kapital geht dorthin, wo es

Ertrag bringt, und in Deutschland brachte es eben keinen Ertrag mehr, aus vielerlei Gründen.

Die Entwicklung hat sich also über einen langen Zeitraum hingezogen. Wir alle sind daran beteiligt gewesen. Es ist nicht sinnvoll, hier einzelne Schuldzuweisungen vorzunehmen. Es hat zwar seit 1982 eine von den Christdemokraten geführte Bundesregierung gegeben, aber ich erinnere auch an das Verhalten im Bundesrat: Die Opposition hat sich ja geradezu überschlagen, bei allen Leistungen immer noch kräftig draufzupacken. Das war ihr Beitrag dazu.

Die Indikatoren waren da. Es gab immer Leute, die sie auch erwähnt haben, aber sie wurden einfach nicht zur Kenntnis genommen, und diejenigen Leute, die davon gesprochen haben, wurden als Cassandra-Rufer abgetan.

Erst als die Zahl der Arbeitslosen die Vier-Millionen-Grenze überschritt, wurde bewußt, wie weit sich unser Land von den Entwicklungen vergleichbarer Länder entfernt hat. Deutschland ist inzwischen das Land mit den höchsten Steuersätzen. Da begreife ich überhaupt nicht - ich meine Sie, Herr Neugebauer; ich spreche Sie an -, wieso sich bei den Sozialdemokraten immer noch nicht herumgesprochen hat, daß die Gewerbesteuer wegfallen muß. Dies ist eine Steuer, die es nur bei uns gibt; sie belastet die Unternehmen in ihrer Substanz. Sie muß auch gezahlt werden, wenn es keine Gewinne gibt, und sie gehört dringlich abgeschafft. Ich bitte Sie, dem doch endlich zuzustimmen!

Und was die Gewerbeertragsteuer anbetrifft, so wissen Sie doch, daß es längst Ausgleichsangebote dafür an die Kommunen über Anteile an der Mehrwertsteuer gibt.

(Holger Astrup [SPD]: Was?)

Nun helfen Sie doch unseren Unternehmen, ihre individuelle in Deutschland vorhandene Steuerlast zu senken und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen! Ich begreife nicht, daß Sie so uneinsichtig sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deutschland ist weiter das Land mit den höchsten Arbeitskosten, es ist das Land mit der kürzesten

Jahresarbeitszeit, und es ist das Land mit den niedrigsten Maschinenlaufzeiten.

(Günter Neugebauer [SPD]: Und auch der höchsten Schuldenlast!)

Hinzu kommen eine übermäßig lange Dauer von Genehmigungsverfahren und überhaupt ein öffentlicher Bereich, der sich in der Verabschiedung immer neuer Verordnungen und Planvorgaben gefällt.

(Holger Astrup [SPD]: Wer regiert denn eigentlich in Bonn? Sind wir das vielleicht?)

Ein aktuelles Beispiel ist der in der Beratung befindliche Landesraumordnungsplan - ich komme jetzt auf Schleswig-Holstein zu sprechen, Herr Kollege Astrup, keine Sorge; ich vergesse Sie schon nicht -,

(Holger Astrup [SPD]: Wir reden hier eigentlich von Bundessteuern! Wer regiert denn da?)

der aber noch überlagert wird. - Ich hatte eben schon den Bundesrat erwähnt, in dem Sie sich immer fabelhaft hervortun, einschließlich der Zurückstellung notwendiger und längst beschlossener Vorhaben wie das Sozialhilferecht und das Steuergesetz zur Unternehmensteuer.

(Holger Astrup [SPD]: Ach, ist doch lächerlich! Das ist die Sicht der Unternehmer! Da unterscheiden wir uns eben!)

Aber lassen Sie mich zurückkommen zum Land Schleswig-Holstein und zu den Genehmigungsverfahren und zum Landesraumordnungsplan! Liebe Kollegen von der SPD, wenn Sie sich noch nicht damit beschäftigt haben, dann tun Sie das doch bitte, denn die Kollegen aus den kommunalen Vertretungen werden schon zu Ihnen angelaufen kommen!

Es wird eine **Ausweitung der Regulierung** „hoch drei“ geben. Das Ganze wird dann noch durch örtliche Landschaftspläne überlagert und durch Regionalpläne, bis zum Schluß niemand mehr durchblickt, welcher Plan denn überhaupt gültig ist,

bis alles in Regulierungen erstarrt ist und sich niemand mehr bewegen kann.

(Holger Astrup [SPD]: Es lohnt sich nicht mal, darauf einzugehen!)

Als Folge aller dieser Entwicklungen hat unser Land, dessen Wirtschaft ja bekanntlich stark exportorientiert ist, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Spätestens jetzt merkt auch der letzte, daß es so nicht weitergehen kann. Die Frage ist nur: Wie soll es weitergehen, und welches sind die richtigen Mittel?

Vielleicht sollten wir uns erst einmal über das Ziel einig werden. Wir leben eben nicht auf einer Insel, und wir leben sehr stark davon, daß Bürger im Ausland unsere Waren kaufen. Das vorrangige Ziel muß also die Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sein. Diesem Ziel muß sich alles unterordnen.

Dazu ist es erforderlich, an mehreren Stellen gleichzeitig anzusetzen, weil sich die Bereiche „Löhne“, „Steuern“, „Abgaben“, „Staatsverschuldung“, „soziale Sicherungssysteme“, aber auch die Entwicklung neuer Technologien und die Motivation von Existenzgründern und Betriebsinhabern gegenseitig beeinflussen. Sie stehen ja nicht isoliert in der Welt herum.

Genau das tut das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Dieses Programm geht die Problematik insgesamt und an vielen Stellen zugleich an. Deshalb empfehlen wir es Ihnen als Gesamtpaket zur Annahme.

Es gibt sicherlich viele andere bedenkenswerte Vorschläge, die aber meistens den Mangel aufweisen, nur am Symptom - nämlich der Arbeitslosigkeit - herumzukurieren, nicht aber an den Ursachen. Man muß sich das doch noch einmal vor Augen halten.

Der zweite Arbeitsmarkt ist sicherlich gut gemeint. Nur, damit wird das Problem langfristig nicht gelöst. Außerdem fallen die Mittel für seine Bezahlung nicht vom Himmel, sondern müssen entweder aus Schulden oder aus Abgaben bezahlt werden, die wiederum diejenigen aufbringen müssen, die noch Arbeitsplätze haben; das heißt, diese Leute werden immer mehr belastet. Man kann

eben nicht die Senkung der Lohnzusatzkosten fordern, Herr Neugebauer, und gleichzeitig nach einer Ausweitung des zweiten Arbeitsmarktes rufen. Das widerspricht sich nun einmal.

Nein, wir müssen an den Ursachen ansetzen, wenn wir unser Land wirklich wieder auf die Reihe kriegen wollen. Diese Ursachen liegen für mich in dieser Gesamtentwicklung, die sich seit 1960 vollzogen hat, nicht erst seit 1982; sie liegen für mich in der überzogenen Anspruchshaltung des einzelnen gegenüber dem Staat.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das sind die Sozialhilfeempfänger, nicht wahr?)

Diese **Anspruchsmentalität** hat zu einer immer größeren Ausdehnung staatlicher Tätigkeit geführt; von der Wiege bis zur Bahre soll der Staat alles für mich richten, einschließlich meiner Kinderplanung. Alles soll der Staat für mich richten und bezahlen.

Sie hat dazu geführt, daß weder das Interesse an Eigenvorsorge noch der finanzielle Freiraum dafür vorhanden ist. Das wissen wir alle ja selbst aus unseren Steuererklärungen: Die steuerlichen Absetzmöglichkeiten für Vorsorgemaßnahmen sind bereits durch die gesetzlichen Abgaben, die wir zu erbringen haben, aufgezehrt.

Und schließlich hat die Anspruchsmentalität jegliche Einsicht zugeschüttet, daß alles, was umverteilt werden soll, zuvor von allen Bürgern erwirtschaftet werden muß.

(Ursula Röper [CDU]: So ist es! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die, die zuviel haben, zahlen gar keine Steuern!)

- Ich komme gleich noch auf die Millionäre von Herrn Voscherau aus Hamburg, die angeblich keinen Pfennig Steuern zahlen.

Einher mit dieser Entwicklung geht eine immer ungünstiger werdende Alterspyramide der Bevölkerung, für die nun wirklich niemand verantwortlich gemacht werden kann, wenn nicht die Gesellschaft selbst. Die gestiegene Lebenserwartung führt zu dem folgenden Phänomen: Nach langen Schul- und

Ausbildungsjahren und mindestens einem Dienstjahr für die Gesellschaft fängt ein junger Mensch fast erst mit 30 Jahren an, auf eigenen Füßen zu stehen. Mit 60 Jahren geht er dann in Rente und wird schließlich 90 Jahre alt - was wir ihm gönnen, eine schöne Sache.

Daß dieses System nicht mehr funktionieren kann, wenn ein Mensch von seinen 90 Lebensjahren nur noch 30 Jahre im Erwerbsleben steht, in den übrigen 60 Jahren aber auf die Fürsorge anderer angewiesen ist -, das leuchtet jedem ein. Es kann nicht funktionieren.

Es ist also richtig, die Altersgrenzen für das **Renteneintrittsalter** anzuheben. Das muß auch für Frauen gelten, die ohnehin eine höhere Lebenserwartung haben als Männer. Außerdem sind wir sowieso stärker - das aber nur am Rande.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Was hieran nun unsozial und frauenfeindlich sein soll, das vermag ich wirklich nicht zu erkennen.

Ebenso ist es richtig, die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten zu reformieren und nach und nach die versicherungsfremden Leistungen auf den Staatshaushalt zu übertragen. Wer hier allerdings nach schnelleren Übergängen ruft, muß sagen, wie er das bewerkstelligen will. Aus dem Bundeshaushalt werden bereits 76 Milliarden DM als Zuschüsse an die Rentenkassen gezahlt, und es gibt 9 Milliarden DM an Erstattungen. Das wird schon dorthin transferiert. Wenn der Bundeshaushalt noch mehr leisten soll, müssen Sie sagen, wie das zu machen ist.

Wenn Sie von Steuern reden und immer mit der Vermögensteuer kommen: Die Steuer auf private Vermögen erbringt keine 4 Milliarden DM. Sie wollen aber einen Betrag von mindestens 50 Milliarden DM transferieren. Das einzige, womit Sie hier überhaupt argumentieren, ist sozialer Neid. Das ist wirklich alles.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben die niedrigste Vermögensteuer überhaupt!)

Wir sind uns einig, daß die Steuer- und Abgabenquote unbedingt gesenkt werden muß, um die Volkswirtschaft zu entlasten. Daß über die Hälfte inzwischen an den Staat geht und dann erst der Bürger anfängt, für sich zu arbeiten, ist genau das, was uns Schwierigkeiten macht und wie Mühlsteine um den Hals hängt.

Noch ein Wort zu den Steuermillionären mit den großen Abschreibungsmöglichkeiten! Ich begrüße es sehr, daß es eine Kommission gibt, die eine **Steuervereinfachung** bei der Einkommensteuer erarbeiten wird, was allerdings auch bedeutet, daß viele - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 14 Jahre lang überfällig!)

- Gut Ding will Weile haben. Sie wissen, wie schwierig es ist, die Einkommensteuer gerecht zu reformieren.

Das bedeutet aber auch, daß steuerliche Vergünstigungen entfallen müssen. Es sollen auch steuerliche Vergünstigungen entfallen, die sehr stark zu Buche geschlagen sind: die Abschreibungsmöglichkeiten zur Finanzierung von Schiffen zum Beispiel. Ich finde es richtig, daß der deutsche Staat sagt: Wenn ihr Schiffe finanzieren wollt, dann bitte nur solche, die auch hier gebaut werden. Das heißt, der Verzicht auf Steuern, den ich als Staat zunächst mache, kommt mir später durch höhere Einnahmen durch die Investition, die dort getätigt wird, wieder zugute. Es kann nicht angehen, daß diese Steuervorteile genutzt werden, um Aufträge nach Südkorea zu geben, um auf koreanischen Werften arbeiten zu lassen.

Jetzt hat gestern Wirtschaftsminister Steinbrück zu meinem Erstaunen gesagt, daß es rechtliche Schwierigkeiten gebe, das abzugrenzen. Das mag so sein. Wenn es so ist, müßten wir uns darin einig sein, die Abschreibungen ganz abzuschaffen. Das wäre ein Weg. Aber Wirtschaftsminister Steinbrück hat erklärt, dafür sei er nicht, er wolle die Abschreibungsmöglichkeiten erhalten. Unterhalten Sie sich also mit ihm darüber, wie Millionäre ihre Einkommenssteuer senken können!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wäre schön, wenn wir von hier aus alles regeln könnten!)

Ich wiederhole: Es ist das Ziel des Programms der Bundesregierung, unser Land wieder wettbewerbsfähig zu machen, damit Arbeitsplätze geschaffen werden können, die rentabel und zukunftssicher sind.

(Zurufe von der SPD)

Nur mit Arbeitsplätzen, durch die Gewinne erwirtschaftet und Steuern bezahlt werden, können Sie die für unser Land erforderlichen Sozialleistungen bezahlen. Es geht nicht anders.

(Beifall bei der CDU)

Wenn jetzt behutsam versucht wird, diese **Sozialleistungen** abzubauen - im Sparpaket geht es um 0,4 %; ich bitte, sich das einmal vor Augen zu halten - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen Sie denn bei 700 Mark noch behutsam abbauen?)

Von der Soziallastquote in Höhe von 33 % sollen 0,4 % abgebaut werden. Wenn also versucht wird, das so abzubauen, daß die persönliche Bereitschaft zur Eigenvorsorge und zur Selbstverantwortung wieder steigt, bedeutet das doch nicht mutwillige Störung des sozialen Friedens, sondern es ist der Versuch, den Sozialstaat für die wirklich Bedürftigen zu retten! Für die sollen noch Leistungen da sein. Das ist gefährdet.

Meine Damen und Herren, mein Kollege Torsten Geerds hat sich drohend erhoben, um mich darauf hinzuweisen, daß meine Redezeit längst abgelaufen ist. Er wird gleich fortsetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern forderte Herr Dr. Hennig ein Regierungsprogramm ein, welches in Schleswig-Holstein Wachstum und Beschäftigung fördert. Heute steht die CDU hier und verteidigt das verfehlte Maßnahmenprogramm der Bundesregierung, welches allen Ankündigungen

zum Trotz weder die Beschäftigung fördern noch die Konjunktur stimulieren wird. Statt dessen ersetzen kurzsichtige Sparoperationen, denen jedes Gespür für soziale Ausgewogenheit fehlt, eine dringend notwendige solide Haushaltspolitik.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ökologische und soziale Reformen, die uns einen neuen Gestaltungsspielraum eröffnen, die Arbeitsplätze schaffen, soziale Gerechtigkeit verankern und der Kommunal- und Landespolitik wieder das ihnen gebührende Recht auf politische Gestaltung ermöglichen.

Strukturelle Erneuerungen sind notwendig, um den Sozialstaat zukunftsfähig zu machen. Der jetzt zusammengebundene Maßnahmenkatalog der Bundesregierung stellt der Krise der öffentlichen Finanzen kein Konzept entgegen. Er bündelt **soziale Ungerechtigkeiten**. Dies als verbale Polemisierung abzutun, wird den Tatsachen, die in Bonn beschlossen worden sind, nicht gerecht.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Diester Rossmann [SPD])

Kinderreiche Familien, Arbeitslose und Geringverdienerinnen und Geringverdiener sind die Verliererinnen und Verlierer Ihrer geplanten Politik. Die Spenderhosen werden angezogen, wenn es um Steuergeschenke für die Vermögenden geht. Wir haben hier gehört, daß 4 Milliarden DM gar nicht soviel oder eher unbedeutend seien, wenn es das ist, was die Vermögensteuer erbringt. Sie wollen sie abschaffen.

Ein deutlicheres Signal für die weitere Absicht, von oben nach unten umzuverteilen, hätten CDU/CSU und F.D.P. nicht setzen können. Die Bundesregierung forciert so ein weiteres Mal die bestehende Spaltung der Gesellschaft, die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Jung und Alt, zwischen Ost und West.

In 15 Jahren haben CDU/CSU und F.D.P. die Staatsverschuldung auf 2,2 Billionen DM hochgetrieben. Jetzt stehen Sie hier und tun so, als wären Sie eigentlich gar nicht dafür verantwortlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die stetig steigende Neuverschuldung und 7 Millionen fehlende Arbeitsplätze machen deutlich, daß die konservative Wirtschafts- und Finanzpolitik die Grenze des Zumutbaren schon längst überschritten hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Verantwortlich für diese Situation, fällt der Bundesregierung nichts anderes ein, als das soziale Netz zu zerreißen, auf dessen Tragfähigkeit gerade jetzt viele Menschen angewiesen sind.

Es kann nicht darum gehen, den Gürtel der Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger individuell enger zu schnallen. Wir fordern strukturelle Erneuerungen, um den Sozialstaat zukunftsfähig zu machen. Voraussetzung dafür ist ein Abbau der Arbeitslosigkeit in großem Umfang, den auch die CDU will. Wie sich dieses Ziel mit der Verschiebung des Rentenalters von Frauen auf 65 Jahre verträgt, das soll uns Herr Hennig erklären. Bei aller mir eigenen Kreativität und Phantasie finde ich keinen logischen Zusammenhang dieser beiden Forderungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Forderung der Bündnisgrünen nach einer neuen **Verteilung der Arbeit** hat andere Antworten. Beschäftigungsorientierte Arbeitszeitverkürzungen sind unumgänglich. Im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform wollen wir in Schleswig-Holstein hier deutliche Akzente setzen. Es geht nicht an, die Arbeitslosen zu verwalten, zu bestrafen oder zu diffamieren. Nicht Arbeitszeitverlängerung, sondern die Umverteilung vorhandener Arbeit ist und wird Ziel.

Ist es der Mut, oder ist es die Einsicht, die CDU und F.D.P. fehlen, um einen tiefgreifenden ökologischen Strukturwandel einzuleiten? Warum setzen Sie auf Atomenergie und Rüstung anstatt auf zukunftsfähige und innovative Technologien? Wirtschaftspolitik kann und darf nicht auf unverantwortbare Arbeitszweige setzen. Die verstärkte Förderung neuer Technologien taucht zum Glück im Koalitionsvertrag prioritär auf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Die Fortsetzung der in Bonn geplanten Politik werden wir bekämpfen, parlamentarisch und außerparlamentarisch. Wir freuen uns über jede oder jeden, die oder der dafür auf die Straße geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Grünen setzen sich dafür ein, daß das Steuerrecht konsequent entwirrt wird und daß die zahlreichen Privilegien und die weder beschäftigungswirksamen noch umweltverträglichen Subventionen abgebaut werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Hennig, nach 15 Jahren Tiefschlaf der Bundesregierung fordern Sie nun in Ihrem Papier eine verstärkte Bekämpfung von Steuerbetrug und Abschreibungsmißbrauch. Das überlassen wir Ihnen gern. Die F.D.P. kann Ihnen ja dabei helfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei uns rennen Sie mit diesen Forderungen offene Türen ein. In Bonn treten Sie wahrscheinlich gegen eine hochsubventionierte Stahltür.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern die Bundesregierung auf, das Existenzminimum für Kinder zu sichern. Das Kindergeld und den Kinderfreibetrag nicht, wie vorgesehen, zum 1. Januar 1997 zu erhöhen, widerspricht sogar der klassischen CDU-Familienpolitik. Kinder zu haben stellt schon heute ein überproportionales Armutsrisiko dar.

Die Einkommensteuer muß gerecht und transparent gestaltet werden - noch vor den Wahlen im Jahr 1998, sonst schaffen Sie es nie.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das wird sie ja auch!)

Die Vermögensteuer muß beibehalten, und die Vermögensbesteuerung muß reformiert werden. Wir werden es nicht zulassen, daß die Regierung die selbst produzierte Krise zur Entsolidarisierung der Gesellschaft nutzt.

Gegen ein Programm der sozialen Kälte und der wirtschaftlichen Unvernunft setzt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den **ökologisch-sozialen Umbau**, auf nachhaltiges Wirtschaften. Den als Sparpaket getarnten Gruselkatalog sozialer Ungerechtigkeiten, angereichert mit ökologischer Unvernunft, lehnen wir hingegen ab. Wer zur falschen Zeit an der falschen Stelle spart, der muß sich nicht wundern, daß er eine Rekordarbeitslosigkeit verursacht, daß die Löcher im Staatshaushalt und in den Sozialversicherungskassen immer größer werden und daß die Lohnnebenkosten in Rekordhöhe gestiegen sind.

Die Aufforderung der schleswig-holsteinischen CDU in ihrem heutigen Antrag, gemeinsam mit ihr für die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Politik zu sorgen, empfinden wir als Zumutung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wer einen verteilungspolitischen Skandal initiiert, der muß sich anschließend allein vor die Bevölkerung trauen. Dem Antrag der Sozialdemokraten stimmen wir zu, nicht, weil es der Koalitionsvertrag so vorsieht, sondern weil uns der Antrag Mut macht, daß wir die glücklicherweise erhaltene Anti-Kohl-Mehrheit im Bundesrat intensiv zum Wohl der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner nutzen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt Schülerinnen und Schüler der Gustav-Friedrich-Meyer-Realschule in Kiel und vom Humboldt-Gymnasium in Kiel. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Heinold, ich habe gehört, daß Sie von der Staatsverschuldung gesprochen haben und davon, daß diese in den letzten 15 Jahren enorm zugenommen habe. Das ist völlig unbestritten. Wenn Sie sagen, wir stellten uns hin und täten so, als ob wir keine Verantwortung dafür trügen, dann kann ich nur sagen: Natürlich hat die F.D.P. in Bonn dafür Verantwortung mitgetragen. Das bestreitet überhaupt niemand. Aber wir sind auch diejenigen gewesen, die gesagt haben: So geht es nicht weiter, wir müssen das zurückführen. Das ist insbesondere die F.D.P. gewesen.

Im übrigen vergessen Sie vielleicht, daß in den letzten Jahren auch Ereignisse eingetreten sind, wie zum Beispiel die deutsche Vereinigung, die nicht zuletzt dazu geführt haben, daß die **Staatsverschuldung** - da gebe ich Ihnen recht - in unerträgliche Höhen gestiegen ist. Im übrigen hat auch die Verschuldung des Landes Schleswig-Holstein in der letzten Zeit zugenommen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf hohem Sockel! - Holger Astrup [SPD]: Die Zahlen sind besser geworden!)

Es handelt sich also nicht nur um den Bund. Und, wie gesagt, von der Verantwortung nehme ich mich als Vertreterin der F.D.P. überhaupt nicht aus, sondern bekenne, daß auch wir in Bonn dafür verantwortlich gewesen sind.

Lassen Sie mich noch etwas sagen, wenn die Staatsverschuldung von den Grünen beklagt wird! Ich erinnere mich deutlich an Worte gerade von Grünen, die sagten, Staatsverschuldung sei überhaupt kein Problem, man solle so weitermachen, wenn wir neue Aufgaben hätten, solle sich der Staat weiter verschulden. Ich habe solche Äußerungen von Ihrem derzeitigen Landtagsabgeordneten Wilfried Voigt, den ich aus der Ratsversammlung schon sehr lange kenne, immer wieder vernommen. Er sagte, das sei überhaupt kein Problem, die Staatsverschuldung sei keine Schwierigkeit.

(Wortmeldung des Abgeordneten Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Voigt?

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Ja, aber wenn es geht, diesmal ein bißchen kürzer!

Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist Ihnen die Aussage in unserem Landtagswahlprogramm bekannt, daß wir, wiederum gestützt durch Recht und Gesetz, gesagt haben, daß die Nettoneuverschuldung die Nettoinvestitionen nicht übersteigen darf und daß diese verfassungsrechtliche Grenze für uns bindend ist? In der Realität sind wir an dieser Grenze angelangt.

Dann sind auch Sie heute in der Realität angelangt. Ich finde das hervorragend. Ich habe von der Vergangenheit gesprochen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren. Herr Kollege Neugebauer, ich bin schon etwas überrascht gewesen, daß Sie immer wieder die Aufrechterhaltung der Gewerbesteuer fordern. Wenn ich mich richtig erinnere, ist in der Ministerpräsidentenkonferenz inzwischen einstimmig - die Ministerpräsidentin dieses Landes bezieht sich immer darauf, sozusagen als Gegenregierung - beschlossen worden, jedenfalls die Gewerbeertragsteuer abzuschaffen.

(Ursula Kähler [SPD]: Aber unter gewissen Voraussetzungen!)

Jetzt noch einmal zurück zum Koalitionsvertrag, der schon mehrfach angesprochen worden ist! Sie haben auf diesen 90 Seiten Koalitionspapier unter Beweis gestellt, daß Sie die wichtigsten Probleme unserer Zeit weder erkannt noch sich mit ihnen auseinandergesetzt und in der Folge auch kein einziges wachstumspolitisches Instrument entwickelt haben. Das ist auch nicht überraschend,

nachdem Ihre Fraktion gestern deutlich gemacht hat, daß Sie Wachstum nicht wollen.

(Zuruf von der SPD: Das ist eine Unterstellung!)

Damit haben Sie nun wirklich jeden Anspruch verloren, als potentieller Koalitionspartner ernstgenommen zu werden. Die Koalitionspartner befassen sich auf 90 Seiten Papier mit allem möglichen, nur nicht mit wachstums- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen, und zwar, weil sie keine Konzepte anzubieten haben. Dafür schiebt die SPD-Fraktion jetzt einen ihrer berühmten „In-Bonn-sitzen-die-Bösen“-Anträge hinterher. Wenn Ihnen die Konjunktur- und Wachstumspolitik so wichtig ist, warum widmen Sie ihr dann keine einzige Zeile in Ihrem Regierungsprogramm?

(Beifall der Abgeordneten Gudrun Hunecke [CDU])

Mit dem jetzigen Antrag beweisen Sie einmal mehr, daß die SPD in Sozialstaatsdogmatismus erstarrt ist und zur Sicherung des Standortes Deutschland nichts, überhaupt nichts anzubieten hat.

Für die Arbeitnehmer geht es heute nicht darum - das wissen die Arbeitnehmer am besten -, soziale Errungenschaften zu verteidigen. Die Arbeitnehmer wollen selbst entscheiden, ob und inwieweit für Lohnnebenleistungen niedrigere Nettoeinkommen in Kauf genommen werden. Ich glaube, wir sind uns alle einig, daß die Nettoeinkommen in einem unerträglichen Maß zurückgegangen sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Jede Senkung der **Lohnnebenkosten**, die durch eine erhöhte Steuerbelastung der Unternehmen ausgeglichen wird, verfehlt das Ziel, die standortspezifischen Belastungen insgesamt zu senken und damit die Voraussetzungen für Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbessern. Das stellte unter anderem auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Sondergutachten vom 27. April 1996 fest. Die Klassenkampfparole von der Umverteilung von unten nach oben ist daher nicht nur anachronistisch, sie ist falsch und gefährlich.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn Sie eine ausgewogene Modernisierung des Sozialstaates anmahnen, dann müssen Sie erklären, was Sie darunter verstehen. Das hat Herr Neugebauer heute jedenfalls nicht getan.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das weiß er doch selber nicht!)

Jeder Versuch, die Senkung der Lohnnebenkosten sogleich wieder durch eine erhöhte Steuerbelastung zu kompensieren, verfehlt das Ziel, die standortspezifischen Belastungen zu senken. Das aber wäre die Grundvoraussetzung für Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Herr Neugebauer. Aus diesem Grunde geht Ihre Forderung nach einer ökologischen Steuerreform, die zu einer spürbaren Entlastung des Faktors Arbeit führen soll, am Kern des Problems leider vorbei. Es gibt heute zuwenig Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Attraktivität des Standortes Deutschland für unternehmerische Investitionen - das wissen wir doch alle - wird nicht dadurch erhöht, daß eine Senkung der Lohnnebenkosten von einer Verteuerung der Energie oder einer Erhöhung der Steuern begleitet wird. Analog gilt das im übrigen auch für Ihre im Prinzip richtige Forderung, die Sozialversicherungssysteme von versicherungsfremden Leistungen zu entlasten.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Eine Senkung der Belastungen erreicht man aber nicht, indem versicherungsfremde Leistungen künftig durch neue Steuern finanziert werden, Steuern, die direkt oder indirekt wieder alle belasten, und zwar Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Nur eine **Reduktion der Gesamtbelastung** führt zu einer Erhöhung der Investitionsneigung.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Die wichtigste Aufgabe der Politik besteht darin, endlich die erforderlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Holger Astrup [SPD]: Wen kritisieren Sie gerade?)

- Arbeitsplätze entstehen nun einmal nicht an Runden Tischen und in Diskussionszirkeln, Herr Astrup.

(Holger Astrup [SPD]: Wessen Steuerpolitik kritisieren Sie im Augenblick gerade?)

Arbeitsplätze werden durch unternehmerisches Handeln geschaffen. - Ich versuche, ein paar eigene Gedanken dazu zu entwickeln. Das mag vielleicht einmal ganz sinnvoll sein.

(Holger Astrup [SPD]: Erzählen Sie doch dazu mal ein bißchen in Ihren Kreisen! - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Um es ganz deutlich zu sagen: Die Zeiten verteilungspolitischer Nullsummenspiele bei der Reform des Sozialstaates sind bedauerlicherweise vorbei. Ich will es ganz deutlich sagen, damit niemand einem Heuchelei vorwerfen kann: Einschnitte und Abstriche sind unumgänglich. Die Frau Ministerpräsidentin hat gestern an dieser Stelle gesagt, es gebe keine **Besitzstandswahrung** mehr, und zwar für niemanden. Das will auch ich betonen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es muß aber gerecht zugehen! Darum geht es doch!)

- Herr Hentschel, Vorschläge hierzu liegen auf dem Tisch. Sie zu vertreten, mag wenig populär sein oder ist wenig populär. Trotzdem, ihre rasche Umsetzung führt zu einer Verbesserung der Beschäftigungslage, und das ist die beste Sozialpolitik überhaupt. Wir wissen doch, daß es die beste Sozialpolitik ist, Arbeitsplätze zu schaffen, und zwar in jeder Beziehung.

Meine Damen und Herren von der SPD, aus diesem Grunde ist die Blockadehaltung der SPD-geführten Länder im Bundesrat einfach unsozial.

(Lachen bei der SPD - Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das

erzählen Sie mal den Sozialhilfeempfängern!)

Sie verhindern mit Ihrer Politik die **Schaffung neuer Arbeitsplätze**. Die Sozialdemokraten setzen ihre Politik fort, indem sie laut nach der Abschaffung bestehender Arbeitsplätze rufen. Verhalten Sie sich wirklich solidarisch, wenn Sie verhindern, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden? - Ich bezweifle das vom Grundsatz her.

Wenn Sie **nichtsozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse** abschaffen wollen - Herr Rossmann, diese Forderung steht doch auch in Ihrem Antrag -,

(Holger Astrup [SPD]: Sicher!)

glauben Sie, daß diese Arbeitsplätze in **Teilzeitarbeitsplätze** umgewandelt werden? Kein Mensch glaubt das! Glauben Sie das wirklich, nur weil Sie das so gern hätten? Das wird nicht passieren. Fragen Sie Ihren eigenen Wirtschaftsminister! Der hat sich sehr deutlich dazu geäußert.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hars [CDU])

Auf der anderen Seite warten Sie in Ihrem Antrag mit überraschenden Erkenntnissen auf. So verlangen Sie beispielsweise einen Beitrag zur intelligenten Arbeitszeitorganisation. Das ist ein ziemlich alter Hut, und die F.D.P. hat die **Flexibilisierung der Arbeitszeiten** seit langem gefordert. Ein Paradebeispiel für sozialdemokratische Flexibilität ist übrigens auch Ihre Haltung zum Ladenschluß.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie fordern weiter - das halte ich für besonders pikant - die **Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren**. Nichts steht dieser grundsätzlich völlig richtigen Forderung mehr im Wege als Ihr eigener Koalitionsvertrag. Da stolpert man von einem Investitionshemmnis zum nächsten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Im Koalitionsvertrag winken SPD und GRÜNE mit neuen Auflagen, Verordnungen und Regulierungen - und in diesem Antrag fordern Sie allen Ernstes die

Vereinfachung und Beschleunigung? Sie kämen ein gutes Stück voran, wenn Sie sich selbst erst einmal darüber klar würden, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute stellt im Frühjahrsgutachten 1996 fest - ich zitiere mit Erlaubnis der Frau Präsidentin -: „Die bislang geplanten Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe, der Sozialhilfe, der Rentenversicherung und der Krankenversicherung reichen nicht aus, um die Ausgabendynamik insbesondere in der Sozialversicherung nachhaltig zu begrenzen.“ - Dem ist kaum etwas hinzuzufügen.

Meine Damen und Herren von der SPD, mit Ihrem entschiedenen „Weiter so“ werden Sie die Probleme dieses Landes und der Bundesrepublik Deutschland nicht lösen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Gesellschaft steht am Scheideweg: Entweder akzeptiert sie die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, oder Sie organisiert sich neu. - Das ist ein Zitat, ich weiß leider nicht mehr, von wem, aber ich finde, daß es die Sache trifft.

Zur Zeit beschäftigt und bewegt uns mehr als alles andere die Frage, was wir tun können, um der **Arbeitslosigkeit** Herr zu werden. Nach der Wiedervereinigung haben wir mit großer Sorge zusehen müssen, daß Menschen in den neuen Bundesländern reihenweise von der Arbeitslosigkeit übermannt wurden. Dieser Prozeß war von Ohnmacht und Hilflosigkeit auf allen Seiten geprägt. Auch in unserem Bundesland hat sich die Situation auf dem Beschäftigungssektor in den letzten Jahren nicht verbessert, im Gegenteil. Dabei ist der Beschäftigungskrise mit dem üblichen **Wirtschaftswachstum** überhaupt nicht mehr beizukommen. Dänische Ökonomen haben ausgerechnet, daß erst ab 3 % Wachstum der Status quo in der Beschäftigung erhalten werden kann. Bei

einem etwas geringeren Wachstum, wie man es in diesem Jahr in der Bundesrepublik erwartet, gibt es sogar einen Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Das heißt, obwohl die Wirtschaft ein Wachstum erzielt und ihre Gewinne erhöht, kann der Fall eintreten, daß immer mehr Menschen in unserem Staat arbeitslos werden. Das führt natürlich dazu, daß die Gelder der öffentlichen Hand, der öffentlichen Haushalte immer knapper werden, aber nicht dazu - und das ist entscheidend -, daß die Bundesrepublik ärmer wird.

Anläßlich der Erörterung der Regierungserklärung hat Dr. Hennig gestern in vorhersehbarer Manier der SPD für ein finanzielles Desaster die Schuld in die Schuhe geschoben. Nun sind die vielen Kameras nicht mehr im Raum. Wir sind unter uns. Lassen Sie uns doch ehrlich sein! Keiner von uns ist mit einem Patentrezept ausgestattet. Wenn einer von uns, eine Partei, ein Wirtschaftsinstitut oder wer auch immer die Lösung in Händen hielte - wir hätten schon längst von ihr Gebrauch gemacht. Wer eine Heilungschance für den kranken Patienten sieht, bringt die Arznei zur Anwendung.

Wir wollen mehr Arbeitsplätze, wollen die Beschäftigungssituation verbessern, die Arbeitslosigkeit bekämpfen, und ein Kampf ist das schon. Es gibt Modelle, Lösungsansätze, Strategien, Konzepte und andere schöne Worte. Welche Wege sollen wir aber beschreiten, und von welchen Voraussetzungen sollen wir dabei ausgehen?

Teilzeitarbeit zum Beispiel und die Flexibilisierung der Arbeitszeit sind Wege, die wir einschlagen wollen, in der Hoffnung, daß sie zu mehr Beschäftigung führen. Dürfen wir aber, wenn wir redlich sind, davon ausgehen, daß wir die Vollbeschäftigung je erreichen können? Ich wage das zu bezweifeln. Ich sage aber auch, daß die Erreichung der Vollbeschäftigung natürlich ein Ziel bleiben muß; anders geht es nicht. In diesem Sinne möchte ich auf das hinweisen, was der neugewählte schwedische Staatsminister Persson vor kurzem in einem Interview mit dem „Flensburger Tageblatt“ gesagt hat. In **Schweden**, das immer wieder als Beispiel dafür herangezogen wird, daß auch in den skandinavischen Ländern Abstriche am Sozialstaat gemacht werden, will man in dieser Krise, in dieser Zeit der hohen Arbeitslosigkeit auf **Bildung** und **Qualifizierung** setzen. Das ist nach Meinung der schwedischen Regierung der einzig mögliche Weg.

In den Bereichen Bildung und Qualifizierung soll nicht gekleckert, sondern geklotzt werden.

Die **Bundesregierung** hat ein Programm, das den schönen Namen „Mehr Wachstum und Beschäftigung“ trägt, vorgelegt. Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Was wächst, und wer kommt in Brot und Arbeit? - Für mich liest sich das Programm mehr als die Verurteilung zu Wasser und Brot. Als Maßnahme für mehr Beschäftigung soll das **Rentenalter** stufenweise angehoben werden. Darauf kann ich nur antworten: Thema verfehlt, Herr Kohl! Mein Sinn für Logik sagt mir, daß die Anhebung des Rentenalters keine Arbeitsplätze bringt, im Gegenteil.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das kann natürlich mit meinem Sinn für Logik zusammenhängen, und das kann ja auch einen tieferen Sinn haben. Ich sehe diesen tieferen Sinn aber nicht. Dann müßte mir jemand die Sache einmal genauer erklären.

Frau Schmitz-Hübsch, Sie sprachen auch das **Rentenalter für Frauen** an. Ich gehe davon aus, daß auch alle anderen den Brief von der Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten bekommen haben, in dem gerade dieses Problem angesprochen wird, daß damit für Frauen nichts erreicht wird.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Im
Gegenteil!)

Ich erinnere mich noch sehr deutlich an die Worte des Bundesinnenministers, als er in Amt und Würden gelangte. Er wollte, daß sich Frauen wieder verstärkt daran erinnern, was ihre Berufung sei; so ungefähr sagte er das. Damit meinte er also sinngemäß, daß sich Frauen jetzt wieder den drei K's zuwenden sollten: Kinder, Kirche, Küche. Das mag ja nun an seinem Namen liegen, denn auch der fängt mit „K“ an. Aber vielleicht hat Herr Kanther ja das Patentrezept gefunden. Ich könnte mir vorstellen, daß er sagt: Frauen, denkt daran, was hier gang und gäbe ist, in welcher Gesellschaft ihr lebt, und wendet euch wieder euren eigentlichen Aufgaben zu. Dann hätten wir ja die Vollbeschäftigung, die wir wollen.

So interpretiere ich seine Aussage. Dieser Zug ist Gott sei dank abgefahren. Die Frauen haben in diesem Zug aber immer noch nur in den Abteilen der dritten Klasse Platz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Meinhard Füllner
[CDU]: Das stimmt doch gar nicht!
Sie fahren doch auch in der ersten
Klasse!)

- Das stimmt noch. Die Sitzreihen der ersten Klasse sind noch weit entfernt. Daher stellt sich die Frage: Wo erfolgt eine **Gleichbehandlung**? Die Frauen bekommen immer noch die Kinder, die wir später brauchen, damit jemand unsere Renten bezahlt. Aber so viele Kinder kommen nicht nach, denn die Frauen schaffen die Belastung nicht. Viele Eltern sind Doppelverdiener. In den meisten Familien sind die Lebenshaltungskosten nur auf diese Weise zu decken. Alleinerziehende, denen keiner hilft, werden schnell zu Sozialhilfeempfängern abgestempelt. Arbeit und Kinder vertragen sich eben nicht mehr.

Doch ich komme jetzt zu dem eigentlichen Problem: der **Sozialstaat**. Die These von dem Sozialstaat, der nicht mehr finanzierbar sei, ist bestenfalls eine Halbwahrheit, will ich einmal behaupten. Unbestreitbar ist natürlich, daß der Einbruch auf dem Arbeitsmarkt, die wachsende Arbeitslosigkeit und die Tendenz zur Frühverrentung den Sozialversicherungen große finanzielle Probleme verursachen. Tatsache ist jedoch auch, daß der **Anteil der Sozialleistungen** am Bruttosozialprodukt in den alten Bundesländern seit 1975 rückläufig ist, im Gegensatz zu fast allen anderen Industrieländern dieser Welt. Von einem „Moloch Sozialstaat“, der die bundesdeutsche Wirtschaft stranguliere, könne also nicht die Rede sein,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

heißt es in der Zeitschrift „Publikforum“ von Ende Januar, als das Thema „Neubau des Sozialstaates“ gerade behandelt wurde. Ich will noch hinzufügen, daß diese Zeitschrift der katholischen Kirche nahesteht.

Der sogenannte Sozialstaat, in dem wir noch leben, zeigt also Kratzer, Kratzer, die zu Wunden

geworden sind, und das sind Wunden, die immer tiefer werden. Das deutsche Sozialsystem ist in der Krise und ist dringend reformbedürftig; das steht fest.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Wir lesen es auch jeden Tag in der Zeitung: Weder die Renten- noch die Arbeitslosen- oder die Krankenversicherungen können sich selbst finanzieren. Die Gründe sind vielschichtig, aber grob gesagt gilt, daß immer weniger Menschen für immer mehr andere Menschen zur Kasse gebeten werden. Machen wir uns nichts vor: Das deutsche Kassensystem der **Sozialversicherung** kann in Zukunft in dieser Form nicht mehr aufrechterhalten werden. Allein die sich entwickelnde Alterspyramide wird zum Zusammenbruch der Rentenversicherungskassen führen; auch das ist heute schon eine Binsenweisheit. An dieser Stelle will ich noch einmal aus der eben genannten Zeitschrift zitieren: Aber die Sozialversicherungen beruhen auf Voraussetzungen, die immer weniger erfüllt würden - hoher Beschäftigungsstand, wachsende Wirtschaft, steigende Einkommen -, und auch darauf, daß die überwiegende Zahl der Menschen verheiratet sei, so daß auch nicht erwerbstätige Familienmitglieder über die Sozialversicherung abgesichert seien. Diese Voraussetzungen seien inzwischen immer weniger erfüllt. Das ist doch der Punkt.

Der SSW tritt für ein **steuerfinanziertes Sozialsystem** ein,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in dem jede Bürgerin und jeder Bürger bei Alter, Krankheit und Pflegebedürftigkeit eine Grundabsicherung erhält.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Ideal ist das skandinavische Modell. Ich weiß, daß einige von Ihnen jetzt sagen werden: Guck mal nach Schweden, guck mal nach Skandinavien; dort sind die Wohlfahrtsmodelle in der Krise. Das ist zum Teil richtig, aber die skandinavischen steuerfinanzierten Sozialmodelle verteilen die Lasten auf viele Schultern, auch und

vor allem auf die der Besserverdienenden. Ich weiß zum Beispiel aus Dänemark, daß keiner das System des steuerfinanzierten Sozialsystems selbst in Frage stellt. Natürlich muß es reformiert und modernisiert werden, aber das System selbst, die Grundzüge des Systems will man erhalten. Dadurch ist die Solidarität gewährleistet.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Spoorendonk, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Hars?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Gut, ich sagte ja, daß ich das heute gestatten werde. Bitte schön!

Silke Hars [CDU]: Frau Kollegin, wissen Sie, daß das Arbeitslosengeld in Schweden um 20 % gekürzt worden ist? Ist Ihnen das bekannt?

- Ja, das ist mir bekannt. Aber dazu kann ich auch wieder eine Antwort von Karl Otto Meyer wiederholen - denn das ist eine Frage, die immer wieder gestellt wird -; er sagte: Es macht doch einen Unterschied, ob das Arbeitslosengeld von 80 % auf 60 % oder von 90 % auf 70 % oder wie auch immer reduziert wird. Darauf kommt es doch an. Man kann es doch nicht einfach so global hinstellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: So ist es!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Spoorendonk, kommen Sie langsam zum Schluß?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja, ich bin gleich fertig.

Dort wird die wirtschaftliche Stagnation also nicht nur den sozial Schwachen auferlegt, wie es in Deutschland der Fall ist. Trotz aller Krisenbeschwörungen sollten wir nicht vergessen, daß die Bundesrepublik immer noch ein reicher Staat ist und zu den reichsten Staaten der Welt gehört. Dieser Reichtum ist nur schief verteilt. Fest steht - und dabei beziehe ich mich wieder auf die

genannte Zeitschrift -, daß die **Einkommen der selbständigen Haushalte** in den Jahren von 1980 bis 1984 um 128 % gestiegen sind, während die Steigerung in den **Arbeitnehmerhaushalten** 48 % betrug. Ich könnte es aber auch noch einmal mit den Worten meines Vorgängers Karl Otto Meyer sagen: Wo wenige zuviel und noch weniger zu wenig haben, da haben wir es an Reichtum weit gebracht.

Ich komme noch einmal auf die beiden Anträge zurück: Die CDU fordert zur Besonnenheit auf. Ich frage mich, wie wir besonnen sein können, wenn unser soziales Netz immer mehr Löcher enthält,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die bald nicht mehr zu stopfen sein werden. In dem Antrag der CDU-Fraktion steht auch geschrieben, daß dieser Zustand eine konjunkturelle Schwächephase ist. Das kann doch auch nicht ernst gemeint sein. Aus diesen beiden Gründen können wir dem Antrag auf keinen Fall zustimmen. Wir werden dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wundere mich über die Jubelarien der rechten Seite dieses Hauses über die **Bonner Vorschläge**. Es müßte Sie doch nachdenklich stimmen, wenn 16 Finanzminister und 16 Ministerpräsidenten zu der Auffassung gelangen, daß dieses Programm einseitig den Bund entlastet und erneut zur einer Verlagerung der Lasten auf die Länder und Gemeinden führt, und wenn Sie ferner feststellen, daß die vorgesehenen Steuerrechtsänderungen überwiegend zu Steuermindereinnahmen bei Ländern und Gemeinden führen. Das ist eine Tatsache, und Sie bejubeln das hier unisono.

Das läßt sich nachlesen, und zwar auch dieser Witz, daß man uns eine Entlastung der Länder und Gemeinden vorgaukelt und sagt, es werde im öffentlichen Dienst angeblich zwei Jahre lang Nullrunden geben. Ich glaube, durch das gestrige

Scheitern der Tarifverhandlungen ist letztlich deutlich geworden, daß es nicht zwei Jahre lang Nullrunden geben wird und daß diese Entlastung nicht auf den Haushalt zukommen wird.

Die Steuerpakete des Bundes führen für das Land Schleswig-Holstein zu weiteren **Steuermindereinnahmen** in Höhe von 300 Millionen DM.

Hinzu kommt die **Belastung der Gemeinden**. Sie haben gestern getönt, wir würden nicht sparen, und wir sollten mehr sparen. Der konjunkturelle Einbruch hat katastrophale Steuerschätzungen mit sich gebracht. Ich will das für Schleswig-Holstein wiederholen: Die Steuerschätzungen von Oktober 1995 und Mai 1996 haben für die Jahre 1995, 1996 und 1997 Steuermindereinnahmen gegenüber der bisherigen Schätzung von 2,3 Milliarden DM erbracht. Wenn Sie einmal abgleichen, wie die Länder ihre Haushalte und wie Herr Waigel seinen Haushalt 1995/96 fahren wird, so brauchen wir uns nicht zu verstecken.

(Zurufe der SPD: Richtig!)

Wir müssen das weitgehend über Einsparungen und nicht über eine zusätzliche Kreditaufnahme wegstecken. Ich stehe auch dazu.

Es ist natürlich richtig, was Frau Simonis gesagt hat: Diese starken Steuermindereinnahmen und dieses Haushaltsdefizit, das wir haben, das Nichterfüllen der Kriterien von Maastricht, führte dazu, daß die Finanzminister für die Ministerpräsidenten in den nächsten drei Wochen unter meinem Vorsitz einen Vorschlag erarbeiten wollen, um zu **strukturellen Einsparungen** in den Haushalten der Länder und in den Gemeindehaushalten zu kommen. Aber sie müssen sozial ausgewogen sein. Solche Vorschläge wird es geben. Denn die Steuermindereinnahmen setzen sich in unserem Lande 1998 und 1999 mit über einer Milliarde DM fort. Ich sage Ihnen: In dieser Situation ist kein Raum für weitere **Nettosteuerentlastungen**, wie sie die Bundesregierung vorsieht, und schon gar nicht in der Unausgewogenheit, wie sie vorgesehen sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und es hat nichts mit Sozialneid zu tun, wenn festzustellen ist, daß in dieser unserer Republik 10 % der Haushalte 49 % des Billionenvermögens besitzen, wie Herr Neugebauer das genannt hat, und daß 50 % 2,4 % besitzen. Das hat nichts mit einer Sozialneiddiskussion zu tun, das hat mit der Umverteilungspolitik in den letzten 20 Jahren zu tun. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Es hat auch nichts mit Sozialneiddiskussion zu tun, wenn ich feststelle, daß eines der großen deutschen Kreditinstitute 1995 mit 4,2 Milliarden DM das zweitbeste Betriebsergebnis seiner Geschichte erwirtschaftet hat und dennoch 377 Millionen DM weniger Ertragsteuer gezahlt hat

(Günter Neugebauer [SPD]: Da stimmt doch etwas nicht!)

und wenn dasselbe Unternehmen 2500 Arbeitsplätze abgebaut und gesagt hat, selbstverständlich müsse man die Eigenkapitalrendite von zur Zeit 13 % auf demnächst 25 % steigern. Das hat nichts mit Sozialneid zu tun, sondern das hat etwas zu tun mit einem falschen und ungerechten Steuersystem. Ich sehe nicht ein, daß solche Unternehmen in dieser Situation und in dieser Ertragslage durch den Wegfall der **Gewerbekapitalsteuer** noch besonders begünstigt werden

(Beifall bei der SPD)

und daß sie durch den Wegfall der **Vermögensteuer** noch zusätzlich begünstigt werden. Der Wegfall der Vermögensteuer wäre ein verteilungspolitischer Skandal, besonders dann, wenn man im Hinterkopf hat, daß die Kompensation etwa den Sozialschwachen über die Umsatzsteuer aufgebürdet wird. So, meine ich, geht es nicht.

Nun ist viel die Rede davon: Jetzt wollen wir einen **einheitlichen Steuertarif** haben, und jetzt wollen wir **Subventionsabbau** betreiben. Was haben Sie denn eigentlich in den letzten 15 Jahren in Bonn für eine Steuerpolitik zu verantworten? Ich habe das hier wiederholt gesagt, als wir als Länder gefordert haben, wir brauchten im Jahressteuergesetz 1996 eine Kompensation und wir brauchten im Jahressteuergesetz 1997 eine Kompensation. Ich will sogar sagen: Weil der Bund als Gesetzgeber

am kürzeren Hebel sitzt, kann man über die betriebliche Vermögensteuer sogar reden. Aber das kann nicht zu einem zusätzlichen Einnahmeausfall bei Gemeinden und Ländern führen, es muß kompensiert werden, zum Beispiel durch einen Subventionsabbau. Wo hat der stattgefunden?

Und da sage ich gerade noch einmal an die Adresse von Frau Aschmoneit-Lücke, die das angesprochen hat: Als die SPD im letzten Jahr für 11 Milliarden DM Subventionsabbauvorschläge vorgelegt hat, da ging es nicht um Sozialneid, da ging es auch um die soziale Ausgewogenheit. Alles, was den Subventionsabbau bei Unternehmen anging, ist gerade von Ihrer Partei abgeblockt werden. Das geht nicht in einer Situation, in der Sie noch Gewerbesteuer und Vermögensteuer abschaffen wollen. Ich glaube, Sie brauchen da wirklich nicht zu meinen, uns etwas vorschreiben zu müssen. Wir haben die richtigen Vorschläge eingebracht, und wir werden sie auch im Bundesrat konsequent weiterverfolgen.

Weil das im SPD-Antrag angesprochen worden ist, will ich selbstkritisch sagen: Ja, Betriebsprüfungen, Steuerfahndungsdienste müssen verstärkt werden. Wir haben sie verstärkt. Ich freue mich, daß in anderen Ländern - in Niedersachsen, Bayern und Hessen - parallel Verstärkungen stattfinden. Wir haben hier Defizite, aber auch erste Erfolge. Allein durch die **Betriebsprüfung** und durch die **Steuerfahndung** sind im letzten Jahr 350 Millionen DM Steuern festgesetzt worden. Das waren 50 Millionen DM mehr als im Vorjahr. Ich hoffe, daß Sie diese Zahlen im Auge haben, wenn wir über die Stellenpläne des Jahres 1997 reden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Schroedter das Wort.

Rolf Schroedter [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Aschmoneit-Lücke hat recht. Es geht um den Standort Deutschland. Aber, Frau Aschmoneit-Lücke, was wird eigentlich am Standort Deutschland besser, wenn die vereinbarte **Kindergelderhöhung**, was den 20-DM-Betrag

angeht, verschoben wird? Und, Frau Aschmoneit-Lücke, was wird am Standort Deutschland eigentlich besser, wenn der Rechtsanspruch für **Frauen** auf **Einarbeitungszuschüsse** in eine Kann-Leistung umgewandelt wird, so daß im Grunde im September, wenn kein Geld mehr da ist, die Frauen, nachdem sie wohlgerne die Kinder erzogen haben oder in der Familie gepflegt haben und zurück wollen in den Beruf - liebe Kolleginnen und Kollegen, wie bewerten wir das denn familienpolitisch? -, kein Geld mehr erhalten können? Und was wird am Standort Deutschland eigentlich besser, wenn die **Behinderten** auf Leistungsansprüche verzichten müssen? Und schließlich und endlich: Was wird am Standort Deutschland besser, wenn die Zumutbarkeitsbedingungen im Rahmen des **Arbeitsförderungsgesetzes** so verschärft werden, daß 50- oder 52jährige Bauarbeiter, die faktisch kaum zu vermitteln sind, alle paar Monate mit ihren Leistungsansprüchen herunterziehen müssen?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit wir uns recht verstehen: Der **Standort Deutschland** ist ein Standort, an dem 1995 95 Milliarden DM an Gütern und Dienstleistungen mehr exportiert als importiert worden sind. Dies spricht ja wohl eher für als gegen die Wettbewerbsfähigkeit. Bei all den Punkten im gesamten Sparpaket - ob es die Krankengeldkürzung ist, ob es die Lohnfortzahlung ist - landet man letztlich immer bei der Sozialhilfe. Wenn wir vor einem leeren Blatt säßen und es wäre die erste soziale Kürzung, könnte man über vieles diskutieren. Aber das ist nicht der Fall. Das letzte Jahrzehnt war das Jahrzehnt der Novellen des Arbeitsförderungsgesetzes und der Kürzungen zu Lasten der Menschen und zu Lasten der Kommunen und der Sozialhilfe.

Ich sage Ihnen: Im Jahre 1976 haben 95 % aller derer, die vom Arbeitsamt Lohnersatzleistungen bekommen haben, von diesem Geld leben können. Heute hat über die Hälfte aller Arbeitslosenhilfebezieher Rechtsansprüche gegenüber dem Sozialamt. Weil dies so ist, muß man mit Fug und Recht behaupten: Sie sind dabei, diesen Sozialstaat zu einem **Sozialhilfestaat** umzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht ja gar nicht nur um die Frage der Zumutbarkeit. Im Antrag der CDU-Fraktion scheint das immer durch. Es muß der Quervergleich stimmen. Herr Möller hat gerade vom Steuerwesen gesprochen. Eine Woche, nachdem das Steuerpaket in all seinen Einzelheiten vorlag, ist in der Zeitschrift „Focus“ eine Summe an Handreichungen erschienen, und es ist für bestimmte Bevölkerungskreise gleich gesagt worden, daß alte Schlupflöcher notdürftig gestopft, aber neue aufgemacht worden seien. Überschrift: „Abschreibungsmodelle“. Dann heißt es, der Schuß sei bisher ins Leere gegangen. Gewiefte Anleger könnten ihre Steuerlast weiterhin mit **Abschreibungsmodellen** senken. Über Leasingfonds seien die steuersparenden Abschreibungen von Schiffs- und Flugzeugbeteiligungen weiterhin zu nutzen.

Ein weiterer Abschnitt ist mit dem Stichwort „Besserverdienende“ überschrieben. Ich will das nicht so sehr ausweiten.

Das zeigt nur: Selbst im steuerlichen Bereich, in dem der Anspruch der Koalition in die Richtung geht, Schlupflöcher stopfen zu wollen, geht dieses fehl, weil danach sofort etwas für „gewiefte Anleger“ vorgelegt wird. Aber ich füge hinzu: Wer wollte leugnen, daß es in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine ganze Reihe von offenen Fragen und Problemen, von „Ungelöstheiten“ gibt!

In einem System der sozialen Sicherheit, das weitgehend nationalstaatlich orientiert ist, aber auf eine Globalisierung der Märkte trifft - das Entsendegesetz ist wichtig und nötig; es soll Sozialdumping verhindern -, können wir natürlich unsere gesamte Gesellschaft nicht in allen möglichen Bereichen mit vielen kleinen Entsendegesetzen umstellen und gleichzeitig von der Europäisierung reden.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Hier sind offene Fragen. Ein Sozialsystem, das sich nahezu ausschließlich am Faktor Arbeit orientiert - das hat nicht nur bei der Arbeitslosenversicherung zu erheblichen Problemen geführt, sondern führt jetzt gerade auch bei der gesetzlichen Krankenversicherung zu einem dicken Problem und wird eines Tages in der Rentenversicherung

aufzutreten -, wirft viele neue Fragen auf, so daß selbst die Grünen im Bundestag ganz offen sagen, man müsse gucken, ob das mit den Renten so weiterlaufen kann.

Das vorgelegte Sparpaket ist ein Paket mit einseitigen Begünstigungen. Mir jedenfalls ist völlig unverständlich, was die Kürzung des Krankengeldes, die Einschränkung bei der Lohnfortzahlung, die Liberalisierung des Kündigungsschutzes mit mehr Wachstum und Beschäftigung zu tun haben. Die Erleichterung bei Kündigungen schafft ja wohl nicht mehr Arbeitsplätze, sondern erleichtert eher das Abschaffen vorhandener Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD)

Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung erreichen es vielleicht, daß zwei oder drei Menschen, die einmal blaumachen wollen, einen Tag nicht blaumachen. Aber dadurch wird wahrscheinlich auch erreicht, daß 30 000 Patienten ihre Krankheit zu verschieben, zu verschleppen versuchen, was letztlich in der gesetzlichen Krankenversicherung zu viel mehr Kosten führen wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das Paket trifft nicht ansatzweise alle gerecht. Es trifft die Frauen, es trifft die Behinderten, es trifft zum Beispiel auch die älteren Arbeitnehmer. - Die Frauen bezogen auf die Rentenbezugsdauer, die älteren Arbeitnehmer bei der Aufweichung des Kündigungsschutzes. Wenn die dann ihren Arbeitsplatz verloren haben, bekommen sie ein Arbeitslosengeld, dessen Bezugsdauer verkürzt wird, und sie sind damit dann doppelt gestraft.

(Beifall der Abgeordneten Irene
Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Schließlich trifft es auch die Kranken. Dabei denke ich nicht nur an das, was in der Öffentlichkeit unter Einschränkung bei der **Lohnfortzahlung** in den ersten Wochen diskutiert wird, sondern es wird auch weitgehend übersehen, daß bereits jetzt für diejenigen, die länger als sechs Wochen krank sind, ohnehin nur etwa 87 % des Lohnes gezahlt werden. Auch dort wird auf 75 % heruntergegangen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Sie treffen damit die chronisch Kranken. Ich sage Ihnen: Jeder von uns hat vielleicht einmal mit einem halben Schnupfen blaugemacht. Aber wer macht schon sieben Wochen lang blau?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wenn die CDU in ihrem Antrag schreibt, es wäre zumutbar, Urlaubstage etwa bei der Kur zu nehmen, dann sage ich: Man kann immer über alles reden, aber der Quervergleich muß stimmen. Wer mit medizinischen Mitteln, mit einer Kur seine Erwerbsfähigkeit wiedererlangen will, zahlt in Wahrheit dreimal; er zahlt 20 % bei der Einschränkung der Lohnfortzahlung, er zahlt bei der erhöhten Selbstbeteiligung - es sind jetzt 25 DM pro Tag -, und schließlich zahlt er mit den zwei Urlaubstagen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin
Kayenburg [CDU])

Nun ist er in seinem Kurort eingetroffen, und abends sitzt er vielleicht in einer Kneipe, nippt an seinem Mineralwasser und trifft dort einen, der sagt, er brauche im nächsten Jahr keine Vermögensteuer mehr zu zahlen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie von der CDU loben in Ihrem Antrag die **AFG-Reform**. Hierzu kann ich nur sagen: Kern der AFG-Reform ist: Der Staat zieht sich zurück; er zieht sich zurück hinsichtlich der Instrumente, und er zieht sich hinsichtlich der Geldleistungen, bezogen auf die, die arbeitslos sind, zurück. Es ist genau das Umgekehrte erforderlich. Es ist ein Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik erforderlich, es ist ein Freihalten der Menschen von der Sozialhilfe erforderlich.

Gehen Sie doch einmal zum Arbeitsamt in Kiel. Bevor Sie sich dort den Haushalt angucken und auch nur eine Mark bewegen können, sind schon 60 % des gesamten Haushalts für den Arbeitsamtsbezirk Kiel-Plön-Eckernförde ausgegeben, weil die Mittel nämlich für das Arbeitslosengeld und für die Arbeitslosenhilfe

ausgegeben werden müssen. Das heißt, Sie haben gar keine Gestaltungsmöglichkeit. Deswegen ist es erforderlich, die aktive Arbeitsmarktpolitik auszuweiten und nicht an die Zumutbarkeitskriterien heranzugehen. An die Zumutbarkeitskriterien heranzugehen oder etwa allen Arbeitslosen zu überantworten, daß sie alle paar Monate beim Arbeitsamt ihre persönlichen Umstände in einer ganz intensiven Art und Weise darlegen müssen, kann dann seinen Sinn haben, wenn eine Nachfrage nach Arbeitskräften besteht. Aber wir haben keine Nachfrage nach Arbeitskräften, und deswegen sagt der Direktor des größten Arbeitsamtes in unserem Land Schleswig-Holstein, daß dieser Ansatz völlig falsch sei und daß das eine Bürokratie bedeute, die ohne jeden Effekt aufgestülpt worden sei.

Wir Sozialdemokraten wollen die Lohnzusatzkosten, Lohnnebenkosten senken. Wir wollen sie sofort senken. Wir wollen bei der Arbeitslosenversicherung sofort um 2 % heruntergehen. Das macht ein Drittel des gesamten Bereichs aus. Was aufgrund dieser Maßnahme zu finanzieren ist, wollen wir dadurch auffangen, daß wir über eine ökologisch orientierte Steuerreform Veränderungen bei den Haushalten bekommen. Sofort 2 % herunter - das hilft den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und das hilft auch den Arbeitgebern.

(Beifall bei der SPD und bei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als zweites wollen wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren, wir wollen durch konsequentes Vorbeugen sparen, wir wollen an den Ursachen anknüpfen. Hier sind auch in diesem Land Umsteuerungsprozesse erforderlich - von der Gesundheitspolitik bis hin zur Wohnungspolitik. Darüber hinaus wollen wir durch konsequentes Bekämpfen der illegalen Beschäftigung sparen, wollen durch Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik sparen. Geld - Herr Möller hat es anklingen lassen - ist da.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist
von Ihnen schon dreimal verteilt
worden!)

Die Gewinne laufen den Löhnen davon. Geldvermögen werden heute überwiegend - nicht

nur - aus Geldvermögen gemacht, wovon nicht eine Mark in die Produktion fließt.

(Holger Astrup [SPD]: So ist das!)

Das ist schlecht, und deswegen müssen solche Geldvermögen auch in stärkerer Weise in unsere Betrachtungen einbezogen werden.

(Zuruf der Abgeordneten Brita
Schmitz-Hübsch [CDU])

Wenn Sie von den 4,7 Billionen DM Vermögen nur einen Teil von 3,5 Billionen DM nehmen und die mit 1 % belegen - das schöpft noch nicht einmal die erzielten Zinsen aus -, dann haben Sie 35 Milliarden DM. Damit kann man schon eine ganze Menge machen.

(Lachen bei der CDU)

Es wird oft formuliert - gestern wieder von Herrn Kubicki -, Sozialpolitik könne man erst betreiben, wenn die Wirtschaft floriere. Ich sage - nicht dagegen, sondern daneben -, daß das unzureichend ist. Erstens wird die produktive Bedeutung des Sozialwesens völlig verkannt, und zweitens ist der soziale Friede ein Standortfaktor, den wir nicht unterschätzen sollten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geerdts.

Torsten Geerdts [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 4 Millionen Arbeitslose müssen für die Gewerkschaften, für die Arbeitgeber, aber auch für die Politik ein Auftrag sein, nach neuen Wegen zu suchen, um die Arbeitslosigkeit deutlich zu reduzieren. 4 Millionen Arbeitslose gehen weder am Staatshaushalt noch an der Sozialversicherung spurlos vorbei. Der Konsolidierungsbedarf wird von niemandem ernsthaft bestritten. Die Bundesrepublik Deutschland braucht daher ein Programm für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. Wollen die Sozialdemokraten, wollen die Grünen wirklich nein sagen, wenn es darum geht, Arbeitsplätze dort zu schaffen, wo Arbeit vorhanden ist?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Will die CDU wirklich nein zur ökologisch orientierten Steuer sagen?)

Zur Zeit gibt es offiziell nur 36 000 Beschäftigte in privaten Haushalten. Wer sich den Lebensstil der Menschen heute anschaut und wer zur Kenntnis nimmt, daß sich das Rollenverständnis von Mann und Frau deutlich gewandelt hat und auch weiter wandeln wird, der weiß, daß in den privaten Haushalten mehr vollwertige Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt daher die geplanten Verbesserungen bei der steuerlichen Absetzbarkeit von **Beschäftigungsverhältnissen in privaten Haushalten**. Diese Maßnahme wird dazu führen, daß es zu einer stärkeren sozialen Absicherung der in diesem Bereich Tätigen kommen wird. Hier können bis zu 800 000 neue Arbeitsplätze entstehen, und diese Chance wollen wir als CDU nutzen.

(Beifall bei der CDU)

Halten die Sozialdemokraten, halten die Grünen es für falsch, daß bei der Reform des Arbeitsförderungsgesetzes daran gedacht wird, insbesondere die Chancen benachteiligter Gruppen am Arbeitsmarkt deutlich zu erhöhen? Wir brauchen hier eine Umsteuerung, damit die Ungelernten, damit die Berufsrückkehrer und -rückkehrerinnen, die Langzeitarbeitslosen wieder einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt finden können.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Landtagsfraktion steht auch zu der im Deutschen Bundestag beschlossenen Reform der Sozialhilfe. Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt auf der verbesserten **Hilfe zur Arbeit**. Es ist eben nicht unsozial, sondern geradezu gerecht, daß einem arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger, der eine zumutbare Arbeit ablehnt, Kürzungen ins Haus stehen.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das verdichtet die Arbeit!)

- Im Gegenteil! Es ist unsozial gegenüber allen, die da arbeiten, bliebe die Ablehnung einer zumutbaren Arbeit ohne Konsequenzen.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

An dieser Stelle will ich allerdings eines ganz deutlich sagen: Es muß Schluß sein mit dem Thema Mißbrauch, wenn wir nur an die Sozialhilfe denken. Steuerbetrug und Abschreibungsmißbrauch sind mindestens genauso unerträglich für unsere Gesellschaft. Und auch hier haben sich in manchen Teilen der Bevölkerung Gewohnheiten eingeschlichen, die nicht mehr toleriert werden können.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich gibt es in einem solchen Kompromißpapier auch Punkte, die insbesondere den Sozialpolitikern in meiner Fraktion schwerfallen. Aber seien wir doch heute bitte auch so ehrlich und nehmen wir zur Kenntnis, daß beispielsweise ein Landesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes sich dafür ausgesprochen hat, die Überstunden bei der Berechnung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in Zukunft nicht mehr zu berücksichtigen. Derjenige, der krank zu Hause ist, darf am Ende doch nicht mehr haben als derjenige, der seiner regulären Arbeit nachgehen kann.

(Beifall bei der CDU)

Diese Auffassung eines DGB-Kollegen mache ich mir ausdrücklich zu eigen.

Zur **Familienpolitik** brauche ich nur eine ganz kurze Anmerkung zu machen. Die CDU war es, die den Erziehungsurlaub und das Erziehungsgeld auf den Weg brachte. Sie setzte die Anrechnung der Erziehungszeiten bei der Rentenberechnung durch.

Die Sozialdemokraten waren es, die in ihrer Regierungszeit eine Kürzung des Kindergeldes um 20 DM beschlossen haben. Soviel zur

Wahrhaftigkeit der Sozialdemokraten in dieser Frage.

(Beifall bei der CDU)

Sie veranstalten hier in der Tat einen Heckmeck, wenn es heute bei Ihnen heißt: Wir wollen eine Anpassung verschieben, während Sie früher beschlossen haben, um 20 DM zu kürzen. Das ist die Wahrheit sozialdemokratischer Familienpolitik, wie Sie sie in den 13 Jahren Ihrer Regierungstätigkeit vorgelegt haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn im rot-grünen Koalitionsvertrag das Kapitel Familienpolitik komplett abhanden gekommen ist, dann fallen Sie für uns als Ratgeber in dieser Beziehung völlig aus.

(Ursula Röper [CDU]: Sehr richtig! -
Beifall bei der CDU)

Wir fordern die Bundesregierung und die Tarifvertragsparteien auf, die **Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand** endlich auf den Weg zu bringen. Investivlöhne führen zur Sicherung vorhandener und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie führen auch dazu, daß die Arbeitnehmerschaft Anteile am Produktivvermögen erwerben kann.

Ich finde es schön, daß die Sozialdemokraten mit auf diesen Zug gesprungen sind. Ich weiß allerdings auch, daß sie in den 13 Jahren viel gegakkert und nie Eier gelegt haben. Und ich weiß auch, daß es bei uns zur Zeit noch nicht deutlich genug vorangeht. Darum diese Aufforderung, weil wir auch dazu fähig sind, ein Stück Kritik an den eigenen Leuten in Bonn zu üben, wenn wir meinen, es geht nicht schnell genug.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Jawohl!)

Neue Arbeitsplätze kann man schaffen, wenn ernsthafte Beiträge geleistet werden, die **Lohnnebenkosten** zu reduzieren. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben dürfen auf Dauer nicht über den Faktor Arbeit finanziert werden. Hier brauchen wir in der Tat mehr Ehrlichkeit im System.

Meine Damen und Herren, durch das Programm für Wachstum und Beschäftigung kann der Beitrag zur

Rentenversicherung um 0,7 % und der Beitrag zur Krankenversicherung um 0,5 % gesenkt werden. Das ist eine konkrete Politik für mehr Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland, und dies kann man nicht einfach so schlankweg ablehnen.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Meine Damen und Herren der SPD, da wo Ihre Partei und Ihre eigenen Parteifreunde die Verantwortung tragen, sind die Einschnitte teilweise viel, viel härter.

(Lachen des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Die Sozialdemokraten in Schweden haben gezeigt, daß ein Land die Konkurrenzfähigkeit verliert, wenn man die Rundumversorgung in einem Wohlfahrtsstaat nicht stützt. In dem Maße wie in Schweden ist das bei uns in der Bundesrepublik Deutschland nicht nötig, weil es solche Auswüchse nicht gibt. Wer allerdings sagt, es könne alles so bleiben wie bisher, der mag sich ja persönlich selbst beglücken, aber der Bevölkerung macht er etwas vor.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagt doch auch keiner!)

Ihr Parteifreund Helmut Schmidt - außerhalb Schleswig-Holsteins wird er überall so genannt - hat einmal gesagt: Wer mehr beschäftigungswirksame Maßnahmen schaffen will, muß sehr viel tiefer in die Sozialleistungen einschneiden. Diesen Satz habe ich allerdings nie wieder gehört, denn seit 1982 befinden Sie sich dauerhaft in der Opposition.

Im Gegensatz zu Ihren schwedischen Parteifreunden betreiben Sie in Bonn eine inhaltliche Fundamentalopposition nach dem Motto: Wenn die SPD schon nichts zu sagen hat, dann will sie zumindest Spaß haben.

Die SPD bringt mit dieser Art und Weise die Menschen aber nicht wieder in Arbeit; vielmehr verweigert sie sich, an der Diskussion teilzunehmen. Das ist aus meiner Sicht ihr wirkliches Versagen in Bonn beim Thema Arbeit.

Den Sozialdemokraten fehlt der Wille, den Sozialdemokraten fehlt die Kraft und die Phantasie zu den notwendigen Reformen, die jetzt anstehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Diese Ihre Unfähigkeit ist es, meine Damen und Herren von der SPD, die den Sozialstaat gefährdet.

(Lachen bei der SPD)

Wir setzen konkretes Handeln dagegen. Wir haben einen Alternativantrag vorgelegt und bitten um Abstimmung in der Sache, weil wir glauben, daß wir zusammen mit den Bonner Kolleginnen und Kollegen damit auf dem richtigen Wege sind.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Voigt.

Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein bißchen kocht es in mir. Mein Vater hat mir einmal einen Spruch beigebracht, der sich mir eingepägt hat. Sein Arbeitgeber, ein Elektrikermeister, hatte immer und immer wieder gesagt: Bei jenem Auftrag habe ich wieder zugesetzt, und bei diesem Auftrag habe ich auch zugesetzt. Und da hat mein Vater dann zu mir gesagt: Lieber vom Zusetzen leben als vom Arbeiten vegetieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dieser Spruch hat sich mir eingepägt. Da ist etwas schief in der Betrachtungsweise.

Was die Standortdiskussion angeht, würde ich Ihnen empfehlen, einmal die internationalen Untersuchungen in Lausanne einzusehen, wo 1500 Manager gefragt wurden, welche **Standorte** noch gut sind. Da ist Deutschland nach wie vor in der Spitzengruppe. Es ist also alles verlogen, was hier erzählt wird.

(Zurufe von der CDU)

Ich will nun kurz zum Arbeitsmarkt etwas sagen. Der Beitrag von Frau Aschmoneit-Lücke hat mich dazu bewegt. Es gibt in diesem Sparpaket zwei markante Arbeitsmarktmaßnahmen. Die erste ist, daß die Frauen regelrecht dazu verdammt werden, bis zum 65. Lebensjahr zu arbeiten. Jeder weiß da sofort, daß das unter Arbeitsmarktgesichtspunkten kontraproduktiv ist.

(Lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die zweite markante Maßnahme ist die Verdoppelung des Steuerfreibetrages. Da sollen wieder Hausgehilfinnen eingeführt werden. Das stinkt nach Feudalismus am Ende des 20. Jahrhunderts.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe und Heiterkeit bei der CDU)

Das stinkt nach Feudalismus. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien können Sie das studieren.

Und nun etwas Positives, Frau Aschmoneit-Lücke; das ist das, warum ich mich gemeldet habe. Sie haben im Koalitionsvertrag verzweifelt danach gesucht, wo sich der Arbeitsmarkt entwickeln soll. Sie hätten vielleicht einmal in den Energieteil sehen sollen. Es war das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung - das ist weltweit eines der anerkanntesten Institute für solche Untersuchungen -, das bereits Anfang der siebziger Jahre festgestellt hat, daß kleinräumige vernetzte Systeme im Energiebereich unter Arbeitsplatzgesichtspunkten sehr viel effizienter sind als Großsysteme.

Schauen Sie sich doch einmal unsere Maßnahmen an und schauen Sie einmal in die Landeshauptstadt. Wenn Sie große Wärmedämmprogramme auflagen, wenn Sie die Kraft-Wärme-Koppelung fordern und die Windenergie entwickeln, was meinen Sie, wie arbeitsplatzwirksam das ist, und zwar nicht auf dem zweiten Arbeitsmarkt, sondern auf dem ersten. Im ganzen Koalitionsvertrag werden Sie politische Maßnahmen finden, die geradezu dazu einladen, den ersten Arbeitsmarkt als den wesentlichen stabilisierenden Faktor zu entwickeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir mit der Genehmigung der Präsidentin mit einem Zitat aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 4. Mai zu beginnen:

„Die deutschen Arbeitgeber haben Sorgen. Sie fühlen sich bedrückt von den hohen Gewinnen, die gerade die größten unter ihnen in ihren jetzt vorgelegten Bilanzen ausweisen müssen.“

Der Journalist fährt mit einem Zitat von Herrn Fritz-Heinz Himmelreich fort, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der ausführte:

„Wenn alles so bliebe, wie es ist, wenn wir Steuer- und Sozialstaat von heute mehr oder weniger so lassen, wie er ist, dann würde, ja dann müßte diese sozialpolitisch provozierende Diskrepanz zwischen Gewinnentwicklung und Arbeitsplatzabbau immer größer werden.“

Wahrhaft eine kühne Dialektik zur Begründung von Sozialabbau.

Daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion zum Auftakt der parlamentarischen Arbeit in dieser neuen Legislaturperiode das Thema „Sozialstaat - Arbeitslosigkeit - Steuergerechtigkeit“ aufruft, verstehe ich als eine Kampfansage, als Kampfansage gegen diese Form der Dialektik, als eine Kampfansage an alle, die mit Sozialkürzungen nicht nur den sozialen Frieden gefährden, sondern zugleich auch die Konsumnachfrage.

Ein paar Zahlen! Die entsprechenden **Kaufkraftverluste** in den konsumnahen Wirtschaftszweigen kosten nach Berechnungen des DGB 50 000 bis 100 000 Arbeitsplätze. Das DIW geht von einem Ausfall staatlich finanzierter Nachfrage von 10 Milliarden bis 15 Milliarden DM

aus. Das bedeutet die Vernichtung von 80 000 bis 120 000 Arbeitsplätzen.

Es ist eine Kampfansage an alle, die mit der Heraufsetzung des Rentenalters zwar nicht das Rentensystem dauerhaft sanieren, dafür aber das Vertrauen in den Generationenvertrag ruinieren und Jugendarbeitslosigkeit produzieren.

Es ist eine Kampfansage an alle, die mit der Streichung des Bundeszuschusses an die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit nicht sparen, sondern durch geringere Einnahmen in den Sozialversicherungskassen die Kosten der Arbeitslosigkeit hochtreiben. Auch das sogenannte Arbeitsförderungs-Reformgesetz, Herr Kollege Geerds, ist nur in weiten Teilen ein Spargesetz. Vorgesehen sind, bis zum Jahre 2000 13,4 Milliarden DM einzusparen. Die längst überfällige strukturelle Reform findet nicht statt. Was wir bräuchten, wäre eine solide **Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik** durch eine stärkere Steuerfinanzierung, durch die Ausweitung des Beitragszahlerkreises. Was wir außerdem bräuchten, wären zusätzliche Beschäftigungsimpulse durch präventive Instrumente.

(Beifall bei der SPD)

Eine Kampfansage formulieren wir an alle, die durch Steueränderungen nicht die Kosten der Arbeit senken, sondern Investitionen in Finanzanlagen forcieren. Den Ländern und ihren Kommunen steht diese Kampfansage als Sozialhilfeträger zuvörderst und ganz besonders zu, weil durch viele der bereits beschlossenen und nun weiter angedrohten Kürzungen zum Beispiel in der Arbeitsmarktpolitik, aber auch durch die Verschiebung der Kindergelderhöhung unsere Kassen belastet werden. Folge: Der Deutsche Städte- und Gemeindebund will 1996 seine Investitionen um rund 5 %, zirka 2 Milliarden DM, drosseln - mit den entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Gerade in Schleswig-Holstein empfiehlt sich eine deutliche Kampfansage gegen meinen naßforschenden Spezi aus Bayern, Horst Seehofer, weil nämlich seine Vorschläge die 10 000 Arbeitsplätze bei uns in Schleswig-Holstein im Reha-Bereich nicht ungeschoren lassen und weil der angedrohte Verzicht auf Prävention in der gesetzlichen

Krankenversicherung alle seriösen Bemühungen um Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung zunichte machen wird. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für ärztliche und andere Leistungsanbieter im Gesundheitswesen ist nicht gerade kostendämpfend.

Wenn öffentlich besoldete Wirtschaftsweisen der Philosophie des Bonner Bündnisses zwischen Kabinett und Kapital - wie jemand es einmal so nett formulierte - ihren wissenschaftlichen Segen erteilen, ist man versucht zu fragen, ob deren Wissenschaft anderen Gesetzen folgt als denen von Ursache und Wirkung. Man ist weiter versucht, die von Ihnen besonders massiv geforderte Verschlankung des öffentlichen Sektors mit Ihnen beginnen zu lassen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Sozialpolitik ist nicht Sozialromantik, sondern ist im Sinne des Wortes Standortpolitik. Der Begriff „Wohlfahrt“ ist auch ein ökonomischer Terminus. Der alte Bismarck hatte das begriffen, wenn auch aus erkonservativer Perspektive. Immerhin war er weitsichtiger, als mancher Ordoliberaler - oder der sich dafür hält - es heute ist.

Ich bedaure gerade angesichts solcher Debatten und bei Redebeiträgen gerade von CDU und F.D.P., daß sich Sozialpolitik leicht in die Schmutzdecke der Politik hat abdrängen lassen, statt den Finger dahin zu legen, wo er hingehört, nämlich in die Wunde, auf das finanzpolitische Versagen und die politische Verschleierung im Zusammenhang mit der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die mit der Wiedervereinigung verbunden sind, Folgen, die bei Bund, Ländern und Gemeinden, aber auch in den Sozialsystemen erhebliche Löcher hinterlassen.

Darüber hinaus haben sich drei Determinanten zu einem strukturellen und auch politischen Sprengsatz entwickelt.

Das ist zum ersten die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die angesichts 6 Millionen fehlender Arbeitsplätze, fortschreitenden Abbaus von Produktivität und weiter fortschreitenden Abbaus von Arbeitsplätzen eben nicht mehr allein und einfach durch ein beitragsfinanziertes Versicherungssystem aufgefangen werden kann.

Das ist zum zweiten die Altersentwicklung in der Bevölkerung, die zum Beispiel für die Krankenversicherung die Finanzierung einer menschlichen, aber eben auch aufwendigen Medizin für immer mehr ältere Menschen bedeutet.

Das sind zum dritten die bevölkerungspolitische Entwicklung und die Arbeitsmarktsituation zusammengenommen. Das bedeutet, daß diese Kombination die Alterssicherung immer schwerer macht, daß es immer schwieriger wird, den Generationenvertrag so zu erfüllen, wie er einmal konzipiert war und wie er sich bis heute in hohem Konsens erhalten hat.

Für diese drei Probleme gibt es keine schnellen Lösungen. Sie müssen zukunftsorientiert sein. Sie müssen gründlich sein. Sie dürfen nicht zu kurzatmig sein, wie man heute da rangeht.

Um so notwendiger sind die Reform und die Zukunftssicherung der sozialen Systeme. Um so gefährlicher ist kurzatmiges und kontraproduktives Kürzen ohne strukturelle richtungweisende Erneuerung, ohne innovative Ansätze, mit anderen Worten: ohne Rücksicht auf Verluste.

Sehr geehrter Herr Kollege Geerds, da, wo wir in Einzelfragen Berührungspunkte und Übereinstimmung haben, kommen wir deshalb nicht voran, weil das generelle Vorzeichen, die Richtung, nicht stimmt. Das ist schade. Es gibt aber auch in Ihrer Partei einige, die etwas weiter vorandanken.

Wir werden es durch die unkoordinierten Vorschläge - um nur ein Beispiel zu nennen - zur Sanierung der Renten und zu **Kürzungen** im Bereich der **Bundesanstalt für Arbeit** in den nächsten Jahren mit dem Problem der **Altersarbeitslosigkeit** zu tun bekommen. In Zahlen ausgedrückt bedeutet das: An die 2 Millionen Menschen sind davon betroffen, daß sie unter Umständen ab dem 50., 52. Lebensjahr bis zum Eintreten ins Rentenalter in wachsendem Maße auf Sozialtransfers angewiesen sein werden. Es werden auch solche sein, die vermögensabhängig sind. Das heißt, man zehrt sein Häuschen und das, was man sonst besitzt, auf und ist gesellschaftlich in einer Weise ausgegrenzt, daß uns ein Potential an Unzufriedenheit, an Zündstoff entgegenwächst, das uns handeln lassen muß.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich habe gerade dieses Beispiel gewählt - es gäbe viele andere, bei denen wir unbedingt handeln müßten -, weil es sich hier eben nicht um eine besonders belastete Randgruppe handelt, sondern um breite Bevölkerungsschichten.

Die Schnittstelle zwischen Finanz- und Sozialpolitik ist schon mehrfach genannt worden. Es gibt inzwischen unter Federführung Schleswig-Holsteins einen sehr konkreten Vorschlag, was an versicherungsfremden Leistungen ausgegliedert und umfinanziert werden kann. Dieser Vorschlag bewegt sich bei einer Größenordnung von 60 Milliarden DM. Das wäre schon eine erhebliche Entlastung der Lohnnebenkosten, wenn man steuerpolitisch soweit auf einen Nenner käme, daß man umfinanzieren könnte.

(Beifall des Abgeordneten Günter
Neugebauer [SPD])

Meine Damen und Herren, ich denke, wir haben die Chance, uns innerhalb der Schere zwischen öffentlicher Armut und gesellschaftlichem Reichtum Spielräume zu erschließen, auch fiskalpolitische Spielräume. Ich möchte es einmal so ausdrücken: Wir haben die letzte Chance - nachdem wir schon die Chance eines Lastenausgleichs nach der Wiedervereinigung verpaßt haben - für einen sogenannten New deal.

Lassen Sie mich diesen New deal zum Schluß mit einigen Stichworten beschreiben. Dazu gehören neue Finanzierungsbasen für die sozialen Sicherungssysteme, dazu gehören neue Arbeitsformen, dazu gehört die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen, dazu gehört die Regelung zur Überstundenumwandlung in Arbeitsplätze, die Bekämpfung der Schattenwirtschaft, Privilegienabbau, Abbau von Fehlsubventionen, Schluß mit den finanzpolitischen Verschiebebahnhöfen zu Lasten der Länder und Gemeinden; dazu gehört, Eigenverantwortung und Initiative zu fördern, mehr Solidarität zu leben und die Reparaturkosten der Gesellschaft dadurch zu senken, daß man rechtzeitig präventiv in Bildung, gesundheitliche Vorbeugung und Umweltverbesserung investiert.

Wenn wir diese Chance jetzt nicht nutzen, wenn wir die Chance eines Bündnisses für Gemeinsinn nicht nutzen, dann werden wir in der Tat mehr als nur französische Verhältnisse zu erwarten haben. Also: Nutzen wir die Chance!

Nehmen Sie bitte für die Mittagspause noch ein Stückchen Realsatire zum Lachen - oder auch nicht - mit. Ich beziehe mich auf das „Hamburger Abendblatt“ vom 17. Mai; dort bietet Carl Hermann Schleifer - in diesem Land ja nicht unbekannt - für den Kölner Versicherungskonzern Colonia ein neues Produkt mit dem Namen „Kompass RLK“ an. Dies ist eine Versicherung gegen Sozialabbau. Die Buchstaben „RLK“ stehen für Kürzungen bei „Rente, Lohnfortzahlung und Krankenversicherung“, und für alle Fälle bietet Herr Schleifer gleich an, daß die Police natürlich auch auf andere Sachverhalte ausgeweitet werden kann, wenn es denn nötig ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/54, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/43, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit demselben Stimmenverhältnis wie eben angenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Die Fraktionen haben sich auf eine Verkürzung der Mittagspause um eine Stunde und damit auf die Fortsetzung der Sitzung um 14.00 Uhr verständigt.

(Unruhe und Widerspruch)

Lassen Sie mich bitte noch eine Mitteilung hinzufügen. In dieser Sitzung sollen die Tagesordnungspunkte 14 und 26 nicht mehr behandelt werden; sie werden auf eine der nächsten Plenarsitzungen verschoben.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Mittagspause.

(Unterbrechung: 13.04 bis 14.03 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Nachmittagssitzung und rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf:

Chancen und Risiken der Gentechnik

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/21

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Frau Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren, insbesondere diejenigen, die schon den Weg in den Plenarsaal gefunden haben! Ich möchte mich bei Ihnen bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU-Fraktion scheint mit den Risiken der Gentechnik noch nicht so ganz klargeworden zu sein.

Die F.D.P.-Fraktion will mit diesem Antrag einen Beitrag dazu leisten, die Diskussion über die Anwendung gentechnischer Methoden zu versachlichen. In diesem Jahr werden in Schleswig-Holstein voraussichtlich die ersten zwei Freisetzungsversuche durchgeführt. Es ist bekannt, daß die AgrEvo in Ostholstein herbisidresistenten Mais und im Herbst Raps aussäen will. Das Institut für Forstgenetik in Großhansdorf möchte gentechnisch veränderte Aspen auspflanzen. Die Genehmigung dieser Versuche muß durch das Robert-Koch-Institut in Berlin erteilt werden. Eine Entscheidung ist in der Woche nach Pfingsten zu erwarten. Wir wollen in einer Anhörung von

Experten hören, welche Möglichkeiten die Anwendung der Gentechnik für die Weiterentwicklung von Nutzpflanzen eröffnet, welche Bedeutung diese für die Nutzpflanzenproduktion haben, welche Umweltvorteile und welche Umweltrisiken damit verbunden sein können. Angesichts der großen Zahl von erfolgreich durchgeführten Freisetzungsversuchen und einer parallel verlaufenden Sicherheitsforschung ist zu erwarten, daß inzwischen eine realistische Bewertung der möglichen Risiken vorgenommen werden kann.

Die vereinzelt noch geführten Diskussionen über das Für und Wider der Gentechnik sind Schnee von gestern. Sie gehen an der Realität vorbei, denn diese Technologie hat sich weltweit durchgesetzt. Die Bedeutung der Gentechnik für die **Entwicklung** neuartiger **Medikamente** ist anerkannt. In der **Diagnostik** hat sich die Technologie bewährt. Mehr als 2000 Firmen sind im therapeutisch-diagnostischen Bereich tätig. Die Verweigerung dieser Technologie geht zu Lasten der hilfeschenden Kranken, denen herkömmlich erzeugte Medikamente nicht helfen.

In der Landwirtschaft sind nach mehr als 3000 **Freisetzungsversuchen** mit gentechnisch veränderten **Pflanzen** in den vergangenen zehn Jahren nunmehr in den USA und in Kanada die ersten Sorten in den Markt eingeführt worden, bei deren Züchtung mit gentechnischen Methoden Fremdgene in das Genom integriert wurden. In Europa steht die Zulassung solcher Sorten kurz bevor. Sowohl die Erzeugung von Herbizidtoleranz als auch die Erzeugung von Resistenzen gegen verschiedene Krankheiten ermöglichen die Einsparung von Pflanzenschutzmitteln und sind damit ein wichtiger Beitrag zum **Grundwasserschutz**.

Schleswig-Holstein ist weder die Insel der Glückseligen noch das Schlaraffenland, in dem den Bürgern gebratene Tauben in den Mund fliegen. Auch in diesem Land muß gegen die Arbeitslosigkeit gekämpft werden, stehen **Arbeitsplätze** auf dem Spiel. Wir können es uns schlicht nicht leisten, einer Zukunftstechnologie den Stuhl vor die Tür zu setzen, nur weil „Reichsbedenkenträger“ ihre Befindlichkeit pflegen und sich als von der öffentlichen Hand Beschäftigte keine Sorgen um ihren Arbeitsplatz zu machen brauchen.

In Deutschland gibt es Vorbehalte gegen die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen. Dabei sei dahingestellt, inwieweit es sich um in politischer Absicht geschürte Vorbehalte handelt und inwieweit sie echt sind. Es wird immer wieder beobachtet und aus anderen Bundesländern berichtet, daß im Umfeld von Freisetzungsversuchen nicht die Bürger vor Ort protestierten, sondern organisierter Protest aus Großstädten eingeflogen wurde, daß Zerstörungen der Felder nicht von den Anwohnern verursacht werden, sondern von Auswärtigen, die nicht direkt betroffen sind.

(Holger Astrup [SPD]: Quatsch!)

So geschehen in Thüringen, so geschehen in Mecklenburg; es gibt zahlreiche weitere Beispiele.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Betroffen sind doch alle!)

Daß diese Vorbehalte weitgehend unberechtigt sind, belegt unter anderem auch die gerade vor einem halben Jahr in diesem Haus diskutierte Beantwortung der Großen Anfrage der SPD-Fraktion durch die Landesregierung. Das Präsidium der **Deutschen Forschungsgemeinschaft** empfiehlt in seiner Stellungnahme „Gentechnik und Lebensmittel“ vom 16. Juni vergangenen Jahres „die verantwortungsvolle Weiterentwicklung der Gentechnik in der Pflanzenzüchtung und der lebensmittelbezogenen Mikrobiologie“. Vor diesem Hintergrund ist zu hoffen, daß die Freisetzungsversuche in diesem Land nicht zerstört werden, daß das Beispiel von Johann Buchter, Abgeordneter der Grünen im Baden-Württembergischen Landtag, nicht Schule macht, der das Begrenzungsband eines Versuchsfeldes der Universität Hohenheim in Renningen eigenhändig durchschnitten hat.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Het he gut mokt!)

Mit solchen Aktionen werden nicht Besorgnisse von Bürgern aufgegriffen, sondern es wird gegen Recht und Gesetz verstoßen. Sie, Herr Matthiessen, sollten es doch einmal rechtfertigen,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

daß Sie die Zerstörungen von nach dem Gentechnikgesetz genehmigten Versuchen billigen, und dieses als Abgeordneter dieses Hauses. Sie haben geschworen, die Rechte und Gesetze zu achten. Denken Sie vielleicht einmal daran.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das Bestehen von Ängsten kann im übrigen nicht heißen, daß diese Technologie keine Anwendung finden darf. Es wird doch auch dem, der Angst vorm Zahnarzt hat, nicht geraten, den Zahnarzt zu meiden, sondern im Gegenteil: seine Angst zu überwinden und rechtzeitig hinzugehen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch nicht vergleichbar!)

- Das ist sehr wohl vergleichbar. Genauso bedeutet das Vorhandensein von Ängsten vor dieser Technologie, daß der politische Auftrag, den wir haben, darin besteht, Ihre Chancen zu erläutern und über realistisch zu erwartende Risiken aufzuklären. Genau dies wollen wir als F.D.P.-Fraktion mit einer Expertenanhörung erreichen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Beitrag von Ihnen, Frau Dr. Happach-Kasan, hat mich zumindest in einem Punkt stark erstaunt. Sie beantragen im Landtag eine Anhörung, zu der vermutlich eine Reihe namhafter Wissenschaftler eingeladen werden sollen. Gleichzeitig erzählen Sie uns bei Bekanntgabe Ihres Antrages, daß Sie eigentlich schon alles wissen, daß die Diskussion über Gentechnik „Schnee von gestern“ ist und daß alle Bedenken, die überhaupt im Raum stehen könnten, unberechtigt seien.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Das stimmt doch nicht!)

- Das ist das, was Sie vorhin gesagt haben, Frau Happach-Kasan. Es wundert mich schon sehr, denn,

wir haben in der Tat Beratungsbedarf für eine umfassende Bewertung von Chancen und Risiken der Gentechnik.

Die aktuellen Forschungsprojekte mit der Großhansdorfer Pappel oder den Nürtingener Rübenbastarden werfen nur ein kleines Licht

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:
Höchstens Schatten, aber kein Licht!)

auf eine sehr große Herausforderung. Wer heute die Zeitung liest, weiß auch von dem Mais in Johannisdorf.

Wir befinden uns in der Bundesrepublik in einer Schwellensituation: Auf dem Markt bei uns gibt es bisher keine Lebensmittel, die lebende gentechnisch veränderte Organismen enthalten. Es ist aber davon auszugehen, daß schon eine Vielzahl von Lebensmitteln im Handel ist, bei deren Herstellung **gentechnisch veränderte Organismen** verwendet worden sind. Wir wissen auch, daß dies nur ein Teilaspekt - ein wichtiger Teilaspekt - der gesamten Gentechnik-Debatte ist. Diese Antragsberatung kann nur erste Momente benennen. Wir können sie in der Sache nicht im Detail führen.

Daher nur einige grundsätzliche Bemerkungen, die auf die Behandlung Ihres Antrages zielen. Wir nehmen die Diskussion über die Bedeutung des technologischen Fortschritts, der technologischen Sprünge, die wir in der Gentechnik erleben, für die zukunftsfähige Entwicklung unseres Landes sehr ernst.

In einer Situation, in der Menschen spüren, daß der gewohnte Lebensstandard bedroht ist, müssen Antworten gefunden werden, wie die Produktion in der Zukunft organisiert werden soll.

Ich sage ganz offen: Technologieferne oder gar irrationaler Protest gegen Technikentwicklungen helfen da gewiß nicht weiter. Dabei füge ich hinzu, daß die reale Absenkung des Forschungs- und Technologieetats der Bundesregierung sicherlich auch ein Stück Technologieferne darstellt.

(Beifall bei der SPD)

Auf der anderen Seite sage ich: Genauso selbstverständlich ist es, Vor- und Nachteile neuer Technologien in einem offenen Diskussionsprozeß

abzuwägen. Ich betone und unterstreiche das Wort „offen“ an dieser Stelle - offen für alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten, offen für alle gesellschaftlichen Gruppen und offen auch für alle wissenschaftlichen Schulen und Auffassungen, offen aber auch - das unterstreiche ich besonders - für unsere Bereitschaft hinsichtlich der Dinge, die wir tun wollen, die Ergebnisse einer solchen Beratung auch wirklich zur Kenntnis zu nehmen, zu bewerten und daraus schließlich Handeln abzuleiten.

Für den Bereich der Gentechnologie heißt das, einen Diskussionsprozeß mit dem Ziel zu führen, einen dringend erforderlichen, tragfähigen gesellschaftlichen Konsens zu erarbeiten. Da ist es nicht damit getan - es ließe sich hier Zitat an Zitat reihen -, die Ängste, die bestehen, mit Marketing-Maßnahmen erledigen zu wollen; denn Marketing baut weder Ängste zur Erhöhung der Akzeptanz ab, noch trägt es zur Erhöhung der Transparenz von wirtschaftlicher Verwertung gentechnischer Verfahren bei.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber Ängste schüren ist auch nicht gut!)

Bis dahin ist es sowieso noch ein ganzes Stück Weg. - Herr Kubicki, weil Sie jetzt dazwischenrufen, sage ich es Ihnen persönlich und direkt: Wer nicht einmal bereit ist, für eine umfassende Kennzeichnungspflicht genmanipulierter Produkte einzutreten, wird schwerlich bereit sein - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie kennen unser Programm nicht! - Zurufe von der CDU)

Das politische Handeln der Bundesregierung und ihres Vertreters in der EU zeigt, daß eine umfassende Kennzeichnungspflicht nicht vorgenommen wird und man offensichtlich nicht bereit ist, diesen Weg zu gehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie anderer Auffassung sind, Herr Kubicki, begrüße ich das ausdrücklich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir sind sogar dafür, wir haben dafür plädiert!

- Thomas Stritzl [CDU]: Das ist sachlich falsch!

- Das ist sachlich korrekt. Dazu können Sie sich hier äußern. Das können Sie überall nachlesen.

Gewiß - das füge ich hinzu - kann das Ausblenden risikobehafteter Technologien schnell selbst zu einem Risiko werden ebenso wie prinzipien- und werteloses Hinterherlaufen hinter angeblich werteschöpfenden Vabanquespielen.

Sicherheit, Risikobegrenzung und Technikfolgenabschätzung haben dabei immer nicht nur einen technischen, sondern auch einen ethischen Aspekt. Ohne Frage füge ich hinzu: Biotechnik ist eine der Schlüsseltechnologien der Zukunft.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Ein der Natur nachempfunderer Produktionsprozeß ist nicht per se unökologisch. Biotechnische Verfahren leisten schon heute - das wissen wir alle - wichtige Beiträge zum Umweltschutz und zur Energieeinsparung.

Natürlich gilt es auch festzuhalten: Gentechnologische Verfahren im Bereich der Humanmedizin eröffnen Chancen auf neue Diagnose- und Therapiemethoden. Sie wecken auch Hoffnung auf Heilung oder Linderung von bisher unbehandelbaren Leiden. Das ist nach meiner Meinung ein Aspekt, der sicherlich gewichtet werden muß.

Aber auch hier bleibt die Forschung nicht stehen. Deswegen bleibt für uns die Aufgabe, die Rahmen neu zu bestimmen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Weber, ich möchte Sie bitten, langsam zum Schluß zu kommen.

Jürgen Weber [SPD]:

Ja, ich komme zum Schluß. - Patentierungen von Genspielereien von Forschern mit Transgenmutationen - das sind Dinge, die wir auf

der Grundlage heutigen Wissens als Risiken nicht hinnehmen können.

Wir haben - das haben Sie sicherlich gelesen - im **Koalitionsvertrag** sehr offen und ehrlich niedergelegt, daß es unterschiedliche Auffassungen der Koalitionsparteien zum Thema Biotechnologie gibt.

Wäre ich Oppositionsabgeordneter, würde ich mir den Hinweis auf einen lesenswerten Essay in der neuesten Ausgabe der „Wochenpost“ nicht verkneifen, in der Bernd Ulrich nach feiner Analyse zu dem Schluß kommt, daß bei den Grünen - ich zitiere - „die grundsätzliche Ablehnung der Gentechnologie nur noch eine papierne Fassade ist.“

Wir haben allen Anlaß, künftige Entscheidungen umfassend vorzubereiten - von den Fragen der Forschung, des Verbraucherschutzes bis zur Wirtschaftsförderung, von der Beteiligung von Initiativen auf Bundesebene bis zur Umsetzung von EG-Richtlinien.

Wir schlagen vor, eine Enquetekommission zum Thema der Entwicklung und Nutzung der Gen- und Biotechnologie einzusetzen. Wir werden einen entsprechenden Antrag ordentlich und sorgfältig vorbereiten und einbringen.

Der vorliegende Antrag der F.D.P., der nur einen Teilaspekt berücksichtigen will - und dies wohl nicht nur aus agrarwirtschaftlichem Blickwinkel -, reicht uns - freundlich formuliert - nicht aus.

Deswegen wird die Fraktion der SPD diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Storjohann das Wort.

Gero Storjohann [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schade, daß wir uns nicht auf ein schnelles Verfahren haben einigen können. Mit der Enquetekommission - so die Äußerung eben auch

von Herrn Weber - werden wir ein Verfahren haben, das durchaus etwas länger dauern kann. Ich hätte mich gefreut, wenn wir dem Antrag der F.D.P. schon heute hätten eine breite Mehrheit verschaffen können.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Gentechnisch veränderte Pflanzen können für den Umweltschutz und die Welternährung schon bald belegbare Fortschritte bringen. Es liegt meines Wissens und meiner Überzeugung nach im Interesse Schleswig-Holsteins, daß wir an dieser fortschrittlichen Entwicklung teilnehmen. Schätzungen gehen davon aus, daß die **Weltbevölkerung** von heute 5,5 Milliarden Menschen bis zum Jahre 2025 auf 8,8 Milliarden anwächst. Die für Lebensmittel-, Rohstoff- und Energiegewinnung verfügbare **land- und forstwirtschaftliche Fläche** wird sicherlich nicht mit dem Bedarf wachsen. Deshalb muß nach meiner Überzeugung die Züchtung unter Zuhilfenahme der Gentechnik intensiviert werden, um die Ertragsfähigkeit und die Ertragssicherheit der Kulturpflanzen zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Aus ökologischer und aus ökonomischer Sicht geht es darum, nicht mehr, sondern weniger Dünger und Pflanzenschutzmittel einzusetzen. Es geht darum, mit Wasser sparsam umzugehen, den Ansprüchen der Pflanzen an dem Standort zu entsprechen und die Anbautechnik optimal zu gestalten.

In den USA ist bereits das normal, was bei uns noch entschieden bekämpft wird: die Ausbringung von Saatgut gentechnisch veränderter Pflanzen. In die neuen Sorten eingebaute zusätzliche Erbanlagen schützen zum Beispiel Kartoffelpflanzen vor dem Kartoffelkäfer, den Mais vor Raupen, Baumwolle vor Insekten. Viele weitere Nutzpflanzen befinden sich in der großflächigen Erprobung. Während hierzulande Versuchsfelder von Gentechnik-Gegnern zerstört werden, beginnen nordamerikanische Landwirte, die ökologischen und ökonomischen Vorteile gentechnisch verbesserter Pflanzen zu nutzen.

(Beifall bei der CDU)

In den USA brauchen die Landwirte die Felder mit den insektenresistenten Pflanzen nicht mehr wie bisher mit chemischen Mitteln zu besprühen.

(Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bodenbelastung wird entschieden reduziert, die Produktion wird günstiger. Sind es diese Entwicklungen in den USA nicht wert, auch bei uns als Chance begriffen zu werden?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das wirtschaftliche Handeln wird durch die globalen Märkte starken Veränderungen unterworfen. Die Beschäftigten in der Ernährungsindustrie dürfen nicht das Nachsehen haben, weil Standorte in Deutschland wegen verpaßter Möglichkeiten der Gentechnik verlorengehen und die Produktion ins Ausland wandert. Angesichts des Rückstandes in der **Grundlagenforschung** und deutlicher Skepsis in der Gesellschaft - im Gegensatz zur Situation in den USA und in Japan - stellt sich bald die Frage: Sind wir nur noch Konsumenten und nicht mehr Produzenten? Wir brauchen den offenen und öffentlichen Dialog. Die Forschung und Anwendung der Gentechnik wird nur im Einklang mit den Verbrauchern erfolgreich sein. Deshalb brauchen wir unbedingt die emotionsfreie und sachliche Information, und zwar nicht in ferner Zukunft, sondern innerhalb kurzer Frist.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso informieren Sie die Verbraucher nicht!)

Das, was wir brauchen, sind Fakten, Fakten, Fakten!

Im Koalitionsvertrag dokumentiert diese Regierung ihre Verweigerungshaltung für die nächsten vier Jahre. Damit verbauen Sie Chancen für unsere Umwelt, für unsere Landwirtschaft und für Arbeitsplätze mit Perspektiven. Die Entwicklung werden Sie deshalb nicht aufhalten. Sie wird aber einen Bogen um Schleswig-Holstein machen.

Die CDU-Fraktion unterstützt den Antrag der F.D.P. und beantragt auch noch die Mitberatung im Umweltausschuß.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Werte Frau Dr. Happach-Kasan, ich weiß aus Ihren zahlreichen Presseerklärungen und aus unseren Wahlkampfbegegnungen, daß Sie die Sorge um die Wirtschaft immer umtreibt

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist auch gut so! Das fehlt Ihnen bisher!)

und daß Sie die Gentechnik für einen besonderen Propeller für den Flug in eine strahlende Zukunft halten. So wird dann auch verständlich, daß in dem Antrag zwar in der Überschrift noch von Chancen und Risiken die Rede ist. Wenn man ihn sich aber ansieht, erke nnt man, daß Ihre Aufmerksamkeit insbesondere Fragen der Chancen der Nutzung gilt, die stehen im Vordergrund. Ich gebe Ihnen insofern recht, als es auch nicht viel Zweck hätte, sich über Risiken zu unterhalten; denn der Charakter der möglichen Risiken besteht ja insbesondere darin, daß niemand die ganze Bandbreite und alle Möglichkeiten der Gefahren übersehen und schon gar nicht in ihren zeitlichen Abläufen einschätzen kann. Die Gefahren entziehen sich also einer Kalkulierbarkeit.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ganze Leben ist gefährlich!)

- Ja, das ganze Leben ist gefährlich. Ich finde, wenn Sie das auf der Ebene der Zahnarztangst diskutieren, dann brauchen wir uns darüber schon nicht mehr zu unterhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Gefahren, sagte ich, entziehen sich einer Kalkulierbarkeit. Es gibt noch eine weitere Charakterisierung dieser Gefahren, die sie mich auf eine Stufe mit der Atomtechnologie stellen lassen:

Diese Gefahren sind ja, wenn sie einmal eintreten, nicht mehr rückholbar. Im Gegenteil handelt es sich hier um **belebte Organismen**, die in der Lage sind, sich zu vermehren und sich auszubreiten. Niemand weiß also, wann so etwas eintritt, niemand weiß, wie stark, niemand weiß, welche Effekte auftreten können. Nicht nur die transgenen Produkte der Genmanipulatoren, sondern auch ihre belebten Werkzeuge bedürfen der Aufmerksamkeit.

(Zurufe von der CDU)

Will man die Auswirkungen abschätzen, bedarf es vielleicht der Fantasie eines begabten Science-Fiction-Autors, wenn ich daran denke, was Viren, Restriktionsenzyme, Plasmide, ja selbst unbelebte Organismen wie Spezialdetergenzien anzurichten imstande sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber vernachlässigen wir einmal die Risiken. Mir scheint, Sie haben ohnehin kein starkes Interesse daran, sich hierüber Gedanken zu machen. Wenden wir uns also einmal der Wirtschaft zu; hier ist ja explizit die Landwirtschaft gemeint. Aktuell spielen hier im Lande die Bemühungen mit Raps eine Rolle, der, gentechnisch manipuliert, gegen ein Totalherbizid widerstandsfähig werden soll. Während wir in der Argumentation für den siebten Himmel, den uns die Gentechnologie erschließen soll, die Reduzierung von Pestiziden in der Landwirtschaft versprochen bekommen, wird hier tatsächlich der Versuch gestartet, durch den Einsatz von Agrargiften auf dem Acker für die Nutzpflanze Tabula rasa zu schaffen. Der Name dieses Totalherbizides spricht Bände. Es heißt nämlich „Basta“ - aus und vorbei. Man will sich übrigens um eine Umbenennung bemühen - vielleicht im Sinne von Entsorgungspark-Lyrik und dergleichen - , habe ich jetzt gehört.

Gerade die Möglichkeit der unbeabsichtigten Freisetzung oder Übertragung transgener Eigenschaften wurde ja von den Gegnern immer als eine Gefahrenquelle aufgeführt und von den Befürwortern ebenso konsequent geleugnet. Nun ist aber gerade das, was als unmöglich gilt, passiert: Es ist Basta-resistenter Hederich entstanden, und das im Freilandversuch, also nicht etwa nach jahrelanger Praxis auf Hunderttausenden von

Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, sondern in einem kontrollierten, kleinen Freilandversuch.

Das konnte nun die Herren von der AgrEvo überhaupt nicht erschüttern. Nachdem sie diese Möglichkeit immer wieder geleugnet haben, heißt es plötzlich: Ja, diese Gefahr habe man theoretisch immer erwogen, nur für unwahrscheinlich gehalten. Nun sei der Fall eben viel schneller eingetreten, sagen die Herren der Schöpfung.

Es gibt noch ein zweites Problem. Man will ja nicht nur Basta-resistenten Raps erzeugen, sondern man will auch Basta-resistente Rüben erzeugen. Was passiert, wenn jetzt der Raps als Vorfrucht vor den Rüben als Wildaussaat vom Drusch ebenfalls mit den Rüben wächst?

Da nützt es nichts, sie mit dem anderen Unkraut wegzuspritzen, da sie Basta-resistent sind. Was macht man mit Basta-resistentem Raps, was macht man mit Basta-resistentem Hederich?

Die Herren von der AgrEvo empfehlen, das mit der Hand auszuzupfen, also manuell Unkraut zu bekämpfen, beziehungsweise dem in der Fruchtfolge Rechnung zu tragen. Dazu kann ich nur empfehlen, die Landwirte sollen doch gleich zum Ökoring nach Bordesholm gehen, anstatt sich von der AgrEvo beraten zu lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Davon ist man dann nicht mehr weit entfernt.

Wir hätten auch etwas mehr Vertrauen zu Ihren Wirtschaftszukunftsszenarien, Frau Dr. Happach-Kasan, hätten wir nicht Ihren Kommissar Bangemann zum Thema „Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln“ erlebt. Ihn treibt die Sorge um, daß wir die Konsumenten eventuell mit zu vielen Informationen überfordern könnten beziehungsweise daß wir sie verunsichern. Deshalb entscheidet er sich lieber dafür, gar nicht zu kennzeichnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie dann zum Schluß.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. - Ein letztes Wort noch zur **Wirtschaftlichkeit**, weil es darum in erster Linie geht. Bei der ganzen Sache handelt es sich im Grunde um **virtuelle Arbeitsplätze**. Wir haben in Deutschland bis zum Oktober 1977 Anlagen gehabt, davon nur 36 gewerbliche. Wir haben keine Ansiedlung von ausländischen Unternehmen, trotz Lockerung des Gentechnikgesetzes,

(Zurufe von der F.D.P.: Warum wohl?)

und wir haben Arbeitsplätze in diesem Sektor nur aufgrund öffentlicher Mittel. Die Verdoppelung der Zahl der Arbeitsplätze von derzeit 35 000 bis 40 000 korreliert haargenau mit der Verdoppelung der Flaschen des Tropfes, an dem die Gentechnologie hängt. Das sind derzeit 450 Millionen DM.

Lange Rede, kurzer Sinn: Der Antrag ist wegen wirtschaftlicher Trautänzerei und vor allem wegen der Unmöglichkeit, das Risiko von der Sache her seriös zu beurteilen, abzulehnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gerckens das Wort.

Peter Gerckens [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die F.D.P. regt die Bildung eines Expertengremiums an. Das scheint uns vom SSW nicht ausreichend zu sein, das möchte ich deutlich unterstreichen.

Wir sind der Auffassung, daß eine Enquetekommission der richtige Weg ist. Denn wir als Politiker wollen das Heft in der Hand behalten, wir wollen mitentscheiden. Es ist uns natürlich klar, daß wir heute nicht die Vorhänge zuziehen und dann davon ausgehen können, daß weitere Entwicklungen in diesem Bereich nicht stattfinden werden. Wir wissen sehr wohl, daß die Entwicklung auch bei uns stattfindet. Wir wollen dabei

mitentscheiden. Dafür scheint uns die Enquetekommission der richtige Weg zu sein. Eine bloße Anhörung unter Experten scheint uns zu wenig zu sein.

Ich möchte auf die Äußerungen des Herrn Weber zurückkommen. Nicht um die Kollegen der F.D.P. zu unterstützen, möchte ich einiges sagen. Es ist auch vom SSW bedauert worden, daß wir uns in Europa nicht auf eine **Kennzeichnungspflicht** einigen konnten.

Aber - das muß doch wohl gewürdigt werden - die Bundesrepublik hat sich eingebracht mit dem Versuch, dies durchzusetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Gemeinsam mit Dänemark hat man diesen Weg doch versucht. Das kann man doch nicht von der Hand weisen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gegen Herrn Bangemann kamen Sie alle nicht an!)

- Es ist ein schwieriges Geschäft, Kollege Weber, in Europa überzeugend zu sein und die Mehrheiten zu finden. Aber so ist es nun einmal in der Demokratie; und auch in Europa herrschte Demokratie. Da muß man überzeugend argumentieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir fordern auch weiterhin die Kennzeichnungspflicht. Das ist wichtig für uns. Entscheidend für uns vom SSW ist, daß der Bürger selbst darüber entscheiden kann, was er konsumiert. Darauf sollten wir unser Augenmerk richten.

Noch einmal zurück zur aktuellen Situation. Wir wissen, draußen haben wir die Entwicklung. Wir wissen auch, daß unsere Wirtschaft vor Ort davon betroffen sein wird und auch beteiligt sein wird. Daran führt doch kein Weg vorbei. Nur, wir als Politiker wollen natürlich auch hierbei mitentscheiden. Daß das, was machbar ist, nicht unbedingt immer wünschenswert ist, wissen wir alle. Aber die Wirtschaft, die wir unterstützen wollen, von der leben wir doch, meine Damen und Herren. Das ist doch unsere Existenzgrundlage.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der CDU: Sehr richtig! Bravo!)

Die Wirtschaft darf man in dieser Frage auch nicht allein lassen. Das ist mein Petitem.

Davon sind auch wir betroffen, an der Westküste, im ganzen Land. Die Versuche in Nordfriesland, eine Einrichtung, die daran arbeitet - das sind Arbeitsplätze. In Dänemark gibt es schon die Flächenbesetzung mit genmanipulierten Rüben, wenn Sie so wollen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber doch nicht auf Kosten der Zukunft!)

- Nicht auf Kosten der Zukunft, das ist richtig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Daran halten wir fest. Das muß so sein, daß wir mitentscheiden, und darum sind wir für die Einrichtung einer Enquetekommission.

Ich glaube schon, daß ganz deutlich unterstrichen werden muß, daß man in dieser Frage nicht nur einen Weg gehen kann. Vielmehr gibt es mehrere Wege, und es ist an uns zu entscheiden, wo wir den richtigen Weg sehen, wie wir ihn finden und wie wir ihn einschlagen, insbesondere mit dem Augenmerk auf einer Beherrschung der Entwicklung. Das ist wichtig.

Somit komme ich zum Schluß. Wir können Ihrem Antrag, so wie er vorliegt, nicht zustimmen. Wir können aber eine Beratung im Fachausschuß empfehlen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW], bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist offensichtlich, daß die F.D.P.-

Fraktion ein bißchen zu schnell gewesen ist, so schnell, daß die SPD und die Grünen es nicht geschafft haben, einen Änderungsantrag zu formulieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -
Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Viel zu oberflächlich!)

Was wir können, schaffen die Herrschaften auf der linken Seite des Hauses in der Kürze der Zeit offensichtlich nicht. Ich glaube doch, Frau Erdsiek-Rave, daß dies dem Thema angemessen ist. Wir wissen alle, daß das Thema „Chancen und Risiken der Gentechnik“ in diesem Land ein Thema ist, zumindest seit beantragt worden ist, daß es hier Freisetzungsversuche geben soll.

Es hat Äußerungen von Kollegen aus dem Landtag dazu gegeben, und eine Vielzahl dieser Äußerungen ist eben nicht sachgerecht gewesen. Von daher halte ich es für meine Aufgabe, zur Versachlichung dieser Diskussion beizutragen. Ich meine, wir sollten Expertenwissen von außen heranziehen, um diese Fragen sachgerecht zu diskutieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Weber, das Für und Wider ist Schnee von gestern. Nicht Schnee von gestern ist jedoch die Erörterung der **Chancen und Risiken der Gentechnik**. Das ist das, was wir hier nach wie vor zu leisten haben.

Ich bedanke mich, wenn Sie sagen, daß Sie einen offenen Diskussionsprozeß wollen. Richtig, genau den brauchen wir, ein offenes Abwägen der Chancen. Ich kann allerdings nach den Äußerungen von Herrn Matthiessen und nach dem, was im Koalitionsvertrag steht, nicht erkennen, daß die Bereitschaft zu einem offenen Diskussionsprozeß in den Reihen der linken Seite des Hauses tatsächlich besteht.

Ich bestätige noch einmal ausdrücklich, daß wir gesagt haben, wir wollen eine **Kennzeichnungspflicht**. Das ist von uns auf allen Ebenen immer gesagt worden. Es ist von uns aber auch gesagt worden - und wir sind dankbar, daß die Umweltministerin dies in ihren Umweltbericht aufgegriffen hat -

(Glocke der Präsidentin)

daß eine Kennzeichnungspflicht der Information dient und nicht der Brandmarkung, daß sie handhabbar sein muß und daß wir nicht zu jeder Zuckertüte von vier mal vier Zentimetern einen Beipackzettel von vier DIN A4-Seiten bekommen wollen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage zunächst des Herrn Abgeordneten Voigt?

Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Empfinden Sie es als sachgerecht, sozusagen in vorausgehendem Gehorsam einen Dreizeiler abzuliefern? Wenn das sachgerecht ist, warum haben Sie dann nicht selber eine Enquetekommission beantragt?

Dr. Happach-Kasan [F.D.P.]:

Mir ist es darauf angekommen, daß wir in der Phase der Diskussion über die **Freisetzungsversuche** Einschätzungen von Experten dazu hören. Es ist deswegen relativ knapp formuliert, weil ich meine, daß sich die Experten dazu äußern sollen, daß nicht ich mich dazu äußern soll, welche Chancen ich sehe. Die Experten sollen dieses tun. Die **Experten** sollen genauso über die Risiken sprechen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

fDaher wird der Antrag auf Anhörung knapp gehalten, weil man den Aussagen von Experten nicht vorgreifen will.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Weber?

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Ja.

Jürgen Weber [SPD]: Frau Dr. Happach-Kasan, ist Ihnen bekannt, daß die Bundesregierung zwar offiziell für eine Kennzeichnungspflicht eintritt,

gleichzeitig aber ihr Vertreter in der Kennzeichnungskommission der EG, Professor Buhk, ständig gegen jede einzelne Kennzeichnungspflicht stimmt?

- Das ist mir nicht bekannt. Ich werde dem nachgehen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte Herrn Matthiessen darauf aufmerksam machen, daß es nicht so ist, daß wir über die **Einschätzung der Risiken** nichts wüßten. Wir haben zehn Jahre **Erfahrung mit Freisetzungsversuchen**. Es gibt mehr Vorkommnisse, als daß über Pollen auf Hederich Basta-Resistenz übertragen worden ist. Da gibt es durchaus anderes, über das man diskutieren kann. Man kann aber auch darüber diskutieren, wie man den Risiken gerecht wird.

Ist Ihnen vielleicht nicht bekannt, daß auch im Verbundprojekt Sicherheitsforschung Gentechnik Ergebnisse vorgelegt worden sind, die mit einzubringen sind? Dazu kann man eine Menge sagen. In einem offenen Diskussionsprozeß im Lande bestünde die Chance, hier zu einer realistischen Einschätzung zu kommen.

Herr Matthiessen, ich vermisse von Ihnen, daß Sie Ihre Äußerung, Sie begrüßten einen rechtswidrigen Vorgang, wie in Baden-Württemberg geschehen, zurücknehmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Nabel.

(Meinhard Füllner [CDU]: Jetzt kommt ein nabelöser Vortrag!)

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, um Frau Happach-Kasans Anwürfe gegen die Widerstandsgruppen

gegen Freisetzungsversuche mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Happach-Kasan, die Menschen, die sich in Großhansdorf einer **Bürgerinitiative gegen die Freisetzung von gentechnisch manipulierten Organismen** zusammengeschlossen haben, haben sich informiert. Das sind Bürgerinnen und Bürger, die ihr Recht auf Information in Anspruch genommen haben. Sie haben sich wissenschaftlichen Beistand geholt und als Folge der Diskussion mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entschieden, Widerstand zu leisten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben abgewogen, welchen Nutzen kleinwüchsige Pappeln mit unnatürlich gefärbten Blättern angesichts des Risikos einer - wie immer endgültigen - Freisetzung manipulierter Gene hat, und haben sich entschieden, Widerstand zu leisten.

Genauso war es Anfang der neunziger Jahre in Ahrensburg, als es darum ging, Kartoffeln, die angeblich gegen die sogenannte Schwarzfüßigkeit resistent waren, freizusetzen. Dieser Versuch ist damals gescheitert. Ich hoffe, daß auch der Freisetzungsversuch in Großhansdorf scheitern wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Nabel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Konrad Nabel [SPD]:

Nein, nicht in einem Kurzbeitrag! Frau Happach-Kasan, Sie können sich ja selbst noch einmal zu Wort melden.

Frau Happach-Kasan wollte uns durch Ihren Beitrag glauben machen, Politik sei per se

unwissenschaftlich und Wissenschaft per se unpolitisch.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was Sie da machen, auf jeden Fall!)

Das Verhältnis, das Sie zu dem ehemaligen Umweltminister, der ja Professor war, hatten, spricht für sich; ich brauche dazu nichts zu sagen. Es ist in der Realität gottlob nicht so. Verantwortungsbewußte Politikerinnen und Politiker holen sich natürlich den Sachverstand von ebenso verantwortungsbewußten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Um diesen Prozeß zu befördern, setzen wir uns dafür ein, eine Enquetekommission arbeiten zu lassen.

Ein letztes Wort zu dem Basta-Raps oder zu dem Mais oder den Rüben! Es geht nicht um die **Einsparung von Herbiziden**. Es geht darum, Herbizide gezielt einsetzen zu können, damit die anderen Pflanzen sterben und nicht die resistent gemachten. Ich - das sage ich Ihnen ganz ehrlich - vergleiche das mit der Neutronenbombe. Der Beton sind hier die Basta-resistenten Pflanzen. Was die Menschen bei der Neutronenbombe sind, das sind hier die Pflanzen und Tiere, die da sind. Alles wird wegsterben bis auf das, was der Industrie gefällt, was möglicherweise sogar patentiert ist und zu einer Verarmung der Arten und unseres Lebens führt.

Es geht nicht an, das Thema in einer kurzen Anhörung, die sich nur auf die Landwirtschaft beruft, abzuhandeln. Wir müssen hier breiten, wirklichen und wissenschaftlichen Sachverstand heranziehen. Deswegen werden wir als SPD-Fraktion gemeinsam mit den Grünen einen Antrag auf Einsetzung einer Enquetekommission im Landtag einbringen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Üben Sie mal das Lachen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan. Sie haben noch zwei Minuten Redezeit.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Nabel, ich weiß nicht genau, was Sie mit „Verhältnis“ bei Professor Heydemann meinen. Wenn ich seine Reden nachlese, stelle ich fest, daß er immer beklagt, daß die Leute bei seinen guten Reden nicht klatschen. Insofern sollten Sie sich einmal überlegen, worauf Sie sich da beziehen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, Sie wissen ganz genau,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das weiß er nicht!)

daß bei der Informationsveranstaltung des Forstgenetischen Instituts in Großhansdorf vier Leute da waren. Das war das Informationsbedürfnis der Bürger vor Ort. Es sind andere Veranstaltungen mit anders ausgewählten Wissenschaftlern durchgeführt worden. Sie verfügen offensichtlich nicht über den richtigen Kenntnisstand. Denn Sie wissen genau, daß es nicht um die Züchtung von kleineren Pappeln geht, Sie wissen auch, daß es nicht um die Züchtung von Pappeln mit hellen Blättern geht, sondern daß es darum geht, zu lernen, worauf man bei einer **Kennzeichnungspflicht für Forstpflanzen** zu achten hat. Solche **Maßstäbe** sollen dort erarbeitet werden. Es stimmt doch, was Herr Weber hier gesagt hat - hören Sie einmal genau zu! -: Das Ausblenden risikobehafteter Verfahren kann ebenfalls ein Risiko bedeuten. Genau das ist der Punkt. Wenn wir uns einer Technologie, die weltweit eingeführt ist, verweigern und so tun, als könnten wir hier die Insel der Glückseligen sein, wenn wir uns davon ausschließen, dann bestimmen andere, wie die Kennzeichnung vorgenommen wird, wie die Verfahren sind und welche Normen zu setzen sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn wir mitbestimmen wollen, müssen wir mit handeln. Diesem Anliegen dient der Versuch, den das Forstgenetische Institut in Großhansdorf durchführen will. Sie hätten sich an vorderster Front

dafür einsetzen müssen, daß es so kommt. Sie hätten das sofort befürworten müssen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay?

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Ja.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Happach-Kasan, ist Ihnen bekannt, daß in Großhansdorf diejenigen, die die Freisetzung betreiben, das Forschungsinstitut, betonen, daß sie die Blütenstände entfernen, ehe die Blüten zur vollen Entfaltung kommen? Doch wohl nicht deswegen, weil sie sich ganz sicher sind, daß das ein vollkommen harmloser Versuch ist!

- Frau Winking-Nikolay, Sie wissen genau, daß man bei einem solchen Versuch die Verbreitung von Fremdgenen unterbinden muß. Sie wissen auch, daß junge Pappeln zunächst einmal mit den Keimblättern aus dem Boden kommen und noch keine Blüten haben. Es dauert ein bißchen, bis sie Blüten haben. Das ist Ihnen bekannt.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht meine Frage!)

Bei Bäumen dauert das ein bißchen länger.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht meine Frage!)

- Ich darf vielleicht zu Ende reden, wenn ich Ihnen schon die Möglichkeit einräume, eine Zwischenfrage zu stellen. - Sie wissen, daß das ein bißchen Zeit dauert.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie hat eine Frage gestellt!)

Um die Verbreitung von Pappelpollen zu verhindern, müssen Pollenblüten, wenn sie tatsächlich auftreten sollten, entfernt werden.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum?)

- Das ist eine Sicherheitsmaßnahme. Es sind selbstverständlich Sicherheitsmaßnahmen erforderlich.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau das wollte ich hören!)

Wissen Sie nicht, daß wir eine Straßenverkehrsordnung haben, weil Sicherheitsmaßnahmen notwendig sind?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir können nicht alle **Technologien** ausblenden, nur weil sie **Sicherheitsmaßnahmen** erforderlich machen. Das ist überall so. Genauso wissen Sie, daß Sie beim Öko-Landbau darauf achten müssen, den Nitratreintrag ins Grundwasser zu vermeiden. Selbst beim Öko-Landbau müssen Sie Sicherheitsmaßnahmen treffen

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Holger Astrup [SPD]: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich, Frau Kollegin!)

und den Eintritt von Nitrat in den Boden durch geeignete Maßnahmen verhindern. Sicherheitsmaßnahmen sind immer erforderlich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Ich habe das Gefühl, daß wir es hier mit einer grandiosen Verharmlosung zu tun haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Noch so einer!)

Es geht nicht darum, daß vielleicht einige Nachbarn durch die Gentechnologie und durch Freisetzen belästigt werden. Bei der Gentechnologie geht es um ganz andere Probleme. Bereits durch die chemische Industrie haben wir heute zigtausend Stoffe in der Luft, die in der Natur nie vorkamen, deren Auswirkungen bis heute zum größten Teil nicht bekannt sind und die heute unzählige allergische Reaktionen und Krankheiten hervorrufen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Heuschnupfen!)

Heute fangen wir an, PVC, Asbest und ähnliches zu verbieten, Jahre, nachdem diese Stoffe eingeführt worden sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Heuschnupfen, Herr Hentschel!)

- Das Problem, das wir durch die chemische Industrie haben, haben wir durch die Gentechnologie hoch drei, und zwar deswegen, weil bei den Stoffen, die dort freigesetzt werden, anschließend nicht die Produktion eingestellt und wieder zurückgenommen werden kann, lieber Herr Kubicki. Vielmehr ist das, was an Viren, Bakterien und Pflanzen freigesetzt worden ist, in der Lage, sich fortzupflanzen, es kann nicht mehr eingefangen werden und ist für sämtliche Generationen, die nach uns kommen, in der Umwelt. Wir belasten nicht nur uns heute oder ein paar Nachbarn, wie Frau Happach-Kasan sagte, sondern wir schaffen hier möglicherweise Kampfstoffe, die unzählige Generationen belasten werden.

(Unruhe)

Bevor wir solche künstlichen Lebewesen schaffen, deren Wirkungsweise von uns heute niemand beurteilen kann, ist allergrößte Vorsicht angesagt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer das Problem nicht ernst nimmt und davon redet, daß man auch Angst vor dem Zahnarzt habe, der hat schlicht nicht begriffen, worum es geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Lachen bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihr eigener Tierarzt hat das gesagt, nicht wir!)

Die Art und Weise, in der dieser Antrag formuliert worden ist, entspricht ja auch dem Inhalt der anderen Anträge, die hier schon gestellt worden sind. Man hat schnell fünf Punkte aus dem Koalitionsvertrag herausgenommen und hat eine Zeile davon in den Antrag hineingeschrieben.

(Widerspruch bei der F.D.P.)

Ich finde, das sollte nicht der Stil sein, in dem in diesem Haus Politik gemacht wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Minister Steenblock das Wort.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, diese Debatte macht auf allen Seiten deutlich - das ist jedenfalls meine Auffassung von dieser Debatte -, daß sich Gentechnik wie kaum ein Thema sonst so wenig für eine parteipolitisch billige Debatte eignet, die nur um der Effekthascherei willen geführt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das darf auch nicht der Fall sein. - Herr Kubicki, ich sage das nicht an eine Seite des Hauses gerichtet, sondern insgesamt.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich glaube, dieses Thema ist viel zu ernst, als daß wir damit polemisch umgehen dürften. Wir alle haben uns verpflichtet, Schaden von diesem Land

abzuwenden, das heißt, auch mit dieser Debatte sehr verantwortungsvoll umzugehen.

Ich rede immer gern zu den Anträgen, um die es geht, und nicht zu allem, was sonst noch in der Debatte ist. Wenn Sie sich einmal diese Debatte angucken, einmal sehen, wie sie sich entwickelt hat, und wenn Sie sich einmal den Kern der Antragslage ansehen, dann merken Sie, daß überhaupt für niemanden erkennbar ist, warum diese Schärfe in diese Debatte gebracht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben zu diesem Thema eine **Anhörung im Agrarausschuß** beantragt. Die Regierungsfraktionen und die Landesregierung schlagen Ihnen eine Enquetekommission zur **Gentechnik** vor. Wenn Sie an dieser Stelle glauben, die Regierungsfraktionen oder auch die Landesregierung vorführen zu müssen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wollen wir gar nicht! - Zurufe von der CDU)

indem Sie hier eine billige Debatte des Inhalts anzetteln, daß wir unserer Verantwortung gegenüber den Arbeitsplätzen im Land nicht gerecht würden - -

(Zurufe von der CDU: Unerhört ist das! Welche Scheinheiligkeit! - Zurufe von der F.D.P. - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, entschuldigen Sie bitte. Ich bitte doch um etwas mehr Ruhe. Der Herr Minister hat jetzt das Wort. Wer von Ihnen das Wort ergreifen will, kann es nachher in einem Kurzbeitrag tun. - Bitte, Herr Minister, Sie haben weiter das Wort.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Wenn Sie hier eine Debatte des Inhalts anzetteln, daß alle diejenigen, die eine sehr kritische bis ablehnende Haltung der **Gentechnik** gegenüber einnehmen, im Grunde genommen Schuld auf ihre Schultern laden, weil sie für die **Arbeitsplätze** im Land nicht das Ausreichende und Notwendige täten, dann ist das eine Polemik, die in die Debatte

getragen wird, die diesem Thema nicht angemessen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es gibt in diesem Haus keine Fraktion, die nicht mit bestem Willen, aus bestem Wissen und Gewissen und mit ihren ganzen Kräften versucht, unter den schwierigen Rahmenbedingungen, unter denen wir hier Landespolitik machen müssen, Arbeitsplätze für die Menschen in diesem Land zu schaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jede Fraktion macht sich in diesem Haus Gedanken darüber, und es geht nicht darum, das abzuqualifizieren. Wir haben dabei sehr unterschiedliche Verfahren, unterschiedliche Ziele, unterschiedliche Perspektiven, Arbeitsplätze zu schaffen. Darüber sollten wir uns streiten. Aber uns an diesen Stellen solche Vorwürfe zu machen, das sollten wir uns ersparen.

Es ist doch klar, daß in der Gentechnik und mit der Gentechnik **Eingriffsmöglichkeiten des Menschen in Naturzusammenhänge** um Dimensionen erweitert werden. Das ist Ihnen genauso wie uns klar. Es besteht die Möglichkeit, daß dabei biologische und vor allen Dingen auch ethische Grenzen überschritten werden. Das ist das ganz große Problem. Deshalb bedarf es eines intensiven gesellschaftlichen Dialogs, in den natürlich der jeweilige Stand von Wissenschaft und Technik einfließen muß.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Hennig?

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Nein, das war eine Wortmeldung!)

- Entschuldigung, ich dachte, Sie wollten eine Zwischenfrage stellen. - Bitte, Herr Minister, Sie haben wieder das Wort.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Bezüglich der gentechnisch manipulierten Pflanzen und Tiere, bezüglich der möglichen Folgen für Mensch und Natur gibt es überhaupt keine Abschätzung der Gefahrenpotentiale. Das geben alle - auch die Befürworter von Gentechnik - zu. Wir befinden uns hier in einer „Verantwortbarkeitslücke“, und um diese Lücke geht es im Grunde genommen. Was können wir auch den künftigen Generationen tatsächlich an Risiken zumuten - unter den Bedingungen der heutigen Erkenntnisse? Die Landesregierung regt deshalb die Einsetzung einer Enquetekommission an, weil nur solch eine Kommission die Qualität und auch die Arbeitskapazität hat, um diese wichtigen Fragen zu klären.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Eine Anhörung im Agrarausschuß würde der Bedeutung dieses Themas einfach nicht gerecht. Da sind Sie zu kurz gesprungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Widerspruch bei der CDU)

Für die Landesregierung steht fest, daß es aus ethischen Gründen bei einem Verbot gentechnischer Eingriffe in die Keimbahn des Menschen bleiben muß, und wir lehnen eine Freisetzung genmanipulierter Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen ab.

Eine meiner ersten Amtshandlungen in meinem neuen Ministeramt war es, den Widerspruch gegen das Freisetzungersuchen zu formulieren, das jetzt für den Mais gestellt worden ist. Wir werden uns damit nicht durchsetzen können. Kollege Matthiessen hat es schon angesprochen. Der Name „Basta“ soll geändert werden. Er wußte das zwar nicht - Regierungsmitglieder sind ja auch bei den Grünen mit ihren Informationen manchmal etwas weiter -, aber ich habe heute morgen erfahren, wie dieses neue Produkt heißen soll. Dieses neue Produkt soll „Liberty“ heißen.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! Unerhört!)

Das grenzt an Geschmacklosigkeit und zeigt, welches unkritische Bewußtsein bei den Vertretern der Gentechnik dahintersteht, solch ein Produkt dann noch „Liberty“ zu nennen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Sie schüren doch nur Emotionen! Berichten Sie doch einmal die Fakten!)

- Das sind Fakten. Ich berichte Ihnen die Fakten, sage Ihnen, wie dieses Produkt heißen soll. Ich bewerte das so, daß an dieser Stelle sehr viel Unsensibilität da ist.

Wir werden uns als Landesregierung deshalb dafür einsetzen - das hat auch etwas mit Demokratie und mit demokratietheoretischen Überlegungen zu tun -, daß nicht wie bisher die Bundesweisung gilt, sondern daß wir selber entscheiden können, ob wir den Bewohnern unseres Landes solche Experimente zumuten können oder nicht. Bisher haben wir leider keine Möglichkeit. Wir hätten aber im Interesse der Menschen dieses Landes und auch unserer Verantwortung gern diese Kompetenz.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Noch nicht einmal Kaiser Wilhelm würde bei euch Entwicklungshilfeminister werden wollen!)

- Ich möchte auch nicht Kaiser Wilhelm als Entwicklungshilfeminister - weder in diesem Land, noch in dieser Landesregierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD sowie des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Aber wenn das bei Ihnen schon als fortschrittlich gelten würde, dann weiß ich auch, auf was ich mich in Zukunft einzustellen habe.

Die Landesregierung lehnt weiterhin - um das noch einmal deutlich zu machen - die Patentierung von gentechnisch veränderten Pflanzen, Mikroorganismen sowie von Teilen einzelner Gene ab. Das gilt insbesondere für den Vorschlag einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den **rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen**. Diese Patentierung von Lebewesen und der Zynismus, der

darinsteckt, war heute auch Thema der Bundesratssitzung und ist gegen die Stimmen von Schleswig-Holstein leider so beschieden worden. Das ist von den unionsregierten Ländern auch mit großer Mehrheit so angenommen worden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: War Schleswig-Holstein auch dagegen?)

- Schleswig-Holstein hat dagegen gestimmt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Waren nicht auch die rot-grünen Landesregierungen auf der Seite derer, die dafür gestimmt haben?)

- Die rot-grünen Landesregierungen haben alle dagegen gestimmt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und dann hat es eine Mehrheit gegeben?)

- Es hat trotzdem eine Mehrheit gegeben, ja.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann hat die SPD wieder einmal mit unterschiedlicher Stimme gesprochen? - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Bitte, meine Damen und Herren, Herr Minister Steenblock hat das Wort.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Schleswig-Holstein hat in der heutigen Sitzung des Bundesrates so gestimmt. Ich glaube, daß es auch nur darum in diesem Hause geht. Wir übernehmen dafür die Verantwortung.

Wir sind sehr froh, daß Schleswig-Holstein so entschieden hat, weil wir das für sehr verantwortungsvoll halten. Es kann nicht angehen, daß einige wenige Wissenschaftler oder einige wenige Unternehmen ganze Tier- und Pflanzenarten aufs Spiel setzen, obwohl nur eine Eigenschaft des betreffenden Organismus verändert wird. Wir halten das für verantwortungslos. Wir halten das Schauen auf kurzfristige Effekte - seien es auch nur kurzfristige Technologie- oder Arbeitsplatzeffekte - in diesem Zusammenhang für unverantwortlich.

Die Landesregierung wird sich auch weiterhin - was Sie gerade angesprochen haben - im Bundesrat massiv dafür einsetzen, daß es zu einer **Kennzeichnungspflicht** für alle mit gentechnischen Verfahren und Bestandteilen hergestellten Lebensmittel kommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können wir unterstreichen!)

Für die Klärung der ökologischen, ökonomisch wichtigen und der ethischen Fragen wird die Landesregierung - auch da hoffe ich auf Ihre Zustimmung und Ihre rege Mitarbeit - eine fachübergreifende **Ethikkommission** einsetzen. Diese Ethikkommission wird nicht nur mit Wissenschaftlern - das ist etwas anderes als die Enquetekommission -, sondern zur Hälfte auch mit medizinischen und naturwissenschaftlichen Laien besetzt werden,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Grüne?)

weil wir es für sehr wichtig halten, den Dialog in die breite Bevölkerung hineinzutragen.

Nach Auffassung der Landesregierung sind daher die mit der Gentechnik verbundenen Probleme und Fragestellungen mit einer Anhörung im Agrarausschuß nicht ausreichend zu klären. Wir werden unserer Verantwortung dadurch gerecht, daß wir die Problematik umfassender in einer Enquetekommission beraten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich zunächst Herrn Abgeordneten Dr. Hennig das Wort.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erster Punkt! Jeder von uns weiß, daß dies ein ernstes Thema ist, ein Thema, bei dem nicht alles, was faktisch möglich ist, moralisch erlaubt ist.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Grundübereinstimmung auf allen Seiten dieses Hohen Hauses, und es ist sowohl im Bundestag wie auch in den anderen Landtagen insgesamt unstrittig. Insofern wird hier ein Teil der Debatte an der Entwicklung vorbei geführt, die in Deutschland längst Platz gegriffen hat.

Zweiter Punkt! Herr Minister Steenblock, Sie kommen aus dem Deutschen Bundestag und werden wissen, welche umfangreiche Vorgeschichte gerade dieses Thema mit all den Enquetekommissionen und all den Debatten dort hatte. Man kann natürlich alles doppelt und dreifach machen und dazu beitragen, daß eine Entwicklung um Jahre zurückgeworfen und verzögert wird. Aber das sollte man nicht tun.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Dritter Punkt! Diese Debatte hat eine bestimmte Entwicklung genommen. Ich glaube, wir waren alle Zeugen, wie sich das entwickelt hat. Was ich nicht in Ordnung finde, ist, daß sich ein Landesminister hier hinstellt und in dieser Debatte wertet, was die Parlamentarier gesagt haben. Das steht Ihnen als einem, der aus einem Parlament ausgeschieden ist, nicht zu.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es war mit Händen zu greifen, daß durch den Beitrag des Herrn Kollegen Nabel eine wesentliche Verschärfung in die Debatte hineingekommen ist.

(Ursula Röper [CDU]: So ist es! - Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Frau Happach-Kasan ist eine als Biologin ausgewiesene Fachfrau, deren Argumente Sie ernst nehmen sollten.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: Das nehme ich gern auf!)

Vielleicht hat Mark Twain doch nicht ganz unrecht gehabt, als er einmal gesagt hat: Hüten Sie sich vor Leuten, die nicht lachen können!

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe und Heiterkeit von der SPD)

- Na endlich, ich wollte Ihnen schon empfehlen, das übers Pfingstwochenende zu üben, aber das ist nun nicht mehr nötig.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Zahnarztwitz war ja auch gut, Herr Hennig!)

- Ja, wunderbar.

(Heiterkeit)

Übrigens finde ich es vom Stil des Hohen Hauses her nicht ganz richtig, daß ein Minister uns den Rat gibt, eine Überweisung an den Agrarausschuß als nicht sachgerecht abzulehnen. Darüber entscheidet dieses Hohe Haus ganz allein und ohne Hilfe der Landesregierung.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Im übrigen empfehle ich, doch ein Stück Übereinstimmung im eigenen Lager über folgendes herzustellen: Herr Minister Rüttgers sagt, wir hätten bereits 100 000 Arbeitsplätze auf diesem Felde haben können, wenn es die Blockaden nicht gäbe.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der sagt viel falsche Sätze!)

- Aber auch sehr vieles Richtige, was Sie nachlesen können, Frau Kollegin Fröhlich.

(Konrad Nabel [SPD]: Der Kohl hat auch von blühenden Landschaften gesprochen!)

Demgegenüber wird diese Landesregierung jedenfalls bisher nicht müde zu sagen, daß sie sich an dem Bioregioprogramm der Bundesregierung

nach Kräften beteilige. Was denn, bitte sehr, stimmt jetzt? Ihre Haltung oder das, was uns bisher immer versichert worden ist?

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Das ist schon wieder etwas anderes!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort zu einem Kurzbeitrag Herrn Abgeordneten Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fand einige Passagen der Rede des Umweltministers durchaus bedenkenswert, als er uns an den Eid erinnerte, den die Ministerinnen und Minister geleistet haben, wie wir auch. Dieser Eid enthält zwei Komponenten. Die eine Komponente ist, daß wir verpflichtet sind, Schaden abzuwenden. Das beschreibt im Prinzip nichts anderes als die Frage der Risikoeinschätzung auch dieser Technologie. Andererseits haben wir aber auch geschworen, den Nutzen zu mehren. Das beschreibt die andere Komponente, nämlich die Frage, welche Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Technologie vorhanden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Minister, ich gestehe Ihnen zu, daß das Arbeitsplatzargument auch polemisch gebraucht werden kann, obwohl für mich die Schaffung von Arbeitsplätzen an sich nichts Polemisches beinhaltet.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Für uns auch nicht!)

- Ja, das unterstelle ich auch. Aber ich muß mich dagegen verwahren, insbesondere was die Kollegin Happach-Kasan angeht - und die, die in diesem Hohen Hause schon länger tätig sind, wissen, daß man Frau Happach-Kasan vieles vorwerfen kann, nur das nicht -,

(Heiterkeit und Zurufe von allen Seiten des Hauses)

daß diejenigen, die bereit sind, die Chancen zu ergreifen und zu nutzen, von vornherein als verantwortungslos abqualifiziert werden und daß in diesem Zusammenhang davon geredet wird, man wolle sich an der Erstellung von Kriegskampfstoffen beteiligen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das war stark!)

Ich halte diese Form der Auseinandersetzung für wenig sachgerecht und qualifiziert.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich kann den Grünen versichern, daß es wahrscheinlich in allen Parteien möglicherweise weniger erbitterte, aber jedenfalls doch sehr fundierte Diskussionen und Auseinandersetzungen darüber gibt, wie mit diesem Thema umgegangen werden soll und wie man sich entscheiden will.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollten auch fundiert damit umgehen, dann sind wir gut beraten!)

- Frau Fröhlich, fundiert heißt nicht, daß wir Ihrer Meinung sein müssen. Wenn Sie glauben, nur das sei fundiert, dann liegen Sie falsch.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Gerade auch an die Fraktion der Grünen gewandt will ich sagen, daß wir als Oppositionsfraktionen davon ausgehen, daß es auch künftig möglich sein wird und möglich bleibt, uns zu all den Sachfragen zu äußern, auf die sich SPD und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag nicht geeinigt haben, und das ist ja nicht so wenig, ohne daß von billiger Polemik oder langweiliger Politik die Rede ist.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Denn auch diese Rhetorik wird irgendwann langweilig.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich stelle noch einmal nachdrücklich fest, Frau Kollegin Erdsiek-Rave, daß wir zur Zusammenarbeit bereit sind, aber wir sind nicht

dazu da, die Probleme der Koalitionsfraktionen zu lösen oder Ihnen dabei zu helfen,

(Lachen und Zuruf der Abgeordneten
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

und wir sind nicht dazu da, ein billiges Akklamationsritual für die Selbstdarstellung dieser Regierungskoalition herzustellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nun hat Herr Minister Wiesen das Wort.

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde in der Tat, daß es ein ernstes Thema ist, und will nur einige wenige Bemerkungen dazu machen. Die erste Bemerkung betrifft meine persönliche Befindlichkeit; das ist kein objektives Kriterium. Mein Bedenken ist, daß die Versuche der Menschen, die Natur besser zu machen, als sie ist, in der Vergangenheit in der Regel wenig erfolgversprechend waren.

(Beifall bei der SPD - Hans Siebke [CDU]: Jede Züchtung ist das! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Schade, daß der Bauernverband nicht da ist! Das machen wir schon seit tausend Jahren! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Herr Dr. Hennig, ich habe den Eindruck, daß Sie gar keine Ader mehr dafür haben, daß man hier bei einem solchen Thema einen nachdenklichen Satz sagt. Sie können nur noch polemisieren. Was soll das denn?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich werde Ihnen auch das Weitere erzählen, das ich dazu sagen möchte. Ich habe vor sechs oder sieben Jahren einmal gesagt, im Grunde genommen dürfe man Tierkörpermehl, das aus der Verwertung kranker Tiere entstanden ist, überhaupt nicht mehr - für Pflanzenfresser sowieso nicht - verwerten.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Was hat das mit diesem Thema zu tun?)

Es gab einen Riesenprotest im Lande. Mein ökonomischer Verstand wurde angezweifelt. Die Engländer haben es mit Erfolg gemacht.

(Zuruf von der SPD: Mit welchem?)

Kann man sich da nicht einmal in Ruhe überlegen, in welche Stufen von Gefährdungen man geraten könnte?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Ach, Wolfgang, laß mal!

Ich sage Ihnen ein Weiteres. Wenn ich Professor von Braun auf dem Landesbauerntag zum Thema Unterversorgung der Menschheit in bestimmten Regionen höre, sage ich zu mir: Das muß ich auch aufnehmen. Da geht es nicht um die Frage, die wir hier oder im westlichen Teil Europas haben, nämlich die Frage der Überfluß- oder **Überschußproduktion**, sondern es geht darum, daß Menschen Hunger haben und an Mangel leiden.

Ich gebe zu, wäre ich Landwirtschaftsminister in einer Hungerregion, wäre eine solche Abwägung für mich sehr viel schwieriger. Hier sind wir in einer Situation, in der wir Überschüsse produzieren, in der das Land Schleswig-Holstein - ich gehe jetzt auf das Ökonomische ein - über 50 % der Nahrungsmittel, die hier produziert werden, außerhalb der Landesgrenze verkaufen muß.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wollen Sie das ändern?)

- Nein! Herr Dr. Klug, ich möchte, daß uns das möglich bleibt. Die Akzeptanz der Bevölkerung steigern Sie nicht dadurch, daß Sie sagen: Wir haben hier jetzt gentechnisch verändertes Material.

(Beifall bei der SPD)

Weswegen soll das denn nicht gekennzeichnet werden? - Weil die Leute es nicht haben wollen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: Es soll
gekennzeichnet werden!)

Das Problem der Länder, die Agrarexporte tätigen
müssen, ist, Kunden zu finden, die sagen: Wir
wollen Produkte aus Schleswig-Holstein, sozusagen
die Schleswig-Holstein-Qualität. Dazu gibt es drei
Vorgaben: möglichst umweltverträglich produziert,
möglichst artgerechte Tierhaltung, möglichst
Produkte der Spitzenqualität, was Gesundheit und
Geschmack angeht. - Sie wollen also Naturprodukte
aus Schleswig-Holstein.

(Glocke der Präsidentin)

Ich sage Ihnen voraus: Die aktuelle Absatzlage der
Ernährungsindustrie und unserer Landwirtschaft in
Schleswig-Holstein erhalte dramatische Einbrüche,

(Beifall des Abgeordneten Detlef
Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

wenn Schleswig-Holstein in den Geruch geriete,
alles mitzumachen, was neue Entwicklungen und
naturferne Produktion angeht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das ist die **Marktsituation**. Sonst würde man doch
mit der Entwicklung

(Glocke der Präsidentin)

- einen Satz bitte noch -, sonst würde man doch mit
dem Signum „gentechnisch verändert und darum
besser“ werben und nicht sagen: Wir wollen es
möglichst auf keinem Produkt draufhaben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: Wer will das denn?)

Das ist die Marktsituation. Ich muß doch von der
Realität ausgehen!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, gestatten Sie jetzt eine
Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Voigt?

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume,
Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Ja, gern.

Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Herr Minister, bestätigen
Sie die Erkenntnis, daß für den
Hunger gerade in den sogenannten
Hungerregionen, die Sie angesprochen
haben, das Problem der
Landverteilung verantwortlich ist, und
das Problem der Landverteilung und
der Vertreibung dadurch gefördert
worden ist, daß beispielsweise
Kurzstrohweizen eingeführt worden
ist, und sehen Sie nicht das Risiko,
daß gentechnisch veränderte
Landwirtschaftsprodukte diesen
Prozeß eher beschleunigen, weil die
gentechnisch veränderten Produkte
nur großtechnisch und großagrarisch
bewältigt werden können?

(Beifall des Abgeordneten Detlef
Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

- Das kann ich nicht beurteilen. Aber ich will einen
Satz hinzufügen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Schade! - Beifall bei
CDU und F.D.P.)

- Die ganzen Agrarexperten klatschen, weil sie das
alle beurteilen können.

(Heiterkeit - Wolfgang Kubicki
[F.D.P.]: Das können wir auch nicht
beurteilen! Ich habe nicht mal die
Frage verstanden!)

Herr Voigt, ich will in dem Zusammenhang gern
eine Bemerkung machen. Ich kann verstehen, daß
Pflanzenzuchtbetriebe in Schleswig-Holstein
sagen: Wir müssen diese Instrumente der
gentechnischen Veränderungen nutzen, weil es auch
andere tun. Sie glauben, daß sie damit ihre Existenz
als Pflanzenzuchtbetriebe in Schleswig-Holstein
sichern könnten.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Argumentieren Sie einmal ein bißchen tiefergehend!)

Ich glaube das nie und nimmer. Unsere Pflanzenzuchtbetriebe haben eine mittelständische Struktur. Wer in diese Techniken einsteigt - das wissen wir alle -, wird weltweit mit Saatgut handeln. Nicht mittelständische Betriebe und Unternehmen werden die Gewinner einer solchen Entwicklung sein, sondern es werden internationale, multinationale Konzerne sein, die weltweit handeln.

Damit wir uns nicht auseinanderdividieren - ich hatte eben einen solchen Eindruck -, ist meine Bitte, daß die **Enquetekommission** auch den ökonomischen Teil einer solchen Entwicklungslinie aufnehmen sollte, ohne gleichzeitig zu der Folgerung zu kommen: Wenn ich es aus anderen Gründen nicht akzeptiere, so aus ökonomischen Gründen.

Auch die ökonomische Situation unserer landwirtschaftlichen Betriebe, unserer Ernährungswirtschaft, unserer Züchtereibetriebe, der Pflanzenzuchtbetriebe muß beleuchtet werden. Wenn man das wirklich offen diskutieren will, kann es mir nur lieb sein, daß man das höchstrangige Instrument, das einem Parlament wie dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zur Verfügung steht,

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
So ist das!)

eine Enquetekommission, dafür einsetzt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Ich bitte um das Handzeichen, wer dem Antrag Drucksache 14/21 zustimmen möchte. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Spoorendonk gegen die Stimmen von

CDU und F.D.P. bei Enthaltung des Abgeordneten Gerckens abgelehnt worden.

Mir liegt ein Antrag des Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer vor. Er möchte eine persönliche Erklärung nach § 55 Abs. 2 der Geschäftsordnung abgeben. - Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da wir eben den sichtbaren Beweis erhalten haben, daß der Herr Kollege Kubicki im Plenarsaal eingetroffen ist, möchte ich im Rahmen einer persönlichen Erklärung nach § 55 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung auf die Debatte vom gestrigen Nachmittag zurückkommen. Gestern nachmittag hat der Landtag über den Antrag von CDU und F.D.P. zur Änderung des Landesministergesetzes debattiert, das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs beziehungsweise des **Parlamentarischen Vertreters** abzuschaffen. In der Debatte hat insbesondere der Kollege Kubicki verfassungsrechtliche Bedenken vorgebracht

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt gar nicht!)

- Sie können es gern nachlesen - und eine wirksame Regierungskontrolle durch solche Abgeordnete bezweifelt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich habe mich dazu gar nicht geäußert!)

- Lesen Sie doch noch einmal den Antrag durch, den Sie unterschrieben haben, und das, was Sie gesagt haben!

In einer Zwischenfrage habe ich auf den Widerspruch zwischen Ihren Ausführungen und Ihrem persönlichen Verhalten in Bonn hinweisen wollen, Herr Kubicki. Ich habe Sie gefragt, ob es zutrifft, „daß Sie sich selbst in Ihrer früheren Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter um ein Amt als Parlamentarischer Staatssekretär beworben haben“.

Sie, Kollege Kubicki, haben dies mit folgenden Worten zurückgewiesen - -

(Thorsten Geißler [CDU]: Sie dürfen nur Angriffe auf sich selbst zurückweisen!)

- Hören Sie bitte zu, Herr Kollege Geißler; mir ist das sehr ernst - ich zitiere -:

„... trifft Ihre Erinnerung ... nicht zu ... Zum anderen ist diese Frage schon dreimal in diesem ... Hause gestellt worden, und dreimal ist sie beantwortet worden.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

„Offensichtlich hören Sie auch hier nicht zu ... Das stimmt überhaupt nicht t... Ich lese die Fraktionsprotokolle von uns wahrscheinlich besser als Sie ...“

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Was hat das mit Fraktionsprotokollen zu tun?)

Nun haben mich diese Angriffe - ich will das nicht so hoch hängen - auf meine Person, aber insbesondere die Angriffe auf mein Gedächtnis und auf meine Hörfähigkeit natürlich nicht ruhen lassen, Kollege Kubicki, und ich habe zunächst in meiner Erinnerung nachgesucht und dann im Archiv. Ich möchte Ihre Aussagen mit folgenden Belegen zurückweisen.

Erstens. In den „Lübecker Nachrichten“ vom 18. Dezember 1990 heißt es:

„In keiner Partei läßt sich so schnell Karriere machen wie in der F.D.P.“

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das stimmt! - Heiterkeit)

„Der rasante Aufstieg des schleswig-holsteinischen Chefliberalen Kubicki bestätigt diese Binsenwahrheit. Jedenfalls will Jürgen Möllemann den Kieler Rechtsanwalt als Parlamentarischen Staatssekretär an seine Seite holen.“

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Damit hat er sich doch noch nicht beworben!)

Zweitens. In den „Kieler Nachrichten“ vom 19. Dezember 1990 erklärt der Abgeordnete Kubicki auf Befragen der „KN“:

„Es wäre gelogen, wenn ich behauptete, diese politische Perspektive sei für mich nicht schmeichelhaft. Ich wäge schon seit Tagen ab.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gut! Drittes Zitat! - Zurufe von der CDU: Ja, und?)

Drittens. Jetzt bitte ich Sie, Herr Kollege Kubicki, besonders gut zuzuhören: In den „Kieler Nachrichten“ vom 17. Januar 1991 wird berichtet - ich zitiere wiederum -, „daß Kubicki nun doch nicht Parlamentarischer Staatssekretär geworden ist“, weil - ich zitiere weiter - „Möllemann seinen Kandidaten im Rahmen der Koalitionsverhandlungen nicht durchsetzen konnte“ und - jetzt hören Sie gut zu! - „weil er in der fraktionsinternen Kampf Abstimmung um das Staatssekretärsamt seinem Hamburger Kollegen Rainer Funke unterlegen ist“.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Nun überlasse ich es Ihnen, meine Damen und Herren, und insbesondere dem Kollegen Kubicki, festzustellen, wer hier über ein gutes Gedächtnis verfügt, aber insbesondere auch, wer hier das Parlament richtig informiert hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Eine Aussprache hierzu ist nicht vorgesehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war aber keine persönliche Erklärung, Frau Präsidentin! Ich finde, so etwas festzustellen, bedarf keiner persönlichen Erklärung!)

- Es war eine persönliche Erklärung nach § 55 Abs. 2 der Geschäftsordnung.

(Lebhafter Widerspruch bei CDU und F.D.P. - Anhaltende Unruhe)

Ich rufe jetzt Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Entschließung „Keine weitere Reduzierung von Bundeswehrstandorten in Schleswig-Holstein“

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/22

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/53

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/60

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Dann erteile ich Herrn Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den kommenden Jahren werden Bund, Länder und Kommunen in ihren Haushalten weitere Einsparungen von erheblicher Größenordnung vornehmen müssen. Auch der Verteidigungshaushalt wird hiervon - wie Sie wissen - betroffen sein. Vor wenigen Tagen hat uns ja die Nachricht erreicht, daß der Bundesverteidigungsminister aus dem Haushalt 1996 noch einmal mehr als 1,4 Milliarden DM wird herauskürzen müssen.

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Dr. Klug, ich möchte doch darum bitten, daß Sie etwas ruhiger sind;

(Heiterkeit)

die Gespräche können ja draußen fortgesetzt werden.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Wie, ich?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nein, nicht Sie, denn Sie haben jetzt das Wort, Herr Dr. Klug!

(Heiterkeit)

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Schleswig-Holstein hatte in den vergangenen Jahren einen überdurchschnittlich hohen Anteil an der Reduzierung der Streitkräfte zu tragen, was angesichts der starken Bundeswehrpräsenz in diesem Lande auch kaum zu umgehen war. Die F.D.P.-Fraktion hält es aber vor dem Hintergrund der Tatsache, daß wir bereits sehr stark zum Abbau der Bundeswehr beigetragen haben, für notwendig, auf diesen Beitrag hinzuweisen und an den Bund zu appellieren, die verbliebenen Standorte in diesem Lande zu erhalten. Dieser Appell ist um so notwendiger, meine Damen und Herren, als die Landesregierung seit neuerem von einer Partei mitgetragen wird, die in ihrem Wahlprogramm ein völliges Verschwinden der Bundeswehr aus Schleswig-Holstein fordert. Ich verweise auf die Aussage im Landtagswahlprogramm der Grünen auf Seite 9, wo es heißt:

„Mittelfristig streben BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN ein
bundeswehrfreies Schleswig-Holstein
an.“

Allfällige Entscheidungen zum weiteren **Truppenabbau** werden dem Bundesverteidigungsminister durch solche landespolitischen Aussagen einer Regierungspartei allzu leicht gemacht; dort, wo vor Ort die Bundeswehr als unerwünscht gilt, wird es um so eher zu weiteren Streitkräftereduzierungen kommen, meine Damen und Herren.

Deshalb muß der Landtag durch seine heutige Beschlußfassung bekräftigen, daß wir Abgeordneten in diesem Landesparlament die Bundeswehr in ihrer heutigen Präsenz an den schleswig-holsteinischen Standorten erhalten wollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ein erneutes Bekenntnis des Landtages ist notwendig, damit unserem Land weitere Verluste an

Bundeswehrarbeitsplätzen nach Möglichkeit erspart bleiben. Die aktuellen Berichte über die anstehende Schließung von Depots der Bundeswehr zeigen, daß es noch keinen Anlaß gibt, in puncto Truppenabbau Entwarnung anzuzeigen. Wer wie die Grünen den vollständigen Rückzug der Bundeswehr aus Schleswig-Holstein geradezu herbeiredet, schadet diesem Land und seinen Menschen in einer unverantwortbaren Weise.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben nicht!)

Ein bundeswehrfreies Schleswig-Holstein, wie es sich die Grünen wünschen, hätte nicht nur den Verlust von 50 000 militärischen und zivilen Arbeitsplätzen zu verkraften, sondern auch den Wegfall der Kaufkraft dieser Mitbürger und den Verlust von Aufträgen an viele schleswig-holsteinische Wirtschaftsbetriebe. Der mittelbare Schaden einer solchen Entwicklung für die wirtschaftliche Situation in diesem Lande wäre also dem Verlust von 50 000 Bundeswehrarbeitsplätzen noch hinzuzurechnen.

Meine Damen und Herren, die F.D.P. erwartet ein klares Nein des Landesparlaments und der Landesregierung zu einer solchen grünen Demontagepolitik zu Lasten dieses Landes.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Rodust das Wort.

(Angelika Volquartz [CDU]: Jetzt kommt Ihre Rede von gestern!)

Ulrike Rodust [SPD]:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Ihnen vorliegende F.D.P.-Antrag entspricht nicht dem heutigen Informationsstand und auch nicht der von dieser Partei hier in diesem Haus geführten Debatte. Schaut man sich den Antrag an und weiß man, daß die F.D.P. bisher vergleichbare Anträge zur Bestandserhaltung - übrigens mit demselben Titel - abgelehnt hat, dann fragt man sich: Welches Spiel wird hier wohl gespielt?

Meine Damen und Herren, Sie wissen sehr wohl, daß der Truppenabbau weiter vollzogen wird, und im Zusammenhang mit der Abrüstung begrüßen wir selbstverständlich alle die Verkleinerung der Bundeswehr, wenn sie denn regionalpolitisch gerecht und sozialpolitisch fair vollzogen wird. Wir haben uns darauf einzustellen, auch weitere Einschnitte in Schleswig-Holstein hinnehmen zu müssen. Es hat also überhaupt keinen Sinn, Hoffnungen zu wecken, die nicht erfüllt werden können. Die gestrigen Pressemeldungen über die Aufgabe von Depots zeigen dies deutlich. Ich komme später noch einmal darauf zurück.

Um auch den neuen Kolleginnen und Kollegen die Debatte zu erleichtern, stelle ich erst einmal mit wenigen Worten die Geschichte der **Konversion** in Schleswig-Holstein vor. Nach der Vereinigung ist die Bundeswehr um ein Drittel verkleinert worden. Auf Schleswig-Holstein entfielen 29 000 Stellen, gut 34 % des Stationierungsvolumens des Jahres 1990.

Die Bundesregierung versprach im Vermittlungsausschuß am 14. Juni 1991 ein **nationales Konversionsprogramm**, um ihrer Verantwortung für Soldaten, Zivilbeschäftigte und Regionen gerecht zu werden. Darauf warten wir allerdings immer noch.

Im Juli 1994 hat der Bundesminister der Verteidigung in der „Konzeptionellen Leitlinie“ den Rahmen verkündet, in dem der gesamte Truppenabbau stattfinden soll. Dummerweise hat er diesen nicht präzisiert, und weil die Bundestagswahl vor der Tür stand, hat er dann an der Westküste - wie am 3. September 1994 in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ zu lesen war - gesagt:

„Wir dürfen jetzt keine Standortdiskussion führen. Schleswig-Holstein hat schon in der Vergangenheit genug geblutet.“

Wohl wahr! Leider hat er sich dann am 14. März 1995 nicht mehr an seine eigenen Worte erinnert; das mußte er auch nicht, denn inzwischen war die Bundestagswahl gelaufen.

Am 14. März 1995 erfuhren wir ohne jede Vorwarnung, daß wir hier in Schleswig-Holstein

bei einem Stationierungsanteil von 10 % ein Viertel der neuen Abbaulasten tragen sollten.

Am 30. März 1995 kam es zu einer gemeinsam Resolution von CDU, SSW und SPD mit dem Titel - ich bitte um Ihre besondere Aufmerksamkeit - „Keine weitere Reduzierung von Bundeswehrstandorten in Schleswig-Holstein“, abgelehnt von der F.D.P. Bezogen auf den heutigen F.D.P.-Antrag fällt mir ein Lied von Herbert Grönemeier mit dem Titel „Was soll das?“ ein.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: „Womit hab ich das verdient?“ gibt es auch!)

Ja, meine Damen und Herren von der F.D.P., was soll das? Vor einem Jahr in Verantwortung der von Ihnen mitgetragenen Bundesregierung dagegen und heute dafür?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wir haben damals einen eigenen Antrag eingereicht! Das haben Sie vergessen!)

In der obengenannten Resolution werden auch die betroffenen Standorte benannt. In der Debatte fragte Herr Dr. Klug - es ist kaum zu glauben -:

„Es stellt sich aber die Frage, welche Rolle die Landesregierung in dieser Situation spielen muß. Soll sie die Summe der einzelnen örtlichen Betroffenheiten zu einem landespolitischen Aufschrei addieren?“

Herr Dr. Klug, was soll das?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Es ging damals um eine realistische Antwort des Landtages und der Regierung!)

Es geht noch weiter:

„Ist es nicht besser, den Bürgern des Landes eine realistische Antwort zu geben und damit die ansonsten mit absoluter Sicherheit vorprogrammierte Enttäuschung zu vermeiden?“

Richtig, Herr Dr. Klug, und weil auch ich dieser Meinung bin und weil die Betroffenen und wir diese Enttäuschung schon so häufig durch die auch von Ihnen vertretene Bundesregierung erlebt haben,

haben wir jedes Vertrauen in Ihre Politik verloren. Ich halte Ihren Antrag für scheinheilig; denn auch Herr Kubicki sagte in der Debatte am 30. März 1995:

„Ich will auf einige Punkte Ihrer Beiträge von heute eingehen und Sie ermahnen, nicht immer mit dem Finger nach Bonn zu zeigen.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, sicher!)

Welch ein Sinneswandel!

Wie gesagt: Wir wissen, daß der Abbau weitergeht. Die Neuorganisation der **Depots** scheint bevorzustehen. Der **Landesteil Schleswig** ist hiervon besonders betroffen. Deshalb werden wir dem dritten Abschnitt, Absatz 1 des CDU-Antrags, zustimmen. Wir beantragen, über diesen Punkt gesondert abzustimmen.

Schleswig-Holstein hat bisher immer eingefordert, von der Bundesregierung beim Abbau nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden; Land und Kommunen sind rechtzeitig über die Pläne zu informieren. Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein Abrüstungsfolgesgesetz, ein nationales Konversionsprogramm und ein Streitkräfteaufgabengesetz dringend eingefordert. Die Bundesregierung darf die Länder und Kommunen mit diesem Problem nicht länger alleinlassen. Deshalb fordern wir eindringlich: Die Bundesregierung hat endlich ihrer Verantwortung gerecht zu werden und ein eigenes nationales Konversionsprogramm aufzulegen.

Wir haben außerdem immer eingefordert, die bestehenden Bundesprogramme, zum Beispiel GA und die Städtebauförderung, auf die besonders betroffenen **Standorte** zu konzentrieren. Die freiwerdenden Liegenschaften sind umzuwidmen und den Gemeinden zu akzeptablen Preisen zur Verfügung zu stellen. Daß die CDU mit ihrem Antrag den allzu durchsichtigen Versuch unternimmt, in diese Verantwortung des Bundes die Landesregierung einzubeziehen, ist nach dem Motto „Haltet den Dieb“ verständlich, aber verantwortungslos. Weil die Bundesregierung ihrer Verantwortung nicht gerecht wurde, hat die Landesregierung beschlossen, die zehn besonders betroffenen Standorte bevorzugt in **Förderprogrammen** zu berücksichtigen und sich

an den EU-Programmen KONVER I und KONVER II mit Kofinanzierungen zu beteiligen. In den Regionalprogrammen wurden in der Zeit von 1992 bis 1995 15 Vorhaben mit fast 24 Millionen DM gefördert. 1995 sind 45 % der Städtebauförderung in diese Standorte geflossen. Im Bereich des kommunalen Investitionsfonds sind innerhalb von zwei Jahren in der Zeit von 1992 bis 1994 zirka 58 Millionen DM als zinsgünstige Darlehen bereitgestellt worden, und für die Zeit von 1995 bis 1997 werden es noch einmal zirka 62,4 Millionen DM sein.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Liste der Hilfsmaßnahmen des Landes ließe sich fortsetzen. Trotzdem: Wenn sich der Bund weiterhin aus der Verantwortung stiehlt, sieht es düster aus. Deshalb lassen Sie uns handeln und die Bundesregierung auffordern, endlich ihre im Grundgesetz festgelegte Aufgabe zu übernehmen. Wir wissen sehr wohl, daß die Veränderung der Strukturen, die betriebliche und regionale Konversion auch eine Chance für eine zukünftige Entwicklung unseres Landes sind. Deshalb unterstützt und gestaltet die Landesregierung diesen Prozeß mit. Ganz viele Schicksale sind betroffen, ob Soldat, ob Zivilbediensteter, ob die Kindergärtnerin oder der Kindergärtner, ob die Lehrerin oder der Lehrer, ob die Geschäftsfrau oder der Geschäftsmann - all diesen Menschen, die in den Standorten leben, fühlen wir uns verpflichtet und setzen uns für sie ein. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Steuereinnahmen sind rückläufig, und im Bundeshaushalt müssen 25 Milliarden DM eingespart werden. Es kann nicht angehen, daß der **Verteidigungshaushalt** davon unberührt bleibt. Nach langem Tauziehen zwischen den Ministern Waigel und Rühle ist nun klar, daß im Verteidigungshaushalt insgesamt 1,4 Milliarden DM eingespart werden müssen.

Natürlich stellt sich dann die Frage, wo solche Einsparungen am ehesten vernünftig sind. In diesem Zusammenhang hat das Verteidigungsministerium die seit langem erwartete Folgeuntersuchung zum Ressortkonzept vorgelegt, das Vorschläge für Anpassungen der Infrastruktur enthält. Betrachtet man die Mitteilung aus dem Verteidigungsministerium sorgfältig, so fällt sofort die wichtigste Botschaft ins Auge: Die Bundesregierung hält am **Ressortkonzept** von 1995 fest. Weitere Reduzierungen der Sollstärke sind nicht vorgesehen und damit auch keine weiteren Reduzierungen von Bundeswehrstandorten in Schleswig-Holstein.

Diese Feststellung ist von den Koalitionspartnern in Bonn übereinstimmend getroffen worden. Sie ist nicht selbstverständlich. Immer wieder lesen wir Vorschläge aus den Reihen der SPD, die Sollstärke der Bundeswehr weiter zu verringern,

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

die allgemeine Wehrpflicht wieder abzuschaffen und dergleichen Ideen mehr. Um so mehr ist das deutliche Signal zu begrüßen, das die Koalitionsparteien CDU und F.D.P. mit ihrem Bekenntnis zur Bundeswehr gesetzt haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich würde mich freuen, wenn auch die Regierungsbank zuhören würde.

Trotzdem kann sich niemand der Notwendigkeit zum Sparen entziehen, und so wird also gespart, zum Beispiel über die Rückstellung von Beschaffungen und über einen größeren Anteil der Verbuchung der Kosten des Bosnien-Einsatzes im Verteidigungshaushalt. Außerdem kommt jetzt das zum Tragen, was aufmerksamen Beobachtern längst klar war, nämlich die **Reform der Logistik der Bundeswehr**, wie sie sich zwangsläufig aus dem Ressortkonzept ergibt. Es ist doch wohl für jeden verständlich, daß es nicht ohne Folgen für die Organisation von Depots und von Nachschubeinrichtungen sein kann, wenn eine ganze Division aufgelöst wird und große Einheiten an weit entfernte, strategisch wichtigere Orte verlegt werden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann hätte man das doch gleich bekanntgeben können!)

- Eines nach dem anderen, Herr Hentschel. Ein bißchen Planung verlangen Sie doch auch von einer öffentlichen Einrichtung. Man kann das doch wirklich nicht überstürzen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber man könnte den Standorten doch rechtzeitig Bescheid sagen!)

Aber es ist doch unrealistisch, die Nachschubversorgung für Marineschiffe, die in Rostock stationiert sind, von Schleswig-Holsteins Westküste aus vornehmen zu wollen; das ist doch nun wirklich unrealistisch.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! Das hätte man auch gleich sagen können!)

Ich wundere mich sowieso, wie die SPD diesen Spagat immer hinbekommt. In Bonn versuchen Sie ständig, die Regierungsparteien beim Kürzen im Verteidigungshaushalt zu übertreffen, und zu Hause in Kiel rufen Sie nach Entscheidungen des Verteidigungsministeriums, die kostenträchtig und zudem betriebswirtschaftlich unwirtschaftlich sind. Für solch einen Spagat muß man ständig üben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dafür scheinen Sie viel Zeit zu haben, anstatt sich um die wirklich wichtigen Fragen zu kümmern, was Sie nämlich für die Betroffenen tun können, damit diese mit ihrer neuen Situation zurechtkommen können.

(Holger Astrup [SPD]: Nun bleiben Sie mal auf dem Teppich, Frau Kollegin!)

Die eigentliche Aufgabe der Landesregierung liegt nämlich darin, ein Auge darauf zu haben, daß die **Schließung der Depots**, bei der es vermutlich nur noch wenig Änderungsspielraum gibt, für die Mitarbeiter, die es angeht, sozial abgedeckt wird und rücksichtsvoll vonstatten geht. Dazu gehört zum Beispiel auch, daß die Landesregierung den

Betroffenen möglichst ortsnah **Ersatzarbeitsplätze** in Landeseinrichtungen anbietet.

(Holger Astrup [SPD]: So einfach ist das!)

Das ist eine ganz wichtige Aufgabe der Mitwirkung der Landesregierung.

Völlig an der Wirklichkeit vorbei geht Ihre Forderung an das Verteidigungsministerium, seine **Standortentscheidungen** nur von regional- und strukturpolitischen Gesichtspunkten abhängig zu machen

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt ja überhaupt nicht!)

und sie darüber hinaus - ich zitiere aus dem Antrag - frühzeitig offenzulegen, damit sich die betroffenen Menschen und Kommunen rechtzeitig darauf einstellen können.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau, so ist es! - Holger Astrup [SPD]: Ja, und? Was haben Sie denn zu kritisieren?)

- Das sage ich jetzt. Wir spielen hier nicht im Sandkasten.

(Holger Astrup [SPD]: Na hoffentlich!)

Standortentscheidungen der Bundeswehr, Herr Astrup, müssen in erster Linie unter strategischen Gesichtspunkten getroffen werden.

(Holger Astrup [SPD]: Das sagt doch nicht einmal die Bundeswehr selbst!)

Die eignen sich nun einmal allein von der Sache her nicht für langjährige Anhörungen während der Vorbereitungsphase.

(Holger Astrup [SPD]: Das behauptet nicht einmal die Bundeswehr, was Sie da sagen!)

- Das behaupte ich sehr wohl; sonst hätte man nicht ganze Divisionen aufgelöst und in die ostdeutschen Gebiete verlegt.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist doch kompensiert worden! Das wissen wir doch!)

Aber unabhängig davon fordern wir die Bundesregierung in unserem Antrag auf, die Entscheidung unter regionalpolitischen Gesichtspunkten zu überprüfen. Wir sind ebenso wie Sie der Meinung, daß wir bereits sehr geblutet haben. Wir teilen auch Ihre Meinung in Ihrem Antrag, daß es für die Landesregierung eine angemessene Frist zur Reaktion geben muß.

(Holger Astrup [SPD]: Welche Sportart treiben Sie denn jetzt gerade?)

- Ich übe jetzt die Sportart, mich gegen Sie durchzusetzen, Herr Kollege Astrup, damit ich meine Rede ordentlich und in der „neuen Sachlichkeit“ über die Bühne bringen kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich danke der F.D.P.-Fraktion für ihren Antrag, der uns Gelegenheit gibt, noch einmal festzuhalten, daß wir uns über die **Präsenz der Bundeswehr** in Schleswig-Holstein freuen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir als die Landtagsfraktion der großen Volkspartei CDU wollen deutlich machen: Die Bundeswehr ist uns ein Anliegen. Wir wollen sie hier im Land behalten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Freude vergeht jedoch schnell beim Studium des Antrags der SPD. Auf die meisten Punkte bin ich bereits eingegangen, bleibt noch Punkt 3 bezüglich der zügigen Freigabe der **Liegenschaften** durch den Finanzminister.

Wenn ich richtig informiert bin, werden die Liegenschaften zum Teil zügiger freigegeben, als es manchen Kommunen lieb ist. Ich mache da zur Zeit einschlägige Erfahrungen im Raum Flensburg.

(Holger Astrup [SPD]: Reden Sie mal über die Preise!)

- Wir kommen jetzt zu den Preisen, Herr Astrup.

Was die preisgünstige Überlassung angeht, kann ich nur sagen: Das ist ein weites Feld, Luise - eigentlich sollte ich ja „Holger“ sagen, Herr Astrup. Ich meine, eine Landesregierung, die selbst zur Zeit auf Sylt Liegenschaften zu Marktpreisen mit allenfalls 10 % Abschlag verkauft, kann dem Bund nicht verübeln, wenn sich auch dieser an das Haushaltsrecht gebunden fühlt.

(Holger Astrup [SPD]: Sie reden von den Wohnungen!)

Dort werden Einfamilienhäuser zum Preis von knapp 1 Million DM verkauft. Ich bitte: Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür!

(Beifall bei der CDU)

Zum letzten Punkt im Antrag der SPD, der Forderung nach einem **nationalen Konversionsprogramm des Bundes!** Meine Damen und Herren der SPD, Sie haben ja viele Neue in Ihren Reihen. Das macht es für mich erklärlich, daß Sie diesen Ladenhüter der politischen Argumentation wieder aus dem Hut gezogen haben.

Wie oft haben wir Sie schon daran erinnert, daß die Länder im Zuge der Verhandlungen über einen höheren Anteil der Mehrwertsteuer auf ein Konversionsprogramm des Bundes verzichtet haben?

(Beifall bei der CDU)

Sogar Oskar Lafontaine hat zugestimmt. Wie schade, daß Ihr Bundesvorsitzender bei Ihnen kein Gehör findet.

Kommen wir auf die Zustände im Lande selbst zurück. Frau Rodust hat schon aufgeführt, was das Land für den besonders stark betroffenen Landesteil Schleswig tut. Ich nehme an, der Herr Minister wird gleich noch einmal die gleiche Aufzählung geben. Trotzdem muß ich sagen: Die Mittel dort werden nicht richtig eingesetzt. Die Konzentration nur auf die Konversionsstandorte ist nicht in Ordnung. Wir haben das mehrfach angeprangert.

(Beifall bei der CDU)

Das Ministerium ist, weil der Vorschlag von uns kam, nicht davon abgewichen. Hinzu kommt, daß die **einzelbetriebliche Förderung** im Rahmen der Regionalprogramme eingestellt worden ist. Auch das haben wir angeprangert.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben immer wieder gefordert, diese Förderung im Rahmen des Programmes wenigstens für drei Jahre fortzuführen. Aber wir stießen auf taube Ohren.

Was macht die Landesregierung mit Mitteln, die ihr zum Beispiel von der EU für **Konversionsprojekte** zur Verfügung gestellt werden? Jetzt komme ich zu einem schönen Beispiel, das ist nämlich der Umgang mit den Mitteln aus KONVER II. Ich habe das in einer Kleinen Anfrage abgefragt und habe sehr interessante Antworten von der Landesregierung bekommen:

Aus dem Programm KONVER II werden in sieben Firmen Konversionsprojekte mit einem Gesamtumfang von 7,3 Millionen DM gefördert. Das ist schön, soweit sind wir auch zufrieden. Jetzt aber kommt es: Für **wissenschaftliche Begleitung**, Moderation und Koordination wird knapp 1 Million DM ausgegeben. Genau sind es 945 000 DM, das sind 13 %, im Verhältnis zur Projektsumme ein sehr hoher Betrag, wie mir auch auf Nachfrage private Unternehmensberater versicherten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Was hieran noch besonders interessant ist, ist, wer das Geld erhalten hat. Ein kleiner Betrag geht ans RKW. Das gewerkschaftseigene Institut TBS, Technologieberatungsstelle Schleswig-Holstein, ist mit knapp 200 000 DM dabei, von denen 80 000 DM für den Aufbau und zur Intensivierung der Arbeit eines Büros für regionale und betriebliche Konversion bestimmt sind - was auch immer das sein soll. Doch der Löwenanteil von über 600 000 DM geht - man höre und staune - an das schleswig-holsteinische Institut für Friedenswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

(Beifall bei der CDU)

Eine Aussage zugunsten dieses Instituts taucht merkwürdigerweise auch in der Koalitionsvereinbarung auf. Wenn man sich erinnert, daß der Leiter dieses Instituts der Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Plön ist, fällt einem eigentlich nur noch ein Begriff dazu ein: Vetterwirtschaft.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Ruf nach Konversionsmaßnahmen des Bundes kann angesichts der Feststellung, daß nämlich die Mittel aus dem zusätzlichen Mehrwertsteueranteil längst von den Ländern verfrühstückt wurden und EU-Mittel in Schleswig-Holstein mit dazu verwendet werden, die eigene Klientel kräftig zu bedienen, nur ungehört verhallen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Nein, meine Redezeit ist gleich zu Ende.

Ein gutes Mittel zur Abminderung der Konversionsfolgen in Schleswig-Holstein ist die Unterstützung der **wehrtechnischen Industrie** in unserem Land. Hier geht es um rund 16 000 Beschäftigte, leider mit abnehmender Tendenz, und um einen Umsatz von 3,8 Milliarden DM allein 1994. Es lohnt sich also, in Bonn als Lobbyist aufzutreten, wie andere Länder es kräftig tun, und Aufträge nach Schleswig-Holstein zu holen.

Doch die SPD-Landesregierung tat sich auf diesem Gebiet bisher schon schwer, die Koalitionsvereinbarungen verheißen noch weniger Gutes, denn dort - das ist schon skizziert worden - ist ein restriktiver Umgang mit Rüstungsaufträgen ausdrücklich niedergeschrieben.

Es bleibt als Fazit: Die Bundeswehr fällt den Sozialdemokraten immer dann ein, wenn sie abzieht und damit Kaufkraft entschwindet.

(Beifall bei der CDU)

In normalen Zeiten hat die SPD für die Bundeswehr nur wenig übrig. Die Vorschläge des Herrn von Opel für eine Verringerung der Sollstärke auf 200 000 oder die Absage von Herrn Scharping beim Großen Zapfenstreich sind in guter Erinnerung und sprechen eine beredete Sprache.

(Beifall bei der CDU)

Die GRÜNEN wollen die Bundeswehr ganz loswerden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, hier in Schleswig-Holstein sollen die ewig gleichen und falschen Vorwürfe gegenüber dem Bund offensichtlich im wesentlichen dazu dienen, von den eigenen Versäumnissen abzulenken und Fehler zu verschleiern. Ich freue mich, daß die heutige Debatte Ihre wahre Haltung wieder einmal deutlich gemacht, die den in Schleswig-Holstein stationierten Soldaten sicherlich nicht verborgen bleiben wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Am Mittwoch dieser Woche war zu lesen, daß der Bundesverteidigungsminister Volker Rühe, der weiß Gott kein Grüner ist, die **Reduzierung des Verteidigungshaushaltes** auf 47,1 Milliarden DM bekanntgegeben hat. Zugleich gibt es erneute Diskussionen über die weitere personelle Reduzierung der **Bundeswehr**. Es wird bereits von der Einführung einer Berufsarmee und von einer Reduzierung auf 200 000 gesprochen.

Ich habe bereits gestern erklärt, daß BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Ende des Kalten Krieges und den Abbau der Armeen uneingeschränkt begrüßen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe das auch aus finanzieller Sicht für unsere Gesellschaft, weil nämlich die Tatsache, daß das Geld nicht mehr für die Bundeswehr ausgegeben wird, durchaus auch bedeutet, daß dieses Geld für andere Dinge ausgegeben wird. Das heißt nicht, daß es weniger **Arbeitsplätze** geben wird. Ich kann mir sogar vorstellen, daß es wesentlich produktiver ist, statt mit dem gleichen Geld Soldaten zu beschäftigen, das Geld dafür einzusetzen, um neue Technologien, neue Wirtschaftszweige zu fördern und damit auch Arbeitsplätze in einem Multiplikatoreffekt zu schaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein war in den vergangenen 40 Jahren durch eine sehr hohe Bundeswehrdichte gekennzeichnet. Das wiegt um so schwerer, weil sich Bundeswehrstandorte in bestimmten Regionen konzentrieren.

So lag 1990 der Anteil der Berufs- und Zeitsoldaten in der Region Schleswig bei 8,2 % aller Beschäftigten. Hinzu kamen noch 4,7 % Zivilbeschäftigte. Man kann sich da ja vorstellen, daß der Abzug der Truppen an manchen betroffenen Standorten erhebliche strukturelle Probleme aufwirft, Herr Kubicki. Das sollten wir ernst nehmen und nicht zu Lachnummern machen,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

indem man in Anträgen Leute veräppelt, indem man die eigene Bundesregierung, an der Sie beteiligt sind, auffordert, es solle keine Truppenreduzierungen mehr geben. Jeder weiß, daß das völlig unrealistisch ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Forderung ist, daß eine Regierung, die so etwas plant, die Menschen bitte schön rechtzeitig davon zu informieren hat und nicht erst ein paar Monate vorher. Es ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit, daß so rechtzeitig geplant wird, daß auch entsprechende strukturelle Gegenmaßnahmen, die ein paar Jahre dauern, in Gang gesetzt und betrieben werden können. Das halte ich für notwendig.

Ich halte es auch - im Gegensatz zu Frau Schmitz-Hübsch - für sinnvoll, daß regional- und strukturpolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Wenn es in Schleswig-Holstein so war, daß in Schleswig und Mittelholstein die Zahl der bei der Bundeswehr Beschäftigten um jeweils 2500 zurückgegangen ist, während gleichzeitig im strukturell wesentlich besser situierten Kreis Pinneberg die Zahl der Soldaten verdoppelt wurde, dann ist das natürlich strukturell merkwürdig. Wenn es in der Vergangenheit möglich war, Milliarden unproduktiv in die Armee zu investieren, dann sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß jetzt zumindest ein Teil des eingesparten Geldes für eine Übergangszeit bereitgestellt wird, um in den betroffenen Orten Investitionen in moderne Infrastruktur zu tätigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was heißt das denn?)

Das ist die Forderung nach einem **nationalen Konversionsprogramm**. Die halte ich nicht für unsinnig, sondern für ausgesprochen sinnvoll.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Wir rufen aber nicht nur nach der Bundesregierung, sondern wir nehmen uns auch selbst in die Pflicht. Nicht von ungefähr enthalten sowohl das Wahlprogramm der GRÜNEN als auch der ausgehandelte Koalitionsvertrag ausführliche Kapitel zum Thema Konversionspolitik.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Lauter Luftgeschichten!)

Ich habe einmal nachgelesen, was bei Ihnen steht. Bei der F.D.P. taucht zum Thema „Konversion“ im Programm überhaupt nichts auf, und bei der CDU, die sich so sehr für die Bundeswehr einsetzt, wird das Thema Truppenabbau im gesamten Programm nicht behandelt. Dann stellen Sie sich hierhin und erzählen uns, daß wir uns mit diesem Thema beschäftigen sollen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dem **Koalitionsvertrag** ist eine Reihe von Maßnahmen angesprochen, die auch das Land Schleswig-Holstein betreffen. Das sind sowohl die

Mittel des KONVER-Programms als auch die Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur, Fremdenverkehrsaktivitäten, betriebliche Konversion, insbesondere Technologieförderung, wirtschaftliche Begleitung und der Ausbau der technologischen Infrastruktur. Darin enthalten ist die Entwicklung von regionalen Leitprogrammen, die Übernahme des Flächenmanagements durch die Landesentwicklungsgesellschaft und - was sehr wichtig ist - die Möglichkeit der gemeinsamen zivilen und militärischen Nutzung von Liegenschaften, die besondere Berücksichtigung der bei der Bundeswehr angestellten Frauen - deren Zahl nicht unbeträchtlich ist - und die unbürokratische Kombination von ESF- und EFRE-Mitteln. Außerdem wurde vereinbart, eine Haushaltsstelle zur Kofinanzierung kurzfristiger neuer EU-Programme einzurichten und daß das Land KONVER-Programme vorfinanziert, wenn EU-Mittel bewilligt sind, aber noch nicht fließen, was in der Vergangenheit teilweise sehr lange gedauert hat.

Eine Bemerkung noch zum Thema Schiff. Angesichts eines Militärhaushaltes von 47 Milliarden DM in der Bundesrepublik halte ich es für löblich, 600 000 DM für **Konversions- und Friedensforschung** einzusetzen. Das wird das Denken in unserem Lande vielleicht auch einmal zum Positiven hin verändern.

(Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Lieber Herr Kubicki, fällt Ihnen zum Thema „Struktur- und Regionalpolitik“ wirklich nichts anderes ein, als - wie gestern - **Subventionen** ausgerechnet für die **Rüstungsproduktion** zu fordern und sich zu guter Letzt für die Stationierung von Militär als Strukturmaßnahme einzusetzen?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich habe mich doch nur an den Forderungen des Wirtschaftsministers beteiligt!)

Ich muß sagen, Herr Kubicki, ich empfinde dies als einen geistigen Tiefpunkt in der Geschichte des Liberalismus.

(Lachen bei der F.D.P.)

War es nicht Ihr geistiger Stammvater Adam Smith, der einmal mit dem Credo einer freien Marktwirtschaft gegen staatliche Einmischung und Bevormundung angetreten war?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ungefähr der Stand, auf dem Sie mit Ihrem wirtschaftlichen Denken stehengeblieben sind!)

Ich empfinde dies auch als Veräppelung der Menschen im Land, die von diesem **Truppenabbau** betroffen sein werden und die sehr wohl wissen, daß daran nichts zu ändern ist, am wenigsten durch Schauanträge von Ihnen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Durch Ihre Schaumschlägerei aber auch nicht, Herr Hentschel!)

Für uns kann ich sagen: Wir fühlen uns den betroffenen Menschen und den Kommunen verpflichtet und verbunden. Was wir brauchen, ist eine aktive Regionalpolitik, um den betroffenen Menschen zu helfen, den **Strukturwandel** aktiv zu unterstützen. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erhält der Herr Abgeordnete Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich die Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt in die Hand bekam, dachte ich nicht, daß die Angelegenheit plötzlich wieder so negative Aktualität bekommen könnte. Vor zwei Tagen nämlich erreichte mich die Mitteilung, daß die Bonner Hardthöhe plane, bei uns an der **Westküste** mittelfristig wieder Standorte zu schließen. Auch andere Gemeinden in unserem Bundesland sollen davon betroffen sein. Den genauen Umfang der neuerlichen Streichliste wird uns das Verteidigungsministerium hoffentlich bald mitteilen, damit wir uns ein genaueres Bild machen können.

(Zuruf: Hoffentlich!)

- Ja, hoffentlich.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das machen sie eben nicht, Herr Gerckens! Das wissen wir doch!)

Wenn die SPD fordert, daß die Bundesregierung künftig Reduzierungs- oder Abzugsentscheidungen von regional- und strukturpolitischen Gesichtspunkten abhängig machen muß, so kann der SSW dies nur mit unterschreiben. Auch die Feststellung, daß Schleswig-Holstein bislang von den negativen Entscheidungen der Hardthöhe überproportional betroffen war, kann wohl von niemandem ernsthaft geleugnet werden. Auch steht es außer Frage, daß Bonn die betroffenen Regionen und die Menschen dort mehr als nur rechtzeitig informieren muß, damit man sich auf die drastischen Einschnitte, die der Weggang oder die Verkleinerung von Einheiten mit sich bringt, einstellen kann.

Trotzdem muß ich sagen, daß mich dies in keiner Weise befriedigt. Denn eigentlich fordern wir Bonn doch nur dazu auf, zweimal nachzudenken, bevor das Damoklesschwert dann doch auf uns heruntersaust. Schon fast lieb ist es dann von uns, wenn wir höflich um einen rechtzeitigen Bescheid bitten, wann genau der letzte Soldat in der Kaserne das Licht ausmacht. Das möchten wir gern wissen. Das ist wichtig für uns.

Auch der zweite Teil des SPD-Antrages findet - das muß ich dazusagen - unsere Zustimmung. Die Abstimmung darüber, ob wir Bonn auffordern, endlich ein auch greifendes **Konversionsprogramm** aufzulegen, mit Finanzmitteln und Ideen aufzufüttern und dann auch umzusetzen, ist wohl ein Selbstgänger. Daß diese Fördermittel dann vorrangig in besonders **betroffene Regionen** fließen müssen, ist ebenfalls klar. Schließlich steht für den SSW ebenso fest, daß die freiwerdenden **Liegenschaften** den Kommunen preisgünstig zur Verfügung gestellt werden müssen.

Nur, meine Damen und Herren, wir müssen uns permanent und unüberhörbar in Bonn zu Wort melden und auch Vorschläge dahin gehend machen, was wir denn unter wirksamen Konversionsmaßnahmen für unsere Region verstehen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es darf nicht sein, daß wir uns in zwei oder drei Jahren, wenn vielleicht tatsächlich ein Konversionsprogramm aufgelegt wird, aus Bonn anhören müssen, daß die Gelder längst in andere Bundesländer geflossen sind, weil man dort realitätsbezogene und finanzierbare Vorschläge gemacht hat, während im Bonner Posteingangskorb mit der Aufschrift „Schleswig-Holstein“ gähnende Leere herrschte.

Lassen Sie mich deswegen in der mir zur Verfügung stehenden knappen Zeit einige Punkte anreißen, die der SSW zwar nicht als Antrag formuliert hat, die aber wohl in die Argumentation gegenüber Bonn einfließen können. Nicht nur aufzulösende Bundeswehrliegenschaften, die man, sollten die betreffenden Kommunen rechtzeitig von den Plänen der Hardthöhe erfahren, beispielsweise in Gewerbeflächen umwandeln kann, sollten interessant sein. So kann zum Beispiel eine gemischt zivile und militärische Nutzung dazu beitragen, daß ein Standort erhalten bleibt oder gar gesichert wird. Ich denke hier zum Beispiel an die Notwendigkeit eines **Regionalflugplatzes** für den **Landesteil Schleswig**. Güter und Menschen sind derzeit jeweils über 130 km unterwegs, um von Hamburg-Fuhlsbüttel oder Billund befördert zu werden. Ein Regionalflugplatz in ökologisch sinnvollen Ausmaßen, direkt an Schiene und Autobahn gelegen, würde hier doch geradezu eine vorbeugende Maßnahme sein.

Auch böte sich eine noch stärkere **Kooperation** besonders von **Marine und Luftwaffe** an, wenn es um den Schutz von Nord- und Ostsee geht. Die Einheiten dieser beiden Teilstreitkräfte könnten doch häufiger dazu eingesetzt werden, unsere beiden Meere insbesondere im Hinblick auf die Gewässerverunreinigung zu überwachen. Und auch ein **Ausbau des Rettungssystems** mit Hilfe der Bundeswehr, die ja schließlich nicht nur über genügend Spezialfahrzeuge, sondern auch über gut ausgebildete Mediziner verfügt, wäre denkbar, um einen Standort von Heer, Marine und Luftwaffe zu sichern.

Zudem muß das Verteidigungsministerium endlich einmal von dem alten Kasernendenken abrücken.

Aufgrund der bis zum Beginn unseres Jahrzehnts wichtigen strategischen Lage Schleswig-Holsteins dienten die meisten Kasernen mehr oder weniger allein dem Vorhalten von genügend Mann und Material für den Verteidigungsfall. Daß diese Einrichtungen vorrangig dem Rotstift zum Opfer gefallen sind und noch fallen werden, leuchtet jedermann ein.

Warum aber, so frage ich, findet die Erprobung und die Entwicklung von Militärtechnik überproportional in Süddeutschland statt? Ein Akt der Konversion wäre es doch, ökologisch vertretbare Projekte aus dem technischen Bereich zu uns in den Norden zu verlegen. Hierbei denke ich unter anderem an die Vorhaltung und Prüfung von Material.

Konversion nützt uns jedoch wenig, wenn wir die Bundeswehr als **Teil des Katastrophenschutzes** betrachten. Wohl jeder hat noch die Bilder des Jahres 1962 im Kopf, als es die Einheiten der Bundeswehr waren, die während der Sturmflut unsere Deiche sicherten, Menschen retteten und später bei den Aufräumarbeiten halfen. Auch nach dem Jahr 1962 gab es immer wieder Gelegenheiten, bei denen wir dem Blanken Hans - der Nordsee, wie Sie wissen - nur deshalb trotzen konnten, weil Soldaten mit ihrem Wissen und ihrem Gerät zu uns standen, meine Damen und Herren. Bundeswehrverbände, die bislang Teil des Katastrophenschutzes waren, dürfen nicht angetastet werden. Wer diese Soldaten abzieht, gefährdet das Leben der Menschen auch hinter den Deichen.

Ich komme aus einer besonders **strukturschwachen Region**, aus **Nordfriesland**. Wir haben die Auflösung ganzer fliegender Verbände hinnehmen müssen, Zivilpersonal stand plötzlich auf der Straße, und mit der Wirtschaft ging es bergab. Hierbei muß sich Bonn - nicht nur das Verteidigungsministerium, meine Damen und Herren, sondern das gesamte Kabinett - seiner Verantwortung bewußt werden.

Man ist zum Beispiel bei uns an der Westküste nicht nur einfach arbeitslos. Man verliert auch rasch jegliche Perspektive, wenn man nicht in irgendeinen Ballungsraum umziehen kann, weil dort die Chance größer ist, einen Job zu finden. Die strukturschwachen Regionen und ihre Menschen

brauchen endlich Perspektiven, denn sonst blutet unser Land langsam, aber sicher aus.

Bonn ist schon vom Grundgesetz her verpflichtet, überall in der Bundesrepublik für eine annähernd gleiche Lebensqualität zu sorgen. Hierzu gehört auch ein funktionierendes Konversionsprogramm, das schnell und effektiv greift.

Was die ehemaligen **Liegenschaften** der Bundeswehr betrifft, meine Damen und Herren, so wurden schon ganz andere Objekte für weniger sinnvolle Zwecke als die Nutzung durch eine Kommune für eine symbolische Mark verkauft. Man könnte im Grunde genommen sagen, das, was die Treuhand geschafft hat, müßte die Bundesvermögensverwaltung doch auch schaffen.

Zum Schluß: Es gibt einige hier im Raum, die sicherlich schon an Konversionsriten teilgenommen haben. Es war in der Vergangenheit müßig, literweise Kaffee zu trinken, ohne irgend etwas bewegen zu können. Denn es ist nachweislich so, daß von dem, wovon wir geträumt haben, anschließend wenig umgesetzt wurde. Die Gelder, die in die Region geflossen sind, waren viel zu wenig. Es ist absolut unzureichend, was in diesem Zusammenhang aus Bonn in die Region geflossen ist.

Aus diesem Grunde werden wir dem dritten Abschnitt des Antrages der CDU zustimmen können und natürlich dem Antrag der SPD. Hoffentlich wird es uns nützen; denn es kommen in diesem Bereich auf uns mit Sicherheit harte Zeiten zu. Wir werden uns gerade mit dem Thema Konversion in der Region, in den Gebietskörperschaften eingehend beschäftigen müssen. Hoffentlich finden wir Gehör.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich darf mir eine Bemerkung erlauben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn der Geräuschpegel insgesamt noch etwas gedämpft werden könnte, dann wäre es für uns alle leichter, auch die letzte Stunde durchzustehen.

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Rodust.

Ulrike Rodust [SPD]:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Schmitz-Hübsch, Sie reizen mich dazu, drei Bemerkungen zu Ihrem Vortrag zu machen.

Erstens. Ich möchte klarstellen, daß die SPD eine eindeutige Beschlußlage hat. Wir stehen zu dieser Bundeswehr. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie nicht immer den alten Zopf wieder hervorholen und behaupten würden, die SPD sei bundeswehrfeindlich.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das nehmen wir gern zur Kenntnis, dankbar!)

Zweitens. Die Verantwortung liegt doch wohl nach wie vor bei der Bundesregierung. Wenn ich Ihrer Rede zuhöre, habe ich wirklich den Eindruck, als gehöre der Bundesminister der SPD an. Sonst könnte ich mir Ihre Verhaltensweise nicht erklären.

(Lachen bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Den Eindruck habe ich manchmal auch!)

Drittens würde ich gern mit der Mär von der Umsatzsteuer aufhören. Vielleicht sollten wir hier einmal ein kleines Rechenspiel vollziehen. Ich möchte Sie daran erinnern, daß wir im Jahr 1992 durch den Wegfall der Strukturhilfe 252 Millionen DM weniger zu verzeichnen hatten. Dann haben wir in der Zeit von 1992 bis 1994 wieder etwas Geld bekommen, nämlich 283 Millionen DM bei der Umsatzsteuer. Aber dann kommt es: Dann durften wir 1 Milliarde DM für den Fonds Deutsche Einheit abgeben.

Nun frage ich Sie, wie das Konversionsprogramm des Bundes aussieht. Ich denke, der Bund sollte eine klare Linie fahren und uns endlich die entscheidenden Gelder zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD - Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Minister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst Ihnen, Frau Schmitz-Hübsch, meine Bewunderung dafür ausdrücken, wie Sie es geschafft haben, über den Verteidigungshaushalt, die Bundeswehrstationierung, die Wehrpflichtfrage, das Konversionsprogramm die Avuskurve immer weiter auszusteuern bis hin zu dem Regionalprogramm, der einzelbetrieblichen Förderung und zu Herrn Professor Potthof. Sie haben, glaube ich, auch noch den Bundesvorsitzenden der SPD erwähnt. Ich bin heute nachmittag intellektuell nicht mehr dazu in der Lage, auf alle diese Punkte einzugehen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei dem letzten stimmen wir zu!)

Das schaffe ich nach dieser Woche nicht mehr. Ich sage Ihnen aber zu, daß ich Ihnen im Ausschuß wie auch natürlich im Plenum zu allen diesen Aspekten Rede und Antwort stehen werde. Ich denke, es ist in Ihrem Sinn, wenn ich jetzt nicht zu einem 60minütigen Vortrag anhebe.

(Beifall bei der CDU)

Ich konzentriere mich also auf den Antrag der F.D.P. Ich habe ihn genau gelesen, wie ich alle Anträge der F.D.P. lese.

(Zuruf von der F.D.P.: Es geht um das Verstehen!)

Sie sprechen von der zukünftigen Stationierungsplanung sowie von damit einhergehenden Überlegungen über weitere Reduzierungen der Truppenstärke der Bundeswehr. Das macht neugierig darauf, welche zukünftige **Stationierungsplanung** Sie meinen, wenn Sie nicht auf die jetzt aktuell gewordene Depotplanung eingehen wollen, die es noch nicht gab oder die jedenfalls zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht öffentlich war.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die noch nicht öffentlich war!)

Das provoziert die Frage, welche zusätzlichen Informationen Ihnen vorliegen, die beispielsweise

der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder dem SSW in diesem Land nicht vorliegen. Wenn Sie solche Informationen über die zukünftige Stationierungsplanung mit weiteren Reduzierungen vorliegen haben, wäre ich dankbar, wenn Sie sie auf den Tisch legten. Wenn Sie sie aber nicht haben, dann nehmen Sie es mir bitte nicht übel, wenn ich Ihnen ernsthaft sage, daß es dadurch zu weiteren Verunsicherungen in diesem Land kommen kann, gerade auch bei Bundeswehrangehörigen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe keine Mühe, auf jene Passage des Koalitionsvertrages hinzuweisen, in der sich diese Landesregierung den Bundeswehrangehörigen in Schleswig-Holstein besonders verpflichtet fühlt.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte in einer zweiten Bemerkung daran erinnern, daß diese Materie ohnehin nicht neu ist und diesen Landtag wiederholt beschäftigt hat. Das hat immerhin am 30. März 1995 zur Verabschiedung einer Resolution zur damaligen Stationierungsplanung oder den Konzepten des Bundesverteidigungsministeriums geführt. Übrigens wurde diese Resolution einstimmig getragen von der SPD, der CDU und dem SSW. Erstaunlicherweise wurde sie von der F.D.P. nicht getragen. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, haben Sie dies damit begründet, daß es wirklichkeitsfremd sei zu glauben, daß wir, Landtag und Landesregierung, auf die Stationierungsplanung des Bundesverteidigungsministers nachhaltig Einfluß nehmen könnten oder daß er sich mit uns abstimmen würde. Wenn ich jetzt Ihren Antrag mit einer entsprechenden Aufforderung lese, dann muß es zu einer fundamentalen Meinungsänderung gekommen sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein! Wir reden nicht von Abstimmung! Sie lesen nicht richtig!)

Denn jetzt haben Sie offenbar den Eindruck, daß wir mit Ihrer Resolution einen Effekt erzielen können, den wir damals, am 30. März 1995, offenbar nicht erzielen konnten.

Da mich Ihr Antrag mehr als neugierig gemacht hat, haben wir uns natürlich auch beim BMVg erkundigt

und am 14. Mai die Nachricht bekommen, es gibt in der Tat keine zukünftige Stationierungsplanung mit weiteren **Reduzierungen** in Schleswig-Holstein. Das wissen wir als Landesregierung in Wertschätzung der Bundeswehr und in Beachtung ihrer regionalwirtschaftlichen Bedeutung gerade in den schwächer strukturierten Gebieten sehr zu schätzen.

Dennoch ist uns auch schon damals im März und später immer klar gewesen, daß die Entscheidungen des Bundesverteidigungsministers vom Juni 1995 zur Anpassung der Streitkräftestrukturen, der Territorialen Wehrverwaltung und der Stationierung erkennen ließen, daß weitere **Anpassungen** in dem Sanitäts- und Depotkonzept folgen werden, und die liegen ja seit wenigen Tagen vor. Vor zwei Tagen, am 22. Mai, hat Herr Rühle darüber nicht nur die Länder, sondern auch den zuständigen Ausschuß des Deutschen Bundestages unterrichtet. Die alles andere als erfreuliche Nachricht ist, daß Schleswig-Holstein wieder einmal überproportional betroffen ist: Von 995 in Rede stehenden Dienstposten werden wir 480 einsparen. Das ist immerhin eine Quote von 48 bis 49 %. Nur in Bayern sind es mit 59 % mehr. Diese Reduzierungen treffen insbesondere Bargum und Silberstedt. Glinde lasse ich einmal außen vor, weil es in Glinde ohnehin eine Befürwortung dafür gab, das Depot aufzugeben und einer anderen Nutzungsmöglichkeit zuzuführen.

Als Vertreter der Landesregierung kann ich den Standorten, also insbesondere Bargum und Silberstedt, die davon regionalwirtschaftlich nachteilig betroffen sind, nur den Unterstützungskatalog anbieten, den wir den Konversionsstandorten anbieten. Es ist allenfalls etwas tröstlich, daß es für die betroffenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu sozialverträglichen Lösungen kommen und das Ganze in einem Zeitraum von bis zu zehn Jahren realisiert werden soll.

Lassen Sie mich abschließend an die Adresse der Kollegen der F.D.P.-Fraktion sagen: Die Landtagsresolution vom 30. März 1995, der Sie nicht zugestimmt haben, ist in die Stellungnahme des Landes zu den Ressortkonzepten des Bundesministers der Verteidigung eingegangen. Insofern ist ihm unsere Haltung hinlänglich bekannt. Es gibt eigentlich nichts Neues hinzuzufügen; die vorliegenden Resolutionen

aktualisieren das lediglich. Ich habe ein bißchen den Eindruck, daß Sie den Antrag nach dem Motto eines Kinderspieles gestellt haben: Reise nach Jerusalem. Sie wollten herausfinden, wer sich am Ende zwischen allen Stühlen wiederfindet. Ich bin mir nicht so sicher, wen es tatsächlich erwischt hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache beendet. Ich komme zur Abstimmung. Eine Ausschußüberweisung ist nicht beantragt. Also lasse ich in der Sache abstimmen, zunächst über den Entschließungsantrag der F.D.P.-Fraktion, Drucksache 14/22. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/53, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Da signalisiert worden ist, daß die beiden ersten Sätze unter Nummer 3 des CDU-Antrages, Drucksache 14/60, übernommen werden sollen, stelle ich zunächst diesen Teil des CDU-Antrages - „Die Bundesregierung wird aufgefordert... gestaltet werden“ - zur Abstimmung. Wer diesem Teil seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich stelle jetzt den Antrag der CDU, Drucksache 14/60, insgesamt zur Abstimmung. Wer dem Antrag der CDU insgesamt zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der CDU-Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Damit beenden wir diesen Tagesordnungspunkt. Bevor ich Tagesordnungspunkt 13 aufrufe, erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kubicki nach § 55

Abs. 2 unserer Geschäftsordnung das Wort für eine persönliche Erklärung.

(Unruhe bei der SPD)

- Herr Kubicki hat nach unserer Geschäftsordnung das Recht dazu, und er darf jetzt die persönliche Erklärung abgeben.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muß bedauerlicherweise eine persönliche Erklärung abgeben, nachdem der Abgeordnete Neugebauer seinerseits nicht nur eine persönliche Erklärung mit Angriffen gegen mich abgegeben, sondern diese auch der Presse zur Verfügung gestellt hat. Es ist notwendig, darauf zu reagieren.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das ist die neue Sachlichkeit! - Unruhe)

Herr Kollege Neugebauer, zu Parlamentarischen Staatssekretären wird man berufen, man bewirbt sich nicht.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Wozu gibt es denn in der Fraktion eine Abstimmung? - Weitere Zurufe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Redner.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Es schmeichelt mir immer, wenn mich Menschen für fähig halten, bestimmte Funktionen wahrzunehmen, wie der Kollege Möllemann. Das scheint mir häufiger zu begegnen als Ihnen.

In der F.D.P.-Fraktion gab es eine nicht von mir betriebene Kandidatur zwischen dem Kollegen Funke und mir

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- warten Sie einmal ab -, die durchaus als politisches Signal gewertet werden konnte und wurde. Ich habe immer deutlich gemacht, daß der Schwerpunkt meiner politischen Tätigkeit 1991 ff. in Schleswig-Holstein lag.

Herr Präsident, ich muß jetzt aus dem Plenarprotokoll der 5. Sitzung der 13. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 26. August 1992 zitieren :

„In der Presse ist ja spekuliert worden, Herr Abgeordneter Kubicki - ich wende mich jetzt an Sie -, daß Sie vielleicht in der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages als Parlamentarischer Staatssekretär in Betracht kämen. Beim Wirtschaftsministerium, beim Justizministerium waren Sie im Gespräch.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihnen ist sicherlich schon aufgefallen, daß ich kein Bundestagsmandat mehr habe!)

- Ja.“

- So damals Innenminister Bull .-

„Aber Sie hatten die Chance oder die Absicht, einen solchen Ruf anzunehmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Wenn er Sie nun tatsächlich ereilt hätte“

- so Herr Bull weiter -,

„hätten Sie ihn dann abgelehnt wegen Ihrer rechtsstaatlichen, verfassungsrechtlichen Bedenken?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber selbstredend, Herr Professor Bull!“

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Professor Bull fährt fort:

„Wir sollten zu Protokoll festhalten, daß Herr Kubicki den Ruf als Parlamentarischer Staatssekretär in die Bundesregierung abgelehnt hätte. Das ist interessant.“

Soweit das Zitat aus der 5. Sitzung der 13. Wahlperiode! Ich darf weiter aus der 12. Sitzung der 13. Wahlperiode vom 11. November 1992 den Abgeordneten Günter

Neugebauer, der damals folgende Zwischenfrage stellte, zitieren:

„Sehr geehrter Herr Kollege Buchholz, ist Ihnen noch erinnerlich, daß sich unser verehrter Kollege Kubicki noch vor zwei Jahren, wenn auch ergebnislos, in der F.D.P.-Bundestagsfraktion um das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs bemüht hat?“

Antwort des Kollegen Buchholz:

„Herr Kollege Neugebauer, Ihnen ist nicht erinnerlich, was der Kollege Kubicki ausweislich des Plenarprotokolls dazu als Zwischenruf auf den Einwand des Innenministers, der dies in entsprechender Form vorgetragen hat, geantwortet hat. Er hat nämlich gesagt, er hätte es nicht angenommen. Das ist hier zu Protokoll genommen worden.“

(Beifall bei der F.D.P. - Lachen bei der SPD)“

(Peter Zahn [SPD]: Heute auch! - Lachen bei der SPD)

„Ob Sie dazu lachen oder nicht - ich kann mir da eine gewisse Heiterkeit auch nicht verkneifen.“

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P., der SPD und der CDU)“

Kollege Neugebauer, ich halte meine Äußerung von gestern aufrecht: Ihre Frage ist in diesem Hohen Haus schon dreimal gestellt und dreimal beantwortet worden. Offensichtlich hören Sie auch hier nicht richtig zu. Ihre Äußerung trifft nicht zu. Das belege ich anhand des Plenarprotokolls, das ich gerade verlesen habe.

(Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wir haben die persönliche Erklärung des Herrn Abgeordneten gehört und zur Kenntnis genommen. Eine Aussprache dazu gibt es natürlich nicht. Falls es weiteren Klärungsbedarf zwischen denjenigen, die hier persönliche Erklärungen abgegeben haben,

geben sollte, können Sie einmal überlegen, ob Sie das in diesem Hohen Hause tun oder den Fall unter sich bereinigen sollten.

(Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 13 auf:

Rückkehr der bosnischen Flüchtlinge

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/40 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/61

Das Wort zur Begründung wird offensichtlich nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache und erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten die Initiative für diesen Antrag ergriffen, und dann haben wir ihn mit den Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion durchgesprochen, so daß daraus schließlich ein gemeinsamer Antrag entstanden ist, den ich hier nach einer Absprache als erste vorstellen möchte.

Wie Sie wissen und sicherlich mitverfolgt haben, ist Anfang Dezember des letzten Jahres in Dayton ein Abkommen darüber unterzeichnet worden, daß in Bosnien ein Waffenstillstand eingeleitet werden sollte, der einen Friedensprozeß vorzubereiten hatte. Zu diesem **Dayton-Abkommen** hat es verschiedene Anhänge und Zusätze gegeben. Den Annex VII dazu hat die Bundesregierung mit unterschrieben. Die Bundesrepublik steht insofern auch mit in der Verantwortung für das, was dort passiert.

Kurze Zeit später - ich glaube, es war genau eine Woche später - traf sich zum ersten Mal die Konferenz der deutschen Innenminister, um darüber zu beraten, was mit den Flüchtlingen zu geschehen habe. Die erste Amtshandlung nach diesem sehr mühsam zustande gekommenen Waffenstillstandsabkommen war, daß der **Abschiebestopp** für bosnische Flüchtlinge aufgehoben wurde, und zwar - wenn ich mich richtig erinnere - bis zum 31. März 1996. Es erwies

sich relativ schnell, daß das unhaltbar war, und so traf sich die Innenministerkonferenz am 18. Januar wiederum, um dann zu beschließen: Vom 1. Juli 1996 an haben die ersten betroffenen Flüchtlinge, je nach persönlicher Situation, unser Land zu verlassen - aus unserer Sicht ohne weitere ausreichende Differenzierung zwischen den verschiedenen persönlichen Situationen und Gegebenheiten, völlig unhaltbar.

Inzwischen haben Ereignisse stattgefunden, die klarmachen, daß in Bosnien, in der Herzegowina und in den übrigen Regionen des vom Bürgerkrieg zerstörten Landes alles andere als Frieden herrscht. Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß es immer noch ethnische Vertreibungen auf allen Seiten gibt. Das ist bei dem, was dort an Schwierigkeiten entstanden ist, was dort an Strukturen zerschlagen worden ist und was an menschlichen und persönlichen und politischen Verhältnissen zerschlagen worden ist, kein Wunder.

Deswegen ist aus unserer Sicht klar, daß es gar nicht darum gehen kann, hier irgendwelche Daten festzuschreiben. Es kann nur darum gehen, die Menschen, die sich aus einer furchtbaren Situation heraus zu uns geflüchtet haben, zu schützen, ihnen einen **gesicherten Aufenthaltsstatus** zu geben, so daß sie ungehindert und ohne Gefahr, an den Grenzen abgewiesen zu werden, wieder zu uns zurück einreisen können, sich aber zuvor davon überzeugen können, wie die Verhältnisse in ihrem ehemaligen Heimatland gediehen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Außerdem muß es ganz viele verschiedene abgestufte Möglichkeiten geben; es müssen zum Beispiel Deserteure und Kriegsdienstverweigerer in besonderer Weise berücksichtigt werden, wenn es darum geht, Rückführungen zu unternehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es müssen ferner Frauen, die schwer traumatisiert sind, natürlich ein Bleiberecht haben. Insgesamt meinen wir, daß es eine Freiwilligkeit bei der Rückkehr geben muß.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist bisher nicht zustande gekommen. Auch die kürzlich am 3. Mai tagende Innenministerkonferenz hat leider die Angelegenheit wieder in das Ermessen der Bundesregierung zurückverwiesen. Wir meinen, daß es dort denkbar schlecht aufgehoben ist, weil wir glauben, daß die Länder dichter an den Flüchtlingen und ihren Bedürfnissen sind. Wir glauben, daß es deswegen richtig ist, daß der Vertreter des Hohen UN-Flüchtlingskommissars ausgesprochen hat, es müßten folgende Voraussetzungen erfüllt sein - ich zitiere das -: Die vollständige Erfüllung des militärischen Teils des Abkommens von Dayton, eine Amnestie für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, Garantien und Kontrollen zum Schutz der Menschenrechte, ein Mindestmaß an Infrastruktur, insbesondere Wohnungen, Schulen, soziale und medizinische Strukturen, die für ein Leben in Würde nötig sind und die Rückkehr in Flüchtlingslager ausschließen, sowie die entschiedene und für die Opfer erkennbare Verfolgung der Kriegsverbrecher.

Bisher ist keine dieser Voraussetzungen erfüllt worden. Deshalb ist unsere Resolution nötig, um dem Innenminister des Landes Schleswig-Holstein den Rücken zu stärken. Er soll sich weiterhin eindeutig für eine **freiwillige Rückkehr** der Flüchtlinge **in Würde** einsetzen. Kein bosnischer Bürgerkriegsflüchtling soll zwangsweise aus Schleswig-Holstein zurückgeschickt werden, solange Gefahr für sein Leben und seine Sicherheit besteht.

Ich weise in dem Zusammenhang auch darauf hin, daß sich ja nicht nur in der Bundesrepublik Flüchtlinge aufhalten, sondern auch in den unterschiedlichen Bereichen und neuen Staatsgebilden des ehemaligen Jugoslawiens gibt es Flüchtlinge, Vertriebene, deren Verbleib noch nicht geklärt ist. Das muß erst einmal bewältigt werden, bevor Flüchtlinge, die sich zu uns geflüchtet haben, dorthin zurück können.

Wir meinen, daß die Freiwilligkeit einer Rückkehraktion, wenn sie dann möglicherweise auch durch einen Fonds gefördert wird, durchaus einen Beitrag zum Wiederaufbau des Landes leisten kann. Aber nur die **Freiwilligkeit** kann das tun. Nach Auffassung der dortigen Repräsentanten stellt

eine zwangsweise Rückkehr ein zusätzliches Gefährdungspotential für den inneren Frieden in der dortigen Region dar, weil die Infrastrukturen eben total zerstört oder überhaupt nicht vorhanden sind.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu dem Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.; ich will das in dieser Rede gleich vorwegnehmen. Die F.D.P. hat einen Änderungsantrag vorgelegt. Ich finde es ganz interessant - Herr Kubicki ist ja anwesend; ich habe ansonsten mit Herrn Dr. Klug darüber geredet -, daß Sie sich gestern ausführlich über „sollte“, „hätte“, „habe“ als weiche Formulierungen im Koalitionsvertrag geäußert haben, daß man jetzt aber richtig erleben kann, wie so etwas zustande kommt. Wenn es darum geht, eine Resolution mit einer möglichst großen politischen Breite hinzubekommen, dann ist es unter Umständen wichtig, einmal zu einer weicheren Formulierung zu greifen, obwohl einem die härtere Formulierung eigentlich mehr am Herzen liegt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So kann ich überhaupt nicht leugnen, daß ich mich freute, wenn wir auf diese Weise erreichen könnten, daß die Mehrheit für diesen sehr wichtigen Antrag deutlich verbreitert würde. Ich glaube, daß das auch für den Innenminister ein erfreuliches Gepäck wäre, das er in dieser schwierigen Situation mit zur Innenministerkonferenz nehmen könnte. Deswegen haben sich SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf geeinigt, die beiden Änderungswünsche der F.D.P. aufzunehmen. So soll der erste Satz in dem zweiten Absatz unseres Antrages Drucksache 14/40 (neu) nunmehr lauten: „Jeder Rückführungsplan sollte sich grundsätzlich am Prinzip der Freiwilligkeit und - im Einklang mit internationalen Prinzipien - insbesondere an folgenden Eckpunkten orientieren: ...“

Weiter hat die F.D.P. beantragt, in der Nr. 3 den ersten Halbsatz wie folgt zu formulieren: „Die Bundesregierung wird gebeten, ...“ Wie gesagt: Die härtere Formulierung mit „aufgefordert“ wäre mir an dieser Stelle aus verschiedenen Gründen wichtig, aber ich glaube auch, daß eine von der breiten Mehrheit getragene politische Resolution das Allerwichtigste ist, so daß dem Priorität zu geben ist. Deswegen stimmen wir den diesbezüglichen Änderungsanträgen der F.D.P. zu und freuen uns

über Ihre Zustimmung zu diesem Antrag, den der Innenminister dann im Juni - ich glaube, das ist der Monat der nächsten Sitzung der Innenministerkonferenz - mitnehmen kann. Wir hoffen im Interesse des Friedens in Europa auf einen Erfolg, für den auch wir hier in Schleswig-Holstein Verantwortung tragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bundesrepublik Deutschland hilft im Rahmen ihrer Möglichkeiten und ihrer internationalen Verantwortung Menschen - wie im vorliegenden Fall den bosnischen Flüchtlingen -, die durch Kriegshandlungen betroffen wurden und bei uns Schutz und Zuflucht gesucht und gefunden haben. Wenn die Ursachen, die zur Zufluchtgewährung geführt haben, nicht mehr vorhanden sind, ist eine Rückkehr der Flüchtlinge in ihr Heimatland im Einklang mit den internationalen Prinzipien einzuleiten. Die Bundesregierung hat hierzu im Einvernehmen mit den Ländern Regelungen vereinbart, die eine **stufenweise Rückführung** von Flüchtlingen im Einklang mit den Friedensvereinbarungen von Dayton zum Inhalt haben.

Frau Fröhlich - nun sollten Sie einmal etwas aufpassen -,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich passe immer auf!)

ich habe mich darüber gefreut, daß der erste Antrag von Ihnen modifiziert wurde; denn in Ihrem zweiten Antrag findet sich etwas mehr Sachkenntnis, die ich allerdings wiederum in dem eben von Ihnen geleisteten Beitrag zum Teil vermißt habe. Der Stufenplan vom 26. Januar 1996 nimmt gerade Rücksicht auf die in Deutschland lebenden Flüchtlinge,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, eben!)

indem er eine zeitlich gestaffelte und an sozialen Gesichtspunkten orientierte Rückführung vorsieht.

Zunächst sollen jene Flüchtlinge zurückkehren, für die die geringsten persönlichen Belastungen entstehen und die am ehesten einen aktiven Beitrag zum Wiederaufbau ihres Landes leisten können.

Ausgehend von dieser Überlegung hat die **Innenministerkonferenz** folgende **Staffelung** beschlossen:

In der ersten Phase ab Juli 1996 sollen alleinstehende Erwachsene, Erwachsene, deren Ehegatte und/oder minderjährigen Kinder in Bosnien Herzegowina leben, sowie Ehepaare ohne Kinder zurückkehren.

In der zweiten Phase ab 1. Mai 1997 ist die Rückführung der übrigen Flüchtlinge vorgesehen.

Ausgenommen von dieser Regelung sind bestimmte Härtefälle wie zum Beispiel raumatisierte Personen, unter bestimmten Voraussetzungen Personen, die 65 Jahre und älter sind, Schüler und Auszubildende mit bevorstehendem Abschluß, Zeugen, die vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag geladen sind. Hier wird im Einzelfall geprüft, ob beziehungsweise wann eine Rückführung möglich ist.

Der Stufenplan vom 26. Januar 1996 enthält darüber hinaus allerdings auch bestimmte Voraussetzungen für den tatsächlichen Beginn der Rückführungen. Es sind das erstens die weitere Stabilisierung der Lage vor Ort, zweitens ausreichende Amnestieregelungen und drittens Rückführungen ohne Gefahr für Sicherheit und Leben der Rückkehrer.

Im Hinblick darauf behielt sich die Innenministerkonferenz auch ausdrücklich eine situationsbedingte Anpassung des Beschlusses vor.

Im Beschluß der Innenministerkonferenz vom 3. Mai 1996 wird als Voraussetzung für die zwangsweise Rückführung bekräftigt, daß keine Gefahr für Sicherheit und Leben der Rückkehrer bestehen darf. Die Entscheidung, ob diese Bedingungen gegeben sind, hängt unter anderem von einer Information des Auswärtigen Amtes über die Lage in den Ortschaften und Regionen in Bosnien-Herzegowina ab, die mit dem IMK-

Beschluß vom 3. Mai 1996 angefordert wurde. Es ist richtig, daß diese Auskunft leider bis zum heutigen Tage noch nicht vorliegt.

Eine zwangsweise Rückführung in eine „völlig ungeklärte Situation“ ist durch diese Bemühungen der Bundesregierung ebenso ausgeschlossen wie eine **Rückführung** von nach wie vor gefährdeten Personen. Der Beschluß der Innenministerkonferenz vom 26. Januar dieses Jahres nimmt ausdrücklich bestimmte besonders belastete Personengruppen - wie bereits dargestellt - von dem Rückführungsplan aus und behält sich eine gesonderte Regelung für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure - wie Sie sie auch angesprochen haben - vor, falls eine Amnestie in der Teilrepublik Srpska nicht zustande kommt.

Und nun noch einmal zu Annex VII des **Abkommens von Dayton**.

In Kapitel 1 Artikel I Ziffer 1 von Annex VII zum Friedensvertrag von Dayton wird allen Flüchtlingen das Recht auf freie Rückkehr in ihre ursprünglichen Häuser und Wohnungen zugestanden. Diese Verpflichtung trifft die Vertragsparteien der „Vereinbarung über Flüchtlinge und Vertriebene“ in Annex VII, also die Republik Bosnien Herzegowina und die beiden Teilrepubliken der Föderation und der Srpska. Eine Verpflichtung Deutschlands oder anderer Aufnahmeländer, die **Rückkehr** in die **Herkunftsorte** zu garantieren, läßt sich aus Annex VII ebensowenig herleiten wie eine Verpflichtung, den Flüchtlingen, die nicht in ihre Herkunftsorte zurückkehren können oder wollen, ein weiteres Aufenthaltsrecht in Deutschland zu gewähren.

Sofern Alternativen vorhanden sind, das heißt die Flüchtlinge in anderen Orten aufgenommen werden und in Sicherheit leben können, ist eine **Rückkehr** in das **Herkunftsland** auch dann zumutbar, wenn diese Rückkehr mit einer Neuansiedlung in einer anderen Region des Landes verbunden ist. Dies entspricht auch der Auffassung des UN-Flüchtlingskommissars, der die Neuansiedlung in sicheren Gebieten ausdrücklich in seinem Operationsplan zur Rückführung der Flüchtlinge vorgesehen hat.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht wahr!)

Die Bundesregierung steht in Verhandlungen mit der Republik Bosnien-Herzegowina über den Abschluß eines Rückübernahmeabkommens, mit dem die Details sowohl für die freiwillige Rückkehr als auch für zwangsweise Rückführungen geregelt werden sollen. Diese Verhandlungsrunde findet am 23. und 24. Mai 1996, also während unserer Tagung, in Bonn statt.

Auch die Aufforderung in Kapitel 1 Artikel II Ziffer 1 in Annex VII, die Voraussetzungen für eine freiwillige Rückkehr und harmonische Wiedereingliederung zu schaffen, richtet sich an die Vertragsparteien. Die Bundesregierung trifft hier ebenfalls keine Verpflichtung. An die Aufnahmestaaten richtet sich dagegen die Aufforderung, „die frühzeitige Rückkehr von Flüchtlingen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu fördern“. Ergänzend hierzu wird Deutschland folgende Maßnahmen zur **Förderung der freiwilligen Rückkehr** ergreifen.

Erstens: die Ermöglichung von **Orientierungsreisen** zur Vorbereitung der freiwilligen Rückkehr sowie von Wahlreisen zu den voraussichtlich im September stattfindenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Das in diesem Zusammenhang erforderliche Transitabkommen mit Österreich, Slowenien, Kroatien und der Schweiz wird am 29. Mai 1996 unterzeichnet werden und kann dann zum 1. Juli 1996 in Kraft treten. Flüchtlingen, die in diesem Zusammenhang ihre Heimat besuchen, wird eine zeitlich befristete Rückkehrgarantie gegeben.

Zweitens: Errichtung von **Informationsbüros** in einigen Bundesländern, in der Regel in Zusammenarbeit mit Flüchtlingshilfeorganisationen oder Wohlfahrtsverbänden; Planungen werden herbeigeführt.

Drittens: bilaterale **Wiederaufbauprogramme** zur Förderung der Infrastruktur beziehungsweise Not- und Flüchtlingshilfe insbesondere für den Wohnungsbau. Die verschiedenen entsprechenden Programme des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung belaufen sich für den Zeitraum 1993 bis 1996 auf insgesamt rund 102 Millionen DM.

Bereits im Beschluß der Innenministerkonferenz vom 26. Januar 1996 wurde eine möglichst enge **Konsultation** mit dem **UN-Flüchtlingskommissar** und der **EU** gefordert. Dementsprechend finden

auch regelmäßige Gespräche mit dem Hohen Flüchtlingskommissar statt sowohl auf internationaler Ebene wie zuletzt am 13. Mai 1996 in Genf, als auch bilateral. Von besonderer Bedeutung ist weiter auch die enge Kooperation vor Ort in Bosnien-Herzegowina, die durch die Anwesenheit von zwei Mitarbeitern des Bundesministeriums des Innern an der Deutschen Botschaft in Sarajewo unterstützt wird. Die Überlegungen der Bundesregierung werden zudem in den entsprechenden Gremien der EU erörtert.

Aus den von mir hier vorgetragenen Gründen ergibt sich klar und deutlich, daß zusätzlicher Handlungsbedarf nicht besteht. Von daher ist der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen. Hinzu kommt, daß Sie, Herr Innenminister, mit Erlaß vom 9.5.1996 auf der Grundlage der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 3.5.1996 die Landräte und Oberbürgermeister als Ausländerbehörden sowie das Landesamt für Ausländerangelegenheiten in Schleswig-Holstein angewiesen haben, bis zur Klärung der noch offenen Fragen keine weiteren Ausreiseaufforderungen und Abschiebungsandrohungen auf der Grundlage Ihres früheren Erlasses umzusetzen. Diese Entscheidungen sind meines Wissens auch in den übrigen Bundesländern so ergangen.

Die nächste Verhandlungsrunde - ich hatte es vorhin schon angesprochen - über das Rückführungsabkommen findet in diesen Tagen statt. Das Transitabkommen soll am 29.5.1996 unterzeichnet werden, so daß dann die Bundesregierung, wenn das Auswärtige Amt über die Lage vor Ort berichten kann, ihre Hausaufgaben ebenfalls erledigt hat. Wir erwarten von der Landesregierung, daß dann ohne Wenn und Aber nach dem beschlossenen Stufenplan verfahren wird. Die getroffenen Vereinbarungen gewährleisten eine humane Rückführung.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die rechtliche **Situation der Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge** in Deutschland ist nicht gut. Sie sind von der Anerkennung als politische Flüchtlinge ausgeschlossen. Der von vielen Verwaltungsgerichten und Oberverwaltungsgerichten vertretenen Auffassung, daß ihnen in Verbindung mit der Europäischen Menschenrechtskonvention wenigstens Abschiebungsschutz zu gewähren ist, wenn sie in ihrem Heimatland durch den dort tobenden Bürgerkrieg an Leib und Leben akut gefährdet sind, wurde durch die außerordentlich rigide und enge Rechtsauslegung des **Bundesverwaltungsgerichts** weitgehend der Boden entzogen.

Die SPD-Fraktion hält aus humanitären Gründen diese Rechtslage für nicht vertretbar. Wir halten es insbesondere nicht für vertretbar, daß die Genfer Konvention und die Europäische Menschenrechtskonvention durch das undurchdringliche Gestrüpp der deutschen Binnenregelungen des Asyl- und Ausländerrechts praktisch ausgehebelt werden.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hinzu kommt: Der mit dem Asylkompromiß vereinbarte temporäre Bleibestatus für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge zur Entlastung der Asylverfahren ist als gescheiteres Unterfangen anzusehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch ist das!)

Eine Einigung zwischen dem Bundesinnenminister und den Innenministern und -senatoren der Länder kam aufgrund divergierender Auffassungen über den Stellenwert humanitärer Hilfe und insbesondere wegen der Kostenfrage bisher nicht zustande, Herr Kubicki.

Die SPD-Fraktion wird auch vor dem Hintergrund der Geschichte ihrer Partei und ihres Selbstverständnisses weiterhin mit allem Nachdruck und ohne Berücksichtigung von populistischen Stimmungen eine praktikierbare gesetzliche

Regelung für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge einfordern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solange gesetzliche Regelungen nicht erreicht werden, sind wir zum Beispiel auf die Konferenz des Bundes und der Landesinnenminister und -ministerinnen angewiesen. Diese Notwendigkeit hat zu dem heutigen **Antrag** von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD geführt. Der Antrag enthält einen doppelten Appell, den **Appell** an die Innenminister, sich weiterhin - weiterhin, Herr Kollege Maurus! - dafür einzusetzen, daß kein bosnischer Bürgerkriegsflüchtling zwangsweise aus Schleswig-Holstein in seine Heimat zurückgeschickt wird, solange eine Gefahr für sein Leben und seine Sicherheit besteht,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist völlig unstrittig!)

und den Appell an die Bundesregierung, die Vertragsstaaten des Flüchtlingsabkommens von Dayton gemäß Annex VII auf ihre Verpflichtung hinzuweisen, in ihren Hoheitsgebieten die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen zu schaffen, die für die freiwillige Rückkehr und harmonische Wiedereingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen ohne Bevorzugung einer bestimmten Gruppe förderlich sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dafür ist ja die Bundeswehr da!)

Darüber hinaus enthält der Antrag in den Nummern 1, 2 und 4 Orientierungspunkte für Rückführungsplanungen, die für die drei vertragschließenden Staaten von Dayton verbindlich sind.

Soweit mit dem Antrag an den Innenminister appelliert wird - Herr Kollege Maurus hat schon darauf hingewiesen -, nehmen wir als SPD-Fraktion dankend zur Kenntnis, daß bereits intensive Aktivitäten stattgefunden haben. Der Innenminister hat öffentlich bereits verlautbart, daß Bürgerkriegsflüchtlinge nicht zwangsweise nach Bosnien zurückgeschickt werden, solange eine Gefahr für ihr Leben und ihre Sicherheit besteht. Der Minister hat die Bundesregierung auch bereits

aufgefordert, völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen über Rückführungsabkommen zu schließen. Er hat die Bundesregierung entsprechend Nummer 5 des Antrages aufgefordert, mit den Transitstaaten Österreich, Slowenien und Kroatien völkerrechtlich verbindlich Transitabkommen zu schließen.

Lassen Sie uns durch breite Zustimmung zu unserem Antrag den Innenminister bei seinen künftigen und weiteren Bemühungen unterstützen. Der größte Erfolg auch unseres Innenministers ist, daß die zunächst für den 1. Juli ins Auge gefaßte zwangsweise Rückführung von bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen mit der Innenministerkonferenz vom 3. Mai vom Tisch ist.

In **Schleswig-Holstein** leben zur Zeit rund 4000 **Bürgerkriegsflüchtlinge**. Ich möchte mit einem dreifachen Appell an uns alle schließen.

Erstens. 4000 ist eine für den einen oder die andere von uns vielleicht sehr hohe, möglicherweise zu hohe Zahl. Lassen Sie uns trotzdem Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, aber auch Asylsuchende und Armutsflüchtlinge nie nur als statistisches Zahlenmaterial, sondern immer als menschliche Lebewesen behandeln.

(Beifall bei SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Macht das der Innenminister nicht?)

Zweitens. Die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen kostet Geld. Lassen Sie uns trotzdem Flüchtlinge niemals nur als fiskalische Manövriermasse, sondern immer als Mitmenschen behandeln.

Drittens. Herr Kollege Kubicki,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das muß eine Aufforderung an den Innenminister sein!)

Sie haben gestern in der Debatte zur Regierungserklärung sinngemäß gesagt, es sei beschämend, daß Flüchtlinge besser untergebracht seien als Polizeibeamtinnen und -beamte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Umgekehrt! Es ist beschämend, daß

die Polizei schlechter untergebracht ist! Das ist beschämend!)

- Herr Kollege, ich finde diese Ihre Äußerung beschämend.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns alle, die wir hier sitzen und politische Verantwortung tragen, um der Menschen willen Flüchtlings- und andere Gruppen unserer Bevölkerung niemals gegeneinander ausspielen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Puls hat wieder einmal nachdrücklich demonstriert, daß er die vereinbarte Redezeit als Höchstzeit und nicht als Mindestzeit ansieht.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen einfach einen Gedanken in den Raum stellen, über den alle Beteiligten in der Debatte länger nachdenken sollten und müßten, nämlich die Frage, ob es nicht möglicherweise der militärische Druck gewesen ist, den die UNO und andere Staaten der Völkergemeinschaft ausgeübt haben, der uns heute darüber diskutieren läßt, wie **Flüchtlinge** zurückkehren können, statt darüber, daß wir mehr Flüchtlinge erhalten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Fraktion hat sich bei der Beratung dieses Antrags gefragt, warum durch den Antrag - wir haben das nicht verstanden, Frau Fröhlich - Gräben aufgerissen werden, die gar nicht bestehen. Das, was in dem Antrag gefordert wird, ist nämlich mittlerweile entweder geltende Rechtslage, oder wir befinden uns auf einem guten, gemeinsamen Weg dorthin, daraus geltende **Rechtslage** zu machen. Daß hier nur gefordert wird, was ohnehin außer Streit steht - jedenfalls in meiner Partei unbestritten ist; ich verweise auf die Darstellungen, die die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung,

Cornelia Schmalz-Jacobsen, vor zwei Tagen vor der Bundespressekonferenz gegeben hat -,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Damit habe ich keine Probleme! Das ist allerdings wahr!)

werden wir diesem bedeutenden **Antrag**, von dem wir glauben, daß der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung sicher darauf hören werden, unsere Zustimmung nicht versagen.

Herr Innenminister, Sie sind über die Medien und - so nehme ich an - auch per Schreiben aufgefordert worden, an einem runden Tisch zwischen Bundesregierung, Landesregierungen und Gemeinden, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen teilzunehmen, um die Probleme, die bei der Rückführung von bosnischen Flüchtlingen auftauchen, menschenwürdig und menschenrechtskonventionsgemäß zu regeln.

Frau Fröhlich, Sie haben gesagt, daß Sie den von uns eingebrachten kleinen Änderungen zustimmen wollen. Ich will Ihnen keine juristische Lektion erteilen. Da wir uns aber in einem Bereich befinden, in dem wir es auch mit Außenpolitik zu tun haben, sage ich Ihnen: Fremde Regierungen bittet man, man fordert sie nicht auf - es sei denn, man macht daraus nächste Aktionen. „Hat grundsätzlich“ ist in der juristischen Sprache so etwas wie: Es gibt viele Ausnahmetatbestände. Es ist gegenüber „sollte“ keine Verstärkung, sondern im Prinzip das gleiche. Deswegen haben wir darum gebeten, uns bei der Formulierung entgegenzukommen. Das liest sich einfach netter für die, die es lesen sollen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Die Bundesregierung ist für dieses Parlament eine „fremde Regierung“.

Wie die SPD bereits im Bund erklärt hat, fehlt nach unserer Auffassung den Innenministern von Bund und Ländern - das sagen wir auch dem Innenminister des Landes Schleswig-Holstein - ein klares **Konzept**, die **Rückkehr** der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge zu ermöglichen. Wir alle setzen auf Freiwilligkeit und sollten tunlichst alles unternehmen, diejenigen, die bereits bereit sind, in

ihre Heimat zurückzukehren, um dort am Wiederaufbau mitzuwirken, zu unterstützen.

Herr Innenminister, was wir dringend benötigen, was der Bund dringend benötigt, ist eine **Erhebung der Daten** über die Flüchtlinge selbst. Es ist nötig, Erkenntnisse über Herkunftsort, Volks- und Religionszugehörigkeit, berufliche Qualifikation und Rückkehrwünsche zu erhalten, die gegenwärtig nicht vorliegen. Auch hier hat das Land Schleswig-Holstein seine Hausaufgaben zu erledigen - wie im übrigen alle anderen Bundesländer auch. Es wäre an der Zeit, wenn man den Prozeß des Wachstums der Staaten auf dem Balkan befördern will, diese Hausaufgaben schnellstmöglich zu erledigen. Auch ist die Einrichtung eines Informations- und Koordinierungsbüros in Schleswig-Holstein dringlich, das die Flüchtlinge beraten sowie bei der Vorbereitung und Durchführung der Rückkehr helfen kann.

Wie Sie sicherlich der Presse entnommen haben, hat sich nicht nur die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, sondern auch der Vorsitzende meiner Partei, Wolfgang Gerhardt,

(Holger Astrup [SPD]: Wie heißt der?)

dafür eingesetzt - dazu stehen wir auch -, das Abkommen mit den Transitländern umzusetzen, aufgrund dessen bosnische Flüchtlinge zu Schnupperreisen in ihre Heimat fahren und wieder zurückkehren können.

Auch hier kann man, Kollegin Fröhlich, wenn man die Vereinbarung von Genf vom 13. Mai 1996 mit den betroffenen Staaten und den Entwurf des Abkommens zwischen Deutschland, Österreich, Slowenien und Kroatien über den visumfreien Transit für Kriegsflüchtlinge zur Kenntnis nimmt, nur sagen: Auch hier befinden sich alle Beteiligten auf einem guten Weg, der unterstützt werden soll.

Daß alle **Flüchtlinge** nur dann zurückgeführt werden, wenn Gefahren für ihre Sicherheit und ihr Leben auszuschließen sind - wirklich auszuschließen sind -, ist für uns einfach eine pure Selbstverständlichkeit. Ich kenne niemanden, Frau Fröhlich, der etwas anderes gefordert hat.

Ebenso muß sichergestellt werden, daß bei **Wehrdienstverweigerern** und **Deserteuren** aus

Bosnien-Herzegowina die geltenden **Amnestiegesetze** Anwendung finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr Worte brauchen wir über diese Selbstverständlichkeiten nicht zu verlieren. Meine Fraktion wird dem vorliegenden Antrag mit den Änderungen zustimmen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir alle verfolgen zur Zeit das Geschehen in Bosnien mit großer Sorge; davon gehe ich einmal aus. Jeden Tag erhalten wir neue Nachrichten, die uns deutlich machen, wie gefährdet der Friedensprozeß und damit auch die Umsetzung des Abkommens von Dayton ist. Bei dieser Ausgangslage wäre die **Rückkehr bosnischer Flüchtlinge** in ihre Heimat - ich denke, dies steht für uns alle ebenfalls außer Frage - nicht zu verantworten.

Auch ich möchte jetzt noch einmal kurz auf den **Stufenplan der Innenministerkonferenz** zur Rückführung bosnischer Flüchtlinge vom Januar eingehen. Vieles ist dazu schon gesagt worden. Ich habe nicht den Eindruck, daß dieser Stufenplan den Eckpunkten des Dayton-Abkommens nicht gerecht würde. Die Rückführung bosnischer Flüchtlinge wird in dem Stufenplan ausdrücklich von der Entwicklung vor Ort und von dem Ergebnis weiterer Verhandlungen abhängig gemacht. Das steht da.

Der Stufenplan läßt auch nicht unberücksichtigt, daß es nach Beendigung des Bürgerkrieges noch für eine längere Zeit Gruppen von Flüchtlingen gibt, die weiterhin bedroht sind. Dies wird durch die Ergebnisse der letzten Sitzung der Innenministerkonferenz von Anfang Mai bestätigt.

Der SSW begrüßt den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen. Was diesen Antrag und den ursprünglichen Antrag der Grünen vom Stufenplan der Innenministerkonferenz unterscheidet, ist die Einräumung des Rechts auf

freiwillige Rückkehr - so drücke ich es einmal aus -, das ist eigentlich der Punkt, der im Widerspruch zu dem Stufenplan steht und der für die Flüchtlinge entscheidend ist. Das ist es, was der SSW unterstützt.

Ob es sinnvoll ist, den Innenminister unseres Landes zu einer bestimmten Haltung aufzufordern, möchte ich allerdings bezweifeln. Die Sorgen und Nöte der Flüchtlinge sollten ernstgenommen werden - das ist klar -, und ich halte es für fragwürdig, sie für einen Antrag zu benutzen, mit dem nichts für sie zu erreichen ist. Das muß ich allerdings auch sagen.

Wenn sich in der Vergangenheit jemand vehement für die Belange der Flüchtlinge eingesetzt hat, dann ist es doch unser Innenminister gewesen, dem ich an dieser Stelle ausdrücklich unser Vertrauen aussprechen möchte.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Angelika Volquartz [CDU])

Ich sage dies auch noch einmal ganz deutlich vor dem Hintergrund des Asylurteils; ich weiß, daß das für Sie, Herr Wienholtz, sehr schmerzlich gewesen ist.

Ich bin davon überzeugt, daß Herr Wienholtz alles in seiner Macht Stehende unternommen hat und unternimmt, um eine Rückführung bosnischer Flüchtlinge auf freiwilliger Basis durchzusetzen. Wir haben aber Verständnis dafür, daß der neue gemeinsame Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen für notwendig gehalten wurde, um den ursprünglichen Antrag der Grünen zu ändern.

Die Entscheidung für den Antrag schadet nicht, denn der Innenminister wird zu einem Verhalten aufgefordert, das ohnehin seinem bisherigen Verhalten entspricht. Insofern könnte man auch sagen, daß dieser Antrag ein Selbstgänger ist. Aber Vorsicht ist nun einmal die Mutter der Porzellankeise, und auch darum werden wir diesem Antrag zustimmen. Wir begrüßen auch sehr, daß jetzt aus diesem Antrag ein gemeinsamer Antrag geworden ist.

Wir werden also jetzt auch diesem neuen gemeinsamen Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Dr. Wienholtz.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Spoorendonk, ich bedanke mich für die freundlichen Worte, die Sie für meine Arbeit in diesem Bereich gefunden haben.

An den Beginn meiner Ausführungen möchte ich gern ein herzliches Dankeschön an die Bürgerinnen und Bürger in **Schleswig-Holstein** stellen, die seit 1991 und 1992 unterschiedlich zwischen 4000 und 6000 **Bürgerkriegsflüchtlinge** hier im Lande aufgenommen und betreut haben,

(Beifall im ganzen Haus)

die sich mit Spenden - zunächst auch Kleiderspenden - und viel persönlichem Engagement dieser Menschen angenommen haben. Ich erwähne in diesem Zusammenhang auch gern die Betreuer und Betreuerinnen von DRK, Diakonie und AWO

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und der kirchlichen Gemeinden!)

- und der kirchlichen Gemeinden insgesamt -, die sich hier mit großem Improvisationstalent bewährt haben. Ich glaube, daß die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins hier ein Beispiel von Gastrecht für solche Menschen gesetzt haben, die unter Bürgerkriegen zu leiden haben.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Ich bedanke mich auch bei dem Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Maurus, für seine fachlich gute und brillante Zusammenstellung der gegenwärtigen Beschluß- und Rechtslage.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dies war, Herr Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses, so gut, daß es direkt aus meinem Hause hätte kommen können.

(Heiterkeit)

Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Regierungserklärung gestern formuliert:

„Bürgerkriegsflüchtlinge müssen zurückkehren, wenn die Verhältnisse dies wieder zulassen.“

Die Voraussetzungen für eine zwangsweise **Rückführung der Bürgerkriegsflüchtlinge** nach den bisherigen zeitlichen Vorgaben bestehen gegenwärtig nicht. Ich habe daher die Ausländerbehörden bereits mit Erlaß vom 9. Mai angewiesen, den Vollzug der bisherigen Rückführungsregelung vorerst auszusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Der von der Innenministerkonferenz zunächst ins Auge gefaßte Termin des 1. Juli 1996 für den Beginn der Rückführungsaktion ist damit vom Tisch.

Das **Friedensabkommen von Dayton** ist von den Vertragsparteien bisher leider nicht in dem gewünschten Maße in die Praxis umgesetzt worden. Ich möchte gern ein paar Gedanken hierzu äußern, die ich sinngemäß aus einem Interview wiedergebe, das Herr Koschnick vor kurzem einer ausländischen Zeitschrift gegeben hat. Das Friedensabkommen von Dayton war - so sagt er darin sinngemäß - geeignet, Waffenstillstand zu bewirken. Es hat Krieg und Morden beendet, aber noch nicht Frieden gebracht. Frieden benötigt Akzeptanz in der Bevölkerung, und das heißt auch zu akzeptieren, daß der Nachbar eine andere Religion, eine andere Kultur hat als man selbst. Noch herrschen Haß und Mißtrauen zwischen den Menschen in vielen Regionen von Bosnien-Herzegowina, und das wird sich so schnell nicht ändern. Man kann nicht Menschen zurückschicken, die in ihrer Heimat diesem Haß und diesem Mißtrauen ausgesetzt sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Soweit - sinngemäß - Hans Koschnick!

Entgegen den Intentionen des Abkommens, wonach jeder **Flüchtling** die Möglichkeit haben soll, ohne

Diskriminierung aufgrund seiner ethnischen Zugehörigkeit in seinen **Heimatort** zurückzukehren, besteht tatsächlich in Bosnien-Herzegowina gegenwärtig eine weitgehende ethnische Trennung. Eine Rückkehr ist daher zur Zeit nur in Gebiete möglich, die unter dem Einfluß der eigenen Volksgruppe stehen. Da ein großer Teil der Bürgerkriegsflüchtlinge in Schleswig-Holstein aus einem Gebiet kommt - nämlich der Teilrepublik Srpska -, das jetzt von einer anderen ethnischen Gruppe beherrscht wird, und damit derzeit nicht in die Häuser und Wohnungen ihrer Heimorte zurückkehren kann, würde eine zu frühe Durchsetzung ihrer Ausreise auch die ohnehin schon hohe Belastung mit Binnenflüchtlingen in Bosnien-Herzegowina noch verstärken. Auch die dadurch entstehenden sozialen Spannungen könnten den Friedensprozeß akut gefährden.

Die Landesregierung unterstützt vorrangig eine freiwillige Rückkehr der Bürgerkriegsflüchtlinge in ihre Heimat. Eine Reihe von ihnen möchte zunächst eine Informationsreise unternehmen, um sich ein Bild von den Verhältnissen vor Ort zu machen und die Rückkehr der Familie vorzubereiten. Nur wer gut informiert ist, kann eine wirklich freiwillige Zielwahl treffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich auf Berichte des UNHCR über einzelne Städte und einzelne Regionen in Bosnien-Herzegowina hinweisen, die seit neuestem auch über das Internet zugänglich sind. Dort gibt es bestimmte aktuelle Berichterstattungen über Regionen, etwa zur politischen Situation vor Ort, zur Lage auf dem Arbeitsmarkt, zur Lage auf dem Wohnungsmarkt, zur Unterbringungssituation und dergleichen mehr. Ich denke, daß dies eine nützliche Information ist. Auch wir im Lande bemühen uns mit den Betreuern, mit den Organisationen, Herr Abgeordneter Kubicki, entsprechende Informationen bereitzustellen.

Einige Flüchtlinge wollen auch jetzt schon freiwillig endgültig ausreisen. Obwohl die Ausländerbehörden in Schleswig-Holstein zu diesem Zweck großzügig Aufenthaltsbefugnisse erteilen, werden solche Reisen gegenwärtig ganz erheblich durch die restriktive Haltung der

Transitstaaten erschwert, die hohe Anforderungen an die Erteilung von **Durchreisevisa** stellen.

Die Bundesregierung ist daher aufgerufen, die Verhandlungen mit diesen Staaten über ein Transitabkommen mit großem Nachdruck fortzuführen und umgehend erfolgreich abzuschließen. Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, daß kein Bürgerkriegsflüchtling zwangsweise in seine Heimat zurückgeschickt wird, solange eine Gefahr für sein Leben und seine Sicherheit besteht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine wesentliche Voraussetzung für eine gefahrlose Rückkehr besteht darin, daß die Bundesregierung mit Bosnien-Herzegowina ein **Rückführungsabkommen** schließt, das die Lage in den Ortschaften und Regionen vor Ort berücksichtigt. Selbstverständlich muß dies in Abstimmung mit dem UNHCR geschehen, übrigens auch mit den EU-Vertretern, denen nach dem Dayton-Abkommen eine besondere Rolle bei der Koordinierung der Rückkehr von Flüchtlingen zukommt.

Darüber hinaus muß die Amnestie insbesondere für **Kriegsdienstverweigerer** und **Deserteure**, die im Dayton-Abkommen vereinbart wurde, allseits durchgesetzt sein. Bisher wurde eine entsprechende Regelung nur von dem Gesamtparlament verabschiedet; eine entsprechende Entscheidung der Parlamente der Bosnisch-Kroatischen Föderation und der Republik Serbien steht noch aus.

Nach allen mir vorliegenden Informationen über die Lage in Bosnien-Herzegowina rechne ich nicht damit, daß die Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen noch vor Beginn des nächsten Winters zwangsweise durchgesetzt werden kann. Voraussetzung für eine zwangsweise Rückführung ist, daß die Bundesregierung tätig wird. Die Bundesregierung hat nicht nur Garantiefunktion übernommen, sondern es ist auch Sache der Bundesregierung, in der Außenpolitik die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß all das möglich wird, was ich geschildert habe: daß **Informationsreisen** möglich werden, daß Rückführungsabkommen geschlossen werden und daß vor allen Dingen geklärt wird, welches eigentlich die Konditionen vor Ort sind, die diese

Menschen antreffen, wenn sie zurückkommen. Dies ist eine Sache, die die Bundesregierung zu erledigen hat. Deswegen haben wir im letzten Beschluß der IMK ganz besonders das Auswärtige Amt und den Bundesinnenminister zu diesem Thema angesprochen.

Ich hoffe auch, daß die im September anstehenden Wahlen zu einem demokratischen **Staats- und Verwaltungsaufbau** in Bosnien-Herzegowina führen. Es ist auch eine wichtige Voraussetzung für die Rückkehr, daß dort eine Verwaltungsstruktur besteht, in der unten und vor Ort tatsächlich das passiert, was oben politisch und völkerrechtlich verbindlich vereinbart wird. Dies ist im Augenblick nicht der Fall. Auch das wird dazu beitragen, die Verhältnisse vor Ort im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens der Menschen zu fördern. Dazu trägt übrigens auch die internationale Polizeitruppe bei. Dieser internationalen Polizeitruppe gehören auch drei schleswig-holsteinische Polizeibeamte an, denen ich gerne - sicherlich in Ihrer aller Namen - von dieser Stelle aus alles Gute und vor allem eine gesunde Rückkehr zu Weihnachten wünsche.

(Beifall im ganzen Haus)

Vor diesem Hintergrund habe ich mich mit dem Kollegen Kniola aus Nordrhein-Westfalen beim Bundesinnenminister eingesetzt, die bisherige **Duldungsregelung** so zu modifizieren, daß mit einer Rückführung nicht vor dem 1. April 1997 begonnen wird. Ich halte es für falsch, die betroffenen Menschen weiterhin mit der Angst vor einer möglichen Abschiebung leben zu lassen, wenn sich deutlich abzeichnet, daß die Lage in Bosnien zumindest in diesem Jahr Zwangsmaßnahmen nicht mehr zuläßt. Ich hoffe sehr, daß es gelingt, hiervon auch den Bundesinnenminister und die Kollegen der anderen Länder zu überzeugen, die keineswegs alle diese Meinung teilen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was den runden Tisch angeht, den Herr Kubicki angesprochen hat und den Herr Kinkel jetzt anbietet, so bin ich natürlich gerne bereit, an einem solchen runden Tisch teilzunehmen. Aber mir scheint, als bestehe eine gewisse Konkurrenzsituation zwischen dem Außenminister Kinkel und dem Innenminister Kanther, was die Möglichkeiten anbelangt, solche

Rückführungsabkommen beziehungsweise solche Transitabkommen zu schließen. Vielleicht sollten die beiden Herren erst einmal untereinander Einigkeit erreichen, bevor einer von ihnen meint, er müsse die Sache der Innenminister übernehmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir am Ende der Beratung über diesen Tagesordnungspunkt angelangt.

Kann ich davon ausgehen, daß die Antragsteller, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die von der F.D.P.-Fraktion geänderte Formulierung in ihren Antrag aufnehmen?

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

- Dann kann ich die Drucksache 14/40 (neu) mit den entsprechend eingearbeiteten Änderungen zur Abstimmung stellen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser so geänderte Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU angenommen worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten uns darauf verständigt, die Tagesordnungspunkte 14 und 26 in dieser Sitzung nicht mehr zu behandeln. Wir sind damit am Ende der 2. Tagung des Parlamentes. Es bleibt mir nur noch übrig, Ihnen erstens bekanntzugeben, daß der Beginn der nächsten Tagung am 12. Juni 1996 voraussichtlich um 10.00 Uhr sein wird, und Ihnen zweitens allen und Ihren Familien für die kommenden Pfingsttage ein bißchen Entspannung und Ausspannung zu wünschen.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17.06 Uhr